



6. Heft / 23. März 1911

WALLY ZEPLER . DER WEG ZUM FRAUENWAHLRECHT



ALLGEMEINES gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen: So lautet die Forderung des Erfurter Programms, die die Sozialdemokratie in mehrfachen Anträgen im Reichstag, in Versammlungs- und Parteiresolutionen oft wiederholt hat. Eben jetzt ist auch zum erstenmal von der Partei durch ganz Deutschland eine besondere Demonstration für das Frauenwahlrecht eingeleitet worden; sie soll in den Massen der Arbeiterinnen Begeisterung für eine Forderung wecken, die in Wahrheit den meisten Proletarierinnen bisher ziemlich fern blieb, so nahe sie ihre eigenen Interessen auch berührt. Derartige Massenkundgebungen für die Propaganda des Frauenwahlrechts können nicht nur die Geister der Frauen in der Arbeiterschaft wachrütteln sondern auch die Gedanken der bürgerlichen Kulturwelt Deutschlands auf eine Forderung hinlenken, die selbst der Mehrzahl der fortgeschrittenen Köpfe bei uns doch noch recht gleichgültig zu sein scheint; bis die Bedeutung dieser Forderung erkannt und so erkannt ist, daß sie nicht mehr aus dem öffentlichen Bewußtsein schwindet.

Bis dahin aber ist noch ein schwieriger und weiter Weg. So weit, daß wir uns doch wohl die Frage stellen müssen: Soll wirklich die Eroberung jedes öffentlichen Frauenrechts in Deutschland so lange hinausgeschoben werden, bis aus der weiblichen Arbeiterschaft selbst heraus die Forderung der Gleichberechtigung mit so unaufhaltsamer Gewalt gestellt wird, daß sich Regierung und Reichstag ihr nicht mehr zu widersetzen vermögen? Nur dieses wäre ja der Weg, der sich uns nach der offiziellen Anschauung in der sozialdemokratischen Partei wirklich öffnete. Eine Bundesgenossenschaft von bürgerlicher Seite pflegt die Partei nach dieser Anschauung bekanntlich glatt abzulehnen. In der Hauptsache deshalb, weil die bürgerlichen Stimmrechtskämpferinnen nur zum allergeringsten Teil ein Interesse am allgemeinen Frauenwahlrecht hätten, in ihrer Mehrzahl vielmehr gleich den Männern ihrer Klasse nur Klassenvorrechte für die bürgerliche Frau erkämpfen wollten. Das gleiche gälte dann natürlich noch in verstärktem Maß von den bürgerlichen Männern, so auch von den Parlamentariern. Lassen wir diese Behauptung

selbst zunächst einmal unerörtert, oder nehmen wir ihre Berechtigung als gegeben an, und bleiben wir bei unserer Frage: Wie also soll das allgemeine gleiche direkte Frauenwahlrecht tatsächlich errungen werden? Denn es ist doch wohl selbstverständlich: Das Endziel und die eigentliche Aufgabe der Frauenwahlrechtsagitation kann ja nicht nur diese Agitation selbst und die allmähliche Aufklärung der Massen sein; diese Aufklärung soll vielmehr doch nur das Mittel zu dem endlichen Zweck: eben der Eroberung des Wahlrechts, darstellen.

Im Grunde stehen wir bei einer eindringenden Erörterung dieser Frage nur vor einem Spezialfall eines weit allgemeineren, ja vielleicht des entscheidenden politischen Zukunftsproblems der Partei, vor der Alternative *Reformismus oder Radikalismus*? Denn worin liegt heute der Kern aller wirklich ernsthaften und real wichtigen Anschauungsdifferenzen der beiden Richtungen? Nicht mehr in dem, worin er ursprünglich zu liegen schien; in einem Gegensatz der Vorstellungen über den Weg, der uns dem Sozialismus entgegenführt. Das einst so hart bekämpfte Wort vom *Hineinwachsen in die Zukunftsgesellschaft* ist in der sozialen Auffassung, die es widerspiegelt, heute ganz und gar nicht mehr umstritten. Die Arbeiterbewegung selbst legt in allen ihren Erscheinungsformen ein unwiderlegbares Zeugnis für die Richtigkeit dieser Ansicht ab; und eben infolge der unverkennbaren Sprache der Tatsachen hat diese Meinung auch theoretisch längst ihr Ketzertum abgestreift. Der Einheit der Anschauungen in diesem Punkt widerspricht es nicht, wenn auch heute noch von *radikaler* Seite in Rede und Schrift oft genug auf eine Zeit hingewiesen wird, in der das Proletariat die politische Herrschaft übernehmen werde, also quasi damit ein besonderer Akt revolutionärer Umwälzung prophezeit werden soll. Denn einmal ist dies *Hineinwachsen* auch in reformistischem Sinn nicht so gemeint, daß nun umgekehrt wiederum für alle Zukunftskonstellationen die Möglichkeit schneller politischer Umgestaltungen ein für alle Mal ganz dogmatisch in Abrede gestellt werden sollte; dann aber sind im *radikalen* Lager solche Redewendungen meist gar nicht mehr der Ausdruck wirklicher Überzeugungen sondern nur noch eine Art geistiges Rudiment aus früheren Zeiten. Wo also steckt jetzt die wirkliche Differenz? Ich glaube darin, daß die radikal sein wollenden Genossen sich einfach scheuen die geistige Wandlung, der auch sie unterworfen waren, sich mit voller Konsequenz selbst einzugestehen und offen die notwendigen politischen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Einst stellten wir uns vor, der Sozialismus nahe mit Riesenschritten. Wir sahen Kleinindustrie, Kleinhandel, alle Mittelschichten der bürgerlichen Gesellschaft, Mittel- und Kleinbauerntum versinken, die Konzentration der Kapitale und des Industrieunternehmertums ins Ungemessene steigen, die Krisen zu immer gewaltigeren Erschütterungen führen, das Elend zu so furchtbarer Höhe angewachsen, zu so lodern dem Haß gegen den anschwellenden Reichtum aufgepeitscht; kurz, vor unserer sozialen Phantasie steigerte sich die überraschende wirtschaftliche Entwicklung bis zu so ungeheuren Dimensionen, daß der endliche revolutionäre Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft so etwas wie eine notwendige Naturkatastrophe schien. Aus diesem Anschauungskreis heraus war es freilich folgerichtig, daß sich die Partei nie und nirgends auf Konzessionen und Kompromisse einlassen wollte. Parlamente galten ihr ja nur als die Tribünen, von denen herab sie dem Bürgertum

und der Arbeiterschaft ihre Forderungen an eine *Zukunftswelt* verkündete. Nahm sie an gesetzlichen Verbesserungen mit, was das gegenwärtige Los des Proletariats ein wenig erleichtern konnte, so war ihr dies eine für die Bewegung selbst wie für die Zukunft belanglose Tatsache. Suchte sie die Zahl ihrer Vertreter in allen Körperschaften zu erhöhen, so bedeutete ihr das nur einen Gradmesser für das Wachstum der Bewegung und damit für das Näherrücken des so bald erwarteten Zusammenbruchs. Alles, was die Sozialdemokratie wirklich erstrebte, alles, was ihrer Weltanschauung entsprach, begann erst nach diesem Zusammenbruch und war so grundsätzlich dem Wesen der bürgerlichen Welt entgegengesetzt, daß es in der Tat unmöglich schien sich auf dem Boden des Gegenwärtigen mit den Vertretern dieses Gegenwärtigen, den Parlamentariern anderer Parteien oder bürgerlichen Sozialpolitikern, über irgend etwas zu verständigen. Da die radikalste Änderung so nahe bevorstand: wozu der zwecklose Versuch solcher Verständigung? Dann war es wirklich wertvoller die Menschenköpfe auf die kommende Katastrophe vorzubereiten, ihnen den ganzen ungeheuren prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Heute und dem Morgen klar zu machen, ihnen zu zeigen, daß es hier keine Übergänge sondern nur einen Sprung, kein Mehr oder Weniger sondern nur ein *Entweder-oder* gab. Heute aber? Wir glauben ja an diesen Sprung nicht mehr. Der eine Weg ist also offenbar verriegelt: Wo öffnet sich ein anderer?

Hier nun ist der Punkt, wo die merkwürdige Inkonsequenz bei den *Radikalen* anfängt. Die gesamte Grundanschauung hat sich gewandelt. Was einst sinnvolle Folge dieser Grundanschauung war: die Ablehnung jedes Kompromisses und jeder Teilforderung, ist damit zum Unsinn geworden. Und dennoch wird es offiziell aufrechterhalten. Der Reformismus hat endlich diese Konsequenz gezogen. Er sagt: Wir wollen vorwärts. Da wir an sprunghaft gewaltsame Veränderungen alle nicht mehr glauben, sehen wir auf politischem Gebiet nur einen Weg zum Fortschritt: eben den Weg der Politik. Nennt uns den euren, dann werden wir prüfen, welcher der gangbarere ist und schneller zu unserm gemeinsamen Ziel führt. Die *Radikalen* erwidern: Euer Weg ist unsozialistisch, er ist ein Kompromißweg, ihr nähert euch der bürgerlichen Gesellschaft, euer Weg ist für die Partei unmöglich. Nur eines erfahren wir von ihnen niemals: Wo gibt es einen andern? Oder sollte es wirklich im Kopf irgend eines Menschen als eine ganz ernsthafte Erwiderung auf diese Frage gelten, wenn wir der Welt und uns gegenseitig die immer erneute Versicherung geben, die Partei stehe nach wie vor auf dem Boden ihres Programms, sie bleibe ihren Idealen treu, sie gedenke unentwegt an ihrer *alten, bewährten* Taktik festzuhalten etc. etc. Alt mag die Taktik sicher sein; bewährt kann sie in allen politischen Gegenwartsfragen schon deshalb nicht sein, weil diese Fragen gerade noch der Lösung harren. Die rhetorische Schlagkraft ähnlicher Redewendungen mag also immerhin auf empfängliche Gemüter in Volksversammlungen ihre Wirkung üben: für *reale* Probleme entbehrt sie völlig irgend eines Werts. Und eben — das ist der Kern der Sache — um sehr reale Fragen handelt es sich für uns in der Partei. Es handelt sich darum im Kampf mit widerstrebenden politischen Gewalten, anderen Parteien als Vertretungen anderer Wirtschaftsklassen, bestimmte, für die Arbeiterschaft erstrebenswerte Erfolge durchzusetzen. Da wir darauf verzichten müssen alles erst von der Zukunftsgesellschaft zu erwarten, bleibt uns nichts übrig als in

der Gegenwartsgesellschaft schrittweise das beste mitzunehmen, was zu erlangen ist. Das ist unmöglich, sobald wir uns starr auf den Standpunkt der äußersten Forderungen stellen, die nach unserer eigenen Überzeugung außerhalb der Sozialdemokratie von niemandem geteilt werden. Es ist unmöglich, weil wir in einer Welt, in der wir vorläufig noch die Schwächeren sind, zum Durchsetzen jeder Forderung Bundesgenossen brauchen und solche Bundesgenossen eben nur für Teilwünsche, nicht für das Ganze unserer allgemeinen sozialen Auffassungen finden. Oder mit anderen Worten: Der Weg der Politik als der gegenwärtig einzig denkbare ist der der Kompromisse. Diese Kompromisse stellen mithin nicht eine Preisgabe unserer eigenen Überzeugung, eine *Annäherung* an bürgerliche Anschauungen dar, sie entstammen vielmehr nur der rein praktisch klaren Überlegung, daß es besser ist langsam vordringend, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten einen Teil und wieder einen Teil des Ganzen zu erobern als mit emphatischer Unentwegtheitspose alles liegen zu lassen, weil man das Ganze nicht haben kann. Die Versicherungen unentwegter sozialistischer Gesinnung in Parlamenten und Volksversammlungen stören dem Politiker nicht die Ruhe seiner Nächte; darf er doch sicher sein, daß sie sich so bald nicht zu Taten verdichten werden. Die zielsichere Arbeit der sozialdemokratischen Reformisten bringt uns dem radikalen Ziel des Sozialismus in der Sache um so näher, je weniger sie von radikaler Deklamation gehemmt wird.

Diese, anscheinend gar nicht hierher gehörige Auseinandersetzung über solche grundsätzlichen Verschiedenheiten der Auffassung im politischen Leben mußte ich vorausschicken, wollte ich meine, von der Mehrzahl der Genossinnen bekämpften Ansichten in der Frauenstimmrechtsfrage einmal näher begründen; denn nur so schien es mir möglich dem Verdacht zu entgehen, der zum Beispiel gegenüber den englischen Genossinnen von der *Independent Labour Party* so oft von der deutschen Partei ausgesprochen wurde; als wäre man etwa selbst Anhängerin irgend eines beschränkten Frauenstimmrechts, weil man nicht erklärt jedes andere als das allgemeine unter allen Umständen ablehnen zu müssen. Damit will ich also festgestellt haben, daß es ausschließlich Erwägungen politisch-taktischer Natur sind, die mich zu meiner Stellungnahme in der Stimmrechtsfrage veranlassen.

Wie liegen nun die politischen Aussichten für eine Eroberung des Frauenwahlrechts in Deutschland? Also zunächst der Radikalforderung: des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts für sämtliche Körperschaften? Im Reichstag stände dafür geschlossen die Sozialdemokratie, die ja wiederholt dahingehende Anträge eingebracht hat, und — wenn es hoch kommt — etwa ein halbes Dutzend demokratischer Liberalen. Wie die Umfragen der bürgerlichen Stimmrechtlerinnen unter den Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei ergeben haben, ist der deutsche Liberalismus, von jenen wenigen abgesehen, gegenwärtig von einem so revolutionären Gedanken wie dem des Frauenwahlrechts noch weit entfernt. Da der Sozialdemokratie aber selbst bei recht optimistischen Annahmen auch nach den nächsten Wahlen noch mehr als ein halbes Dutzend Abgeordneter zur absoluten Majorität fehlen dürften, so bliebe vorläufig nur eine einzige Möglichkeit für das Frauenwahlrecht im Reichstag: ein starker Zuzug von Mitkämpfern aus dem Zentrumslager. Gelegentliche Äußerungen von Zentrumsführern bei uns wie ähnliche Vorschläge

der klerikalen Parteien in Belgien und anderen Ländern legen uns den Gedanken nahe, daß es das Zentrum unter Umständen für politisch zweckmäßig halten könnte für das allgemeine Frauenstimmrecht einzutreten. Vielleicht, wie man annimmt, aus der Überzeugung heraus, daß die Kirche das weibliche Geschlecht in längerem und stärkerem Bann hält als das männliche, der Klerikalismus also gerade durch ein möglichst ausgedehntes Frauenwahlrecht eine Stärkung zu erwarten hätte. Wie weit gegenwärtig diese Überzeugung selbst für Deutschland zutreffend wäre, ist nicht ganz leicht zu entscheiden. Allerdings ist wohl anzunehmen, daß in den katholisch religiösen Zentren, im Osten, in Rheinland-Westfalen und in einigen Teilen Bayerns das Frauenwahlrecht heute dem Zentrum in der Tat auch relativ einen erheblichen Stimmenzuwachs eintrüge. In dieser Hinsicht ist das Ergebnis der Enquete recht interessant, das Professor G. Heymans in seinem Buch *Die Psychologie der Frauen*¹⁾ über die politischen Parteineigungen des weiblichen Geschlechts mitteilt. Er bestätigt nach dieser Enquete, was psychologisch im weiblichen Charakter wohl begründet und deshalb vielleicht von vornherein vorzusehen war: daß nämlich die politisch interessierte Frau ausgesprochen zu allen extremen Parteien neige, je nach den besonderen Umständen zu den extrem links oder rechts stehenden, daß sie sich dagegen selten den gemäßigten oder Mittelgruppen zuzuwenden pflege. Auf unsern Fall angewandt wären danach die Aussichten des Zentrums und der Sozialdemokratie auf einen Gewinn durch das Frauenwahlrecht sehr berechtigt. Mehr aber noch des Zentrums. Denn wo, wie in den katholischen Gegenden, gerade zwischen diesen beiden Parteien der Kampf ausgefochten wird, ist die Vermutung naheliegend, daß ein großer Teil der Frauen länger durch die Geistlichen beeinflusst werden dürfte als die Männer der gleichen Klasse. Trotz dieser ziemlich sichern Aussicht — die selbstverständlich die Sozialdemokratie niemals hindern dürfte auch in solchem Fall für das Frauenwahlrecht einzutreten — ist aber vorläufig keinesfalls anzunehmen, daß das Zentrum unter den gegenwärtigen Verhältnissen etwa wirklich für das Frauenwahlrecht stimmen würde. Solange das Zentrum auch ohnedies die ausschlaggebende Macht in Händen hält, hat es eine Kraftverstärkung nicht so nötig, daß es sich veranlaßt sähe die Zukunftsgefahren des Frauenwahlrechts mit in Kauf zu nehmen. Und über diese Zukunftsgefahren in ihrem Sinn gibt sich eine so klug und rein politisch wägende Partei gewiß keinerlei Täuschungen hin. Denn das eine bleibt eben wahr: So unreif irgend eine Klasse oder Gesellschaftsschicht auch immer an ein Wahlrecht herantritt, dieses Recht selbst erzieht sie allmählich zur Lösung von bevormundenden Gewalten, soweit diese ihren realen Interessen in der Tat entgegenhandeln. Schließlich würde sich deshalb als Resultat des allgemeinen Frauenwahlrechts doch ungefähr das gleiche Stimmen- und Parteiverhältnis ergeben wie es jetzt besteht. Möglich, daß aus den vorhin erwähnten Gründen die reinen Mittelparteien dauernd ein wenig Einbuße erfahren würden. Indes, auch bei ihnen sind das endgültig Maßgebende ja nicht sowohl die Ideologien als die realen Interessen bestimmter Klassen, die innerhalb einer gewissen Gesellschaftsschicht für beide Geschlechter ungefähr die gleichen bleiben.

Also liegt wohl für die nächste Zukunft — falls nicht etwa ganz besondere,

¹⁾ Über diese interessante Publikation siehe die Rubrik *Psychologie* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 343 ff.

gegenwärtig nicht vorauszusehende Verhältnisse eintreten — keinerlei Aussicht vor im Reichstag außerhalb der Sozialdemokratie irgend eine namhafte Unterstützung für das allgemeine Frauenwahlrecht zu erlangen.

Noch viel weniger aussichtsreich wäre der Weg über die Einzellandtage. Könnten wir bei einzelnen süddeutschen Landtagen und Regierungen auch mit weniger konservativen Gesinnungen rechnen als bei uns in Preußen, so dürfte die Initiative für eine so eingreifende Gesetzesänderung doch unbedingt dem maßgebenden Staat, Preußen, überlassen bleiben. Nun läge vielleicht der Gedanke nahe in Preußen den Kampf für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts mit dem für das Frauenwahlrecht zu verbinden. Tatsächlich ist damals ja nicht nur in den großen Demonstrationsversammlungen sondern ebenso in den Reden unserer Reichstags- und Landtagsabgeordneten unsere programmatische Gesamtforderung immer von neuem aufgestellt worden. Wollte man indessen wirklich in der Partei eine Verbesserung des preußischen Landtagswahlrechts erstreben, so wäre jedenfalls aus verschiedenen Gründen diese Verquickung einer gegenwärtig so absolut aussichtslosen Forderung wie des Frauenwahlrechts mit der allgemeinen Frage des Landtagswahlrechts so unpolitisch und deshalb so unklug wie möglich. Genau vor dem gleichen Fall stand bekanntlich die österreichische Sozialdemokratie in ihren Wahlrechtskämpfen; und wir wissen, daß sie ihn ohne besonders Widerspruch in ihren eigenen Reihen dahin entschieden hat einen so bedeutungsvollen politischen Fortschritt für das Proletariat nicht durch eine *Alles oder nichts*-Politik zu gefährden, die nichts weiter als eine resultatlose Prinzipienreiterei darstellen konnte. Man hat in der deutschen Partei den österreichischen Genossinnen diesen Verzicht auf die Betonung ihrer eigenen Interessen im Wahlrechtskampf ebenso verdacht wie man gegen die männlichen Parteimitglieder den Vorwurf der Grundsatzlosigkeit richtete. Der Erfolg hat indessen auch hier der Politik praktischer Klugheit recht gegeben. Wären die Österreicher dem *Prinzip* treu geblieben, hätten sie erklärt, das allgemeine Wahlrecht müsse unbedingt das Frauenwahlrecht mitumfassen, so hätten sie nie die Zustimmung der Regierung finden können, die den Ausschlag gab. Das Prinzip wäre also gerettet gewesen, die deutschen Genossen hätten keinerlei Anlaß zum Tadel finden können: nur das allgemeine Wahlrecht wäre dabei gefallen. Ist in Preußen die Aussicht auf das allgemeine Wahlrecht momentan leider recht gering, können wir vielmehr sehr wahrscheinlich nur auf schrittweise Verbesserungen rechnen, so erschiene es um so sinnloser, wollte die Partei gerade hier auf dem Frauenwahlrecht bestehen, das bei der Zusammensetzung des preußischen Landtags natürlich dort noch viel weniger Freunde fände als im Reichstag. Nun wird man erwidern: Weshalb soll ich selbst mich der agitatorischen Wirkung auf die proletarischen Klassen berauben, die in der Verkündung meines Prinzips liegt, wenn ich, wie in Preußen, nicht einmal die Aussicht habe damit wenigstens für die männliche Arbeiterschaft das allgemeine Wahlrecht zu erringen? Was die Frage nach den Aussichten eines Erfolgs in diesem Kampf selbst anlangt, so ist die Antwort darauf in den *Sozialistischen Monatsheften* wiederholt gegeben worden: Die gleichen Erwägungen, die hier dem Frauenwahlrecht gelten, wären auch für den gesamten Wahlrechtskampf maßgebend. Sie gipfeln darin rein politisch alle vorhandenen Möglichkeiten zu berechnen, die Partei und Regierungskonstellationen den Zwecken der Arbeiterschaft

dienstbar zu machen und folgerichtig also alle diejenigen Forderungen fallen zu lassen, die von vornherein für unerreichbar gelten müssen. Auf diesem Weg wären wahrscheinlich langsame Erfolge wohl erzielbar. Was im übrigen die Verbindung des Frauenwahlrechts mit diesem Männerwahlrechtskampf betrifft, so liegt eigentlich in dem innern Sinn, dem Wesen der beiden Forderungen durchaus nichts Gleichartiges; ihre dauernde Verknüpfung ist deshalb an sich gar nicht berechtigt. Solange wir überhaupt noch kein Frauenstimmrecht besitzen, kämpfen wir hier um etwas prinzipiell Neues, um eine soziale Errungenschaft, die die politische Zusammensetzung der Gesamtheit — wie vorhin erwähnt wurde — vielleicht schließlich gar nicht ändert, deren Bedeutung sich vielmehr auf ganz anderm Gebiet, dem einer Umformung der geistig-kulturellen und psychologischen Struktur der Gesellschaft abspielt. Die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts zielt dagegen auf eine Verschiebung des Machteinflusses verschiedener Klassen gegen einander innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Es ist demnach ersichtlich, daß auch agitatorisch beide Forderungen von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus behandelt werden müssen, daß die Beziehung, die sie zu einander haben, mehr eine äußerlich formale als eine vernunftmäßig logische ist. Ganz anders läge natürlich der Fall, sobald die Frauen erst einige Zeit das Wahlrecht besäßen und nun gemeinsam mit den Männern ihrer Klasse oder Partei für dessen Verallgemeinerung einträten. Dann hätten sie ein gleiches Interesse an dem Kampf für diese Verallgemeinerung, der nun nicht mehr ein Kampf für neue Frauenrechte sondern ein beiden Geschlechtern gemeinsamer politisch sozialer Kampf wäre. Welche Wege blieben also einer praktischen Arbeiterpolitik für das Frauenwahlrecht selbst noch übrig?

Meiner Ansicht nach mit höchster Wahrscheinlichkeit nur der, den man bisher fast überall als den gangbarsten erkannt hat: der Weg über das *k o m m u n a l e* Frauenwahlrecht. Ich wies schon in der Rundschau darauf hin, wieviel aussichtsreicher nach jeder Richtung mir eine Konzentrierung der Agitation auf die Gleichstellung der Geschlechter in den Kommunen scheint.²⁾ Der erste und einfachste Grund dafür ist schon der, daß hier Deutschland den übrigen Kulturländern gegenüber wirklich noch recht rückständig ist, und diese Rückständigkeit in schroffstem Gegensatz zu der Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit bei uns steht. Während bei den wirtschaftlich vorgeschrittenen Nationen überall die rege Anteilnahme des weiblichen Geschlechts zum Beispiel am Schul- und Unterrichtswesen und in der sozialen Hilfstätigkeit in einer ebenso starken offiziellen Beteiligung der Frauen in der Schul- und Armenverwaltung zum Ausdruck kommt, während selbst in den Ländern, die auf einer sehr viel tiefern Stufe der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung stehen, wie in Frankreich und Italien, die Eroberung des Kommunalwahlrechts für Frauen nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, steht die Frage in Deutschland durchaus noch nicht so im Mittelpunkt der öffentlichen Agitation, wie dies ihrer innern Bedeutung und dem immer wachsenden Interesse der Frauen aller Gesellschaftsklassen an allen einschlägigen Problemen entspricht. Es ist doch kein bloßer Zufall, wenn sich fast ausnahmslos dem weiblichen Geschlecht das Kommunalwahlrecht sehr viel früher erschließt als die politische Gleichberechtigung. Ebenso wenig dürfen wir darin etwa aus-

²⁾ Siehe die Rubrik *Frauenbewegung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 72 ff.

schließlich eine Art Abschlagszahlung auf das bedeutsamere politische Wahlrecht sehen, so sehr zuweilen vielleicht ähnliche Erwägungen mitsprechen mögen. Die Hauptsache bleibt jedenfalls, daß hier in der Tat das stärkste sachliche Gewicht die Agitation der Frauen stützt, daß sie hier ein Argument ins Feld führen können, dem sich schließlich auch die erbittertsten Feinde der Frauenrechte beugen müssen: ihre ernste sachliche Tätigkeit auf den verschiedensten Feldern des kommunalen Lebens. Niemand wird bestreiten, daß die Frauen in der Armen- und Waisenflege, in allen Schul- und Erziehungsangelegenheiten, in der Säuglings- und Kinderfürsorge Hervorragendes leisten, niemand wird ihnen ein spontanes und tiefgehendes Interesse und ein besonderes Verständnis für alle diese Fragen absprechen, die in den Kommunalverwaltungen eine so bedeutende Rolle spielen. Hier läßt sich also kein einigermaßen plausibler Grund dafür finden, weshalb sie, die tatsächlich so aktiv mitarbeiten, noch weiterhin das offizielle Recht zu einer einflußreichen Mitwirkung entbehren sollten. Auch scheint Art und Wesen der kommunalen Verwaltungsarbeit so sehr dem spezifischen weiblichen Naturell — gerade auch nach der konservativsten Auffassung der Frauenpsyche — zu entsprechen, daß die Freunde des kommunalen Frauenwahlrechts durchaus nicht nur im sozialistischen und demokratisch-liberalen Lager zu finden wären, vielmehr auf einen starken Zuzug von Gleichgesinnten unter den Nationalliberalen und dem linken Flügel des Zentrums, ja selbst bei einem Teil der Rechten zu rechnen sein dürfte. Hier läge also bei einer planmäßigen und eifrigen Agitation sehr wohl die Möglichkeit nicht allzu ferner praktischer Erfolge vor und damit zugleich die Möglichkeit mit einem ersten Schritt auf dem Weg zum Frauenwahlrecht in das Prinzip der Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts im öffentlichen Leben Deutschlands Bresche zu legen.

Nun bin ich mir sehr wohl bewußt, in wie hohem Grad eine derartige Betrachtung der Frauenwahlrechtsfrage den in unserer Partei bisher geltenden grundsätzlichen Auffassungen widerspricht. Ja, ich weiß, daß sie sogar von dem linken Flügel der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung als reaktionär zurückgewiesen werden dürfte. Da ich noch mit ein paar Worten unsere Stellungnahme zu den bürgerlichen Stimmrechtlerinnen beleuchten möchte, sei es mir gestattet das taktische Verhalten des *Deutschen Stimmrechtsverbands* ebenfalls noch mit einigen Bemerkungen zu streifen.

Ich habe stets betont, ein wie starker Widerspruch darin liegt, daß die bürgerlichen Stimmrechtsvereine sich einerseits als reine Frauenstimmrechtsorganisationen gerieren, als Vereinigungen zum Zweck der Erkämpfung voller politischer Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht, und andererseits, wie der preußische und der deutsche Verband, das allgemeine und gleiche Wahlrecht als Programmforderung verkünden. Die fortdauernden Angriffe und Gegenanträge einzelner, zufällig mehr konservativer Provinzialverbände wie die unaufhörlichen Reibungen bei den Kongressen des *Internationalen Frauenstimmrechtsverbands* sind die unausbleiblichen Folgen dieses innern Widerspruchs. Es zeugt so wenig für eine logische Beurteilung der Dinge seitens der persönlich demokratischen Elemente in der Leitung des deutschen Verbands wie seitens unserer Genossinnen, wenn ein streng objektives Festhalten an dem reinen Frauengleichberechtigungsstandpunkt immer wieder als Ausdruck politisch reaktionärer Gesinnung respektive bewußter Parteilnahme der

Damen gegen das weibliche Proletariat bewertet wird. Hier handelt es sich in Wahrheit durchaus nur um eine Frage der innern Logik und nächst dem — was mir hier die Hauptsache ist — wiederum um eine solche politischen Denkens und praktischer Vernunft. Sobald ich mich festlege nur für das allgemeine gleiche etc. Frauenwahlrecht in einem Land einzutreten, in dem die kommunalen wie die einzelstaatlichen Vertretungen noch mehr oder weniger weit von dem demokratischen Wahlrecht für das männliche Geschlecht entfernt sind, beraube ich mich natürlich selbst jeder praktischen Erfolgsmöglichkeit in absehbarer Zukunft. Denn schließlich erübrigt es sich wohl noch lange auseinanderzusetzen, daß man nicht geneigt sein dürfte den Frauen ein Wahlrecht anzubieten, das weit über das entsprechende Männerwahlrecht hinausgeht. Die Aufrechterhaltung eines angeblich notwendigen demokratischen Prinzips in solchen Fällen heißt also ohne jedes weitere: Verzicht auf jede gegenwärtige tatsächliche Errungenschaft für die Frauen zugunsten von Demonstrationserklärungen, die genau so gut ohne diesen Verzicht erfolgen können.

Man sollte meinen, diese Überlegung zum mindesten sei so klar, daß es keines sonderlich genialen politischen Blicks bedarf, um sie anzustellen. Trotzdem beweisen die Tatsachen, wie eben die Stellungnahme der erwähnten bürgerlichen Vereine und mehr noch die fortgesetzten heftigen Angriffe deutscher Sozialdemokratinnen auf die englischen Genossinnen, daß auch das Klarste auf politischem Gebiet immer noch nicht klar genug ist. Englische Führer und Führerinnen, Keir Hardie und Margaret Ethel MacDonald, haben in den *Sozialistischen Monatsheften* das Vorgehen ihrer Parteirichtung in der englischen Frauenstimmrechtsbewegung auseinandergesetzt.³⁾ Wie bekannt, handelt es sich in England nicht mehr, wie gegenwärtig noch bei uns, um eine politische Doktorfrage; die Arbeiterpartei und deren zahlreiche Mitglieder von der *Independent Labour Party* standen vielmehr wiederholt vor der Entscheidung im Unterhaus durch ihr Votum Annahme oder Ablehnung des vorgeschlagenen politischen Frauenstimmrechts ausschlaggebend zu beeinflussen. Auch hier braucht nicht darüber gestritten zu werden, ob dieses Frauenwahlrecht, das ja innerhalb der letzten Jahre in verschiedener Form vorgeschlagen wurde, den englischen Proletarierinnen einen etwas größern oder etwas geringern politischen Einfluß im Verhältnis zu den bürgerlichen Frauen sicherte, ob — wie die *Radikalen* durchaus behaupteten — sogar eventuell eine geringe Stimmenverschiebung zuungunsten der Arbeiterschaft die notwendige Folge dieses Wahlrechts gewesen wäre. Bestimmend konnte für jeden denkenden Sozialisten einzig der politische und kulturelle Fortschritt sein, der in der prinzipiellen Eroberung des politischen Frauenwahlrechts läge. Man hätte wirklich nur den Kopf über sozialdemokratische Politiker schütteln können, die eine so lange und mit so vielen Opfern erstrebte Errungenschaft im Augenblick eines möglichen Erfolgs selbst wieder zu Fall gebracht hätten, weil das angebotene Frauenstimmrecht nicht das allgemeine war, während die männliche englische Arbeiterschaft sich mit dem ebensowenig allgemeinen Männerwahlrecht vorläufig, wie es scheint, noch ruhig abfindet. Zunächst mußte das weibliche Geschlecht als solches das politische Wahlrecht erobern: Jahrzehnte

³⁾ Siehe Hardie *Zur Haltung der englischen Sozialisten in der Frauenstimmrechtsfrage* und Mac Donald *Die gegenwärtige Lage der englischen Frauenstimmrechtsbewegung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 106 ff., und 3. Band, pag. 1280 ff.

war um dieses Prinzip selbst erbittert gerungen worden; besaßen die Frauen das Wahlrecht, dann war es den Demokratinnen und Sozialistinnen unbenommen mit den Männern zusammen um weitere Demokratisierung des Parlaments zu kämpfen, und dann erst konnte dieser Kampf seitens der Frauen mit voller Begeisterung durchgeföhrt werden. Nicht nur dem Frauenwahlrecht sondern auch dem Fortschritt der Demokratie hätten sich deshalb in gewisser Hinsicht schließlich die *radikalen* Genossen entgegengestellt, die vor lauter formalem Radikalismus stets in Gefahr geraten dem Sinn der Dinge nach so wenig radikal wie möglich zu handeln.

Also selbst auf die Gefahr hin, daß man mir den Vorwurf macht, ich stände *rechts* von den bürgerlichen Demokratinnen, weise ich diesen wie den Genossinnen gegenüber nochmals scharf auf das eben Gesagte hin: Nicht, weil man etwa an sich ein so schlechtes Wahlrecht wie das bei uns bestehende Kommunalwahlrecht billigte, sollte man in Preußen einfach die Ausdehnung des geltenden Kommunalwahlrechts auf das weibliche Geschlecht in den Mittelpunkt der parlamentarischen Frauenwahlrechtsagitation stellen, sondern einzig deshalb, weil diese Forderung die weitaus größte, ja gegenwärtig wahrscheinlich die einzige Realisierungsmöglichkeit in sich trägt; und weil sie, wenn auch keinen absoluten, so doch einen relativ bedeutenden Fortschritt für die Stimmrechtskämpferinnen ebenso wie für die Partei enthielte. Für die Stimmrechtskämpferinnen ebenso wie für die Partei. Da in dieser Frage meiner Ansicht nach eine sehr einfache Interessensolidarität zwischen diesen beiden Gruppen vorliegt, gehört es ebenfalls zu den recht angreifbaren Eigentümlichkeiten der Presse und vieler Versammlungsredner unserer Partei, wenn sie einen Akt besonderer politischer Weisheit in der ewigen Verhöhnung der bürgerlichen *Damen* erblicken. Mag gegenwärtig die Schar der bürgerlichen Stimmrechtlerinnen in Deutschland numerisch noch recht gering sein, so ist der indirekte Einfluß dieser Frauen innerhalb ihrer eigenen Klasse immerhin ein nicht ganz zu unterschätzendes politisches Moment, sobald wir uns einmal auf den Standpunkt stellen auch mit bürgerlicher Hilfe gewisse Ziele erreichen zu wollen.

Schließlich bliebe die Frage zu erörtern, die die Verteidiger des *absoluten* Standpunkts in der Partei gerade mit einem unbedingten *Nein* zu beantworten pflegen: ob denn tatsächlich irgend ein nennenswerter Vorteil für das Proletariat aus der Eroberung etwa unseres Kommunalwahlrechts erwachsen könnte. Worin sollte dieser Vorteil liegen, da die männlichen Parteivertreter die Anschauungen der Sozialdemokratie bei jeder einzelnen Materie gewiß ebenso warm vertreten wie es die weiblichen Stadtverordneten könnten, und eine Größenverschiebung des Parteienverhältnisses kaum zu erwarten wäre? Die unter Umständen sehr wesentlichen Vorteile lägen in ganz verschiedener Richtung. Zunächst könnte es ganz und gar nicht gleichgültig sein, ob überhaupt Frauen in den städtischen Körperschaften sitzen oder nicht. Wenn die Männer jeder Klasse sich noch so unbedingt bemühen alle Interessen der Frauen vollkommen wahrzunehmen, so wird sich doch in ihrem Geist niemals alles genau in der gleichen Weise spiegeln wie in der Auffassung des Weibes. Auch bei dem denkbar größten Wunsch nach Gerechtigkeit und Objektivität kann der Mann nicht das gleich starke Interesse und das gleiche Verständnis für manche Probleme der Armen-, Kranken- und Waisenpflege, der Kindererziehung und Ernährung, des Schulwesens usw. besitzen wie die Frau, die sich auch in

ihrem privaten Leben meist beinahe ausschließlich mit ähnlichen Fragen beschäftigt und schon praktisch oft mit ganz anderen Erfahrungen und reichern Wissen an Dinge dieser Art herantritt. Wie die Berufstätigkeit der Krankenpflegerinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen ganz starke spezifische Nuancen gegenüber der gleichen männlichen Berufsarbeit aufzuweisen pflegt, so würde die Frau natürlich auch den Verwaltungs- und Organisationsformen in allen diesen Arbeitszweigen ihren besondern Charakter aufprägen; sie würde vieles sehen, wofür der männliche Blick weniger geschärft ist, vieles anders werten und anders anfassen als der Mann. In den großen Städten zum Beispiel könnten in dieser Hinsicht gerade ein paar proletarische Frauen von entschiedener sozialer Bedeutung für die Gesamtheit werden; wie man ja überall dort im Ausland, wo weibliche Mitarbeit in den Gemeinden bereits seit längerer Zeit besteht, ihren praktischen Wert sehr schnell erkannt hat. Umgekehrt wäre die Beteiligung an allen Einzelheiten einer großen Verwaltungsarbeit und das Zusammenwirken beider Geschlechter in dieser Tätigkeit ein erhebliches Erziehungsmittel, für die Frauen mehr im praktisch realen, für die Männer im theoretischen Sinn, wie auch in den verschiedensten Einzelberufen das tatsächliche Miteinanderarbeiten weit mehr zur Ausbildung bestimmter Fähigkeiten auf der einen wie zur Wandlung überlebter Anschauungen auf der andern Seite beigetragen hat als alles Theoretisieren.

Damit allein wäre indessen die Bedeutung des kommunalen Frauenwahlrechts durchaus nicht erschöpft. Diese Bedeutung für die gesamte Frauenwelt, und in allererster Reihe für das weibliche Proletariat, läge vielmehr in der Auf-rüttelung der Geister, in dem Erwachen eines wahrhaften und nachhaltigen Interesses für öffentliche Fragen in den Köpfen der Frauen, die heute in ihrer Mehrzahl solchen Fragen doch noch recht gleichgültig gegenüberstehen. Wenn die Arbeiterinnen durch Teilnahme an den Kommunalwahlen, durch die vorangehende Diskussion aller einschlägigen Themen, durch eine ihrem Wesen näherliegende weibliche Darstellung der besonderen Frauenprobleme in den städtischen Körperschaften dauernd auf die Wichtigkeit weiblicher Mitarbeit im öffentlichen Leben hingelenkt würden, dann würde ihnen in ganz anderm Maß als jetzt auch der Kampf um das politische Wahlrecht zu einer Sache innerer Überzeugung werden, dann würden sie zu begreifen beginnen, welche ungeheure soziale Ungerechtigkeit darin liegt sie von jedem Mitbestimmungsrecht in den schwerwiegendsten Fragen ihres eigenen Daseins auszuschließen, dann würden sie allmählich selbst zu einem lebendigen und fanatischen Kampf um die volle politische Gleichstellung drängen, während heute dieser Kampf ihnen meist erst von außen nahegelegt werden muß. Ebenso läge, wie ich schon vorhin bemerkte, in dem Vorhandensein eines beschränkten Frauenwahlrechts zu irgend welchen Vertretungskörpern ein ganz unersetzbares Agitations- und Aufreizungsmittel für alle die Frauen, die dieses Recht noch nicht besitzen, genau wie jede aufgeklärte männliche Arbeiterschaft durch ein beschränktes Wahlrecht jederzeit leicht zum Kampf für dessen Verallgemeinerung aufgepeitscht wird. Beschränkte Wahlrechte tragen deshalb in sich selbst schon ein Korrigens. Und wenn es sich, wie gegenwärtig fast stets für die Frauen, nur um die Wahl *Beschränktes Recht oder gar kein Recht?* handelt, so scheint mir auch aus dieser Erwägung die Entscheidung wenig zweifelhaft.

Und damit möchte ich nochmals den schon mehrfach berührten Kern der

Streitfrage zwischen der reformistischen und der *radikalen* Anschauung im Frauenwahlrechtsproblem hervorheben. Sogar, wenn wirklich zugegeben werden müßte, daß bei einem bestimmten, sehr undemokratischen Wahlrecht, wie etwa bei unserm Kommunalwahlrecht, durch ein beschränktes Frauenwahlrecht eine direkte relative Verschiebung der Vertreterzahl zu *u n g u n s t e n* der Arbeiterschaft eintreten könnte, sogar dann erschiene es mir auch vom sozialistischen Standpunkt als eine äußerst kurzsichtige Arbeiterpolitik ein solches Frauenwahlrecht abzulehnen. Denn dies hieße eben um eines momentanen Nachteils willen eine wirkliche Neuerung preisgeben, die zur Grundlage einer tiefgehenden Umformung des öffentlichen Lebens werden kann. Schematisierung ist im politischen Leben noch weit gefährlicher als irgendwo sonst, und gerade die ärgste Form von Schematisierung wäre es etwas so völlig Andersartiges wie das Frauenwahlrecht einfach in das alte Schema des Männerwahlrechts zu pressen und es genau wie dieses ausschließlich nach seiner *größern* oder geringern Breite nach demokratischem Maßstab zu beurteilen. Besäße es diese Breite in einem gegebenen Fall auch durchaus nicht, so wäre dieses Fehlen doch durch eine gerade nur dem *Frauenwahlrecht* inhärente umgestaltende Kraft aufgewogen, deren Folgen für die proletarische Gesamtbewegung wie für eine Neubildung unserer öffentlichen und kulturellen Daseinsformen gegenwärtig noch unabsehbar sind. Solche Zukunftsfolgen sollten aber für den weiterblickenden Politiker bei einem politischen Urteil auch in die Wagschale fallen.

Vielleicht würde bei näherer Abwägung des Ganzen denn auch so mancher *radikal* denkende Genosse sich in unserer Frage dieser rein realpolitischen Betrachtungsweise mehr oder weniger anzuschließen geneigt sein, lauerte nicht immer im Hintergrund die bekannte Furcht, daß man mit einer solchen Real- und Kompromißpolitik agitatorisch notwendig verwirrend wirken müsse. Gerade diese Furcht ist aber gänzlich verfehlt. Sicher läßt sich — das möchte ich zum Schluß noch aussprechen — das klarste Erkennen politischer Möglichkeiten und das schärfste Bewußtsein der Notwendigkeit politischen Handelns in dem hier gekennzeichneten reformistischen Sinn mit der stärksten agitatorischen Wirkung in der mündlichen und schriftlichen Agitation vereinen. Wenn ich für das Frauenwahlrecht *agitiere*, so werde ich natürlich in allererster Linie alle agitatorisch wichtigen Momente hervorheben; ich werde der Arbeiterschaft und insbesondere dem weiblichen Proletariat die Dringlichkeit der Gleichstellung beider Geschlechter im öffentlichen Leben an allen ihm *nahellegenden* Problemen darzustellen versuchen, ich werde die geistige und soziale Allgemeinbedeutung des Frauenwahlrechts erörtern, und ich werde — wie dies ja meiner Überzeugung unbedingt entspricht — ganz scharf betonen, daß wir selbstverständlich grundsätzlich nur für ein allgemeines, gleiches und direktes Frauenwahlrecht zu allen Körperschaften kämpfen. Das darf mich aber nicht daran hindern auch die politisch mit in Frage kommenden Momente zu beleuchten und an einem Beispiel wie dem englischen den Unterschied taktischer und prinzipieller Forderungen zu erläutern oder — falls die Partei etwa einmal auch praktisch gerade für die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf die Frauen in der Arbeiterschaft agitieren wollte — die Gründe für diese praktisch politische Selbstbeschränkung der Sozialdemokratie zu erklären. Nach meiner Meinung kann man dem intelligenten Teil der Arbeiterschaft auch agitatorisch alles darstellen, was sich vor unserer eigenen Vernunft

verteidigen läßt, und wenn verschiedene Meinungen über das Vorgehen in einer bestimmten Frage innerhalb der Partei bestehen, so können sie, wie jede Meinungsdifferenz in geistigen Dingen, nur durch freie schriftliche und mündliche Aussprache unter den Beteiligten zur Entscheidung kommen. So kann gewiß auch für das Frauenwahlrecht gelten, was überhaupt als der einzig richtige Grundsatz in unserer Parteiagitation anerkannt sein sollte: Aufklärung über die Auffassung der Sozialdemokratie in allen einzelnen Fragen, aber nur unter freier Diskussion aller taktischen und wissenschaftlichen Meinungen in unseren eigenen Reihen.

XX
KARL LEUTHNER . DER BRITISCHE IMPERIALIS-
MUS

PROBLEME der internationalen Politik sind Fragen, die keine Antwort haben. Und je mehr sie gleichwohl nach einer Antwort drängen, um so gewisser wird diese die Denkgewohnheit, die Schablone geben. Schon unsere Väter orakelten über den russischen Staatsbankrott, den man in den sechziger Jahren ebenso unvermeidlich kommen sah wie zur Mitte des vorigen Jahrzehnts; schon vor 120 Jahren beschäftigte die Teilung der Türkei die Kabinette, und die Phantasie sah das Alexanderkreuz an der *Hagia Sophia* glänzen. Die Erfahrung rascher Machtverschiebungen und Umschichtungen der Gebiete aus dem geographisch unfer-tigen Zustand des alten Europas wird auf die Zukunft übertragen und bestimmt nicht nur die Phantasie der Privatpersonen und die Diskussionen der politischen Literatur sondern auch die Erwägungen der Kabinette. Es ließe sich schlagend nachweisen und wäre ein vortrefflicher Behelf zum Verständnis des Ganges der internationalen Politik, wie solche überkommenen Rechnungsbe-helfe stets das Handeln der geringeren Politiker irreführen, und wie die Überlegenheit der wenigen, über das Durchschnittsmaß herausragenden sich zum Teil darin offenbart die überlieferten Wertungen in ihrer Geltung für den Augenblick des Handelns richtig zu bemessen, zugleich aber falsche Schätzungen, die sie bei dem Gegner finden, klug auszunutzen. Allein die Freiheit von dem historisch gegebenen Gedankengut hat selbst bei den Ge-nialsten ihre Grenze, und alles Urteil über die Zukunft hört auf, wo Kräfte ins-Spiel kommen sollen, die einstweilen noch nicht zu geschichtlicher Größe ge-diehen sind. Das auffallendste Beispiel bietet das Aufwachen Japans, das noch vor 20 Jahren in den Zukunftsrechnungen über die Schicksale Asiens für niemanden einen Faktor darstellte. Doch können die entscheidenden Agentien der Geschichte ein andermal ebensogut rein personaler Natur sein oder einer besondern politischen und diplomatischen Konstellation entspringen. Die Einigung Italiens durch Cavour war ohne Frankreichs Beistand, die Eini-gung Deutschlands durch Bismarck ohne Rußlands wohlwollende Passivität nicht denkbar. Wer hätte aber in den dreißiger Jahren vorhersagen können, Frankreich und Rußland würden auf Gebieten, auf denen sie zeitweilig eine fast oberherrschaftliche Gewalt ausgeübt, selbst dazu beitragen ihren Einfluß gänzlich auszuschalten? Daß Frankreichs Politik 20 Jahre ausschließlich von dem stark mit phantastischen und jedenfalls unfranzösischen Elementen durchmengten Denken und Planen Napoléons III. und Rußlands Politik ein Jahrzehnt durch das Bedürfnis Alexanders II. an Österreich Rache zu

nehmen geleitet war, stellt das Unvorhergesehene, den *historischen Zufall* dar. Und doch konnten jene Geschehnisse ohne diese beiden Faktoren den Lauf nicht nehmen, den sie tatsächlich erhalten haben. Dagegen ist Napoléons III. Kampf gegen die deutsche Einheit nur die Fortsetzung der Politik, die seit den Tagen Ludwigs XIV. in Frankreich traditionell geworden war und als Tradition auch noch die Anschauungen der heutigen radikalen Republikaner beherrscht, und Bismarcks Strategie, so überraschend sie den lethargischen Gang der preußischen Dinge seit 1815 unterbricht und allen Meinungen und Wertmaßstäben der Zeit zum Trotz siegt, liegt in ihrer Hauptrichtung in den Bahnen, die Friedrich II. der Entwicklung seines Staates gegeben hat.

Überlegungen solcher Art nötigen zur Vorsicht bei der Betrachtung eines so komplexen Problems, wie es in dem Verhältnis Kanadas zu England und zu den Vereinigten Staaten beschlossen liegt. Der kanadisch-amerikanische Handelsvertrag hat es von neuem in Sicht gebracht. Doch gerade, weil es sich um einen Handelsvertrag handelt, eröffnet sich hier eine neue Fehlerquelle. Wer um einen Beweis für den Primat der Idee verlegen wäre, würde den frappantesten darin finden, daß selbst so nüchterne und rein aus den Berechnungen des praktischen Nutzens zu beurteilende Dinge wie Zölle und Handelsverträge, Schutzzoll und Freihandel, zu Grundsätzen, ewigen Prinzipien und Glaubensartikeln werden konnten, wobei schon jede unbefangene, an Tatsachen verlaufende Untersuchung als Sünde wider den heiligen Geist geahndet wird. Dennoch ist auch dies aus der Geschichte des europäischen Parteiwesens wohl verständlich. Selbst dort, wo die Entscheidung für Freihandel oder Schutzzoll ursprünglich rein praktischen Interessen bestimmter Gruppen entsprungen ist, zwingt die Technik der Agitation der wirtschaftlichen Anschauung die suggestive Form einer ethischen Regel oder eines politischen Ideals zu leihen, um weite Kreise, und um diese dauernd in unveränderter Richtung zu binden. Und das muß gar nicht eine bewußt angewandte Technik sein, sondern, indem eine Regel der Wirtschaftspolitik in den Anschauungsschatz der Parteien aufgenommen wird, tritt sie unvermerkt in die Wertskala ihrer sittlichen und idealen Güter ein und nimmt teil an der Schätzung als Prinzip, als unverbrüchliche Norm des Denkens und Handelns, die den übrigen tragenden Gedanken einer Parteianschauung gemeinhin zukommt. Die seltsame Symbiose wirtschaftspolitischer und ideal-normativer Vorstellungen wird an dem Wort *Freihandel* anschaulich, wobei das Bestimmungswort *frei* eine sinnwidrige, aber begreifliche Verwandtschaft mit gleichnamigen, innerlich durchaus fremdartigen Vorstellungen der politischen Sphäre betätigt. Was nun aber solche Wirtschaftsbegriffe innerlich zu Prinzipien erhöht, verhärtet sie äußerlich zur schroffsten Einseitigkeit und macht sie gerade dadurch erst recht geeignet der ideale Ausdruck scharfer Gegensätze zu werden, die das Volksleben scheiden, eines Gegensatzes, wie ihn etwa der Kontrast eines hochgespannten agrarischen Schutzzolls und überspannter staatsautoritärer Vorstellungen der konservativen Politik zur Stimmung der städtischen Bevölkerung in Deutschland darstellt. Wie nun jedoch andererseits der Staat das Ganze dieser gegensätzlichen Teile darstellt, so mag in Kanada ein Laurier, wenn er nicht mehr die Agitation wirksam zu leiten sondern den Staat wirklich zu lenken hat, seine freihändlerischen Grundsätze *mildern*, weil eben die Wirklichkeit Forderungen stellt, um die sich die im Freien lebende Idee selten kümmert. Alles Handeln wird im Licht des Prinzips gesehen zum Sündenfall.

Je inniger sich aber — bei aller Unlogik dieser Verbindung — die Ideen des Freihandels und Schutzzolls mit Wertungen durchaus verschiedener Gebiete verbunden haben, umso schwerer wird es einen Vorgang wie die zollpolitische Annäherung Kanadas an Nordamerika frei von dem Wunsch zu behandeln daraus für seine Lieblingsidee Vorteile zu ziehen. Es ist in England fast noch mehr als in Deutschland bei Freihändlern wie bei Schutzzöllnern zur Gewohnheit geworden durch vergleichende Darstellung der Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben des andern Staates die Argumente zu gewinnen, die man für die innere Agitation nötig zu haben glaubt. Dabei erleben die selben Tatsachen das Wunder je nach der Parteilichkeit ihres Betrachters in der Gestalt durchaus verschiedener Zahlengruppierungen zu erscheinen, und selbst die selben Zahlen bieten jedem andere Folgerungen dar. Da indes die Statistik und Nationalökonomie im Dienst der Politik die beiden Wissenschaften von der Gleichung des Unvergleichbaren sind, soll sich niemand daran ärgern sondern verehrend die Wahrheit des Satzes erkennen, daß die Not des praktischen Lebens alle theoretisch scheinbar begründeten Widersprüche spielend beseitigt. Indes könnte man sich doch, möchte es scheinen, in einem Fall von dieser Bezauberung der Geister freimachen, die seit langem jeden Vergleich deutscher und englischer Zustände beherrscht: dann nämlich, wenn nicht mehr von England, dem europäischen Staat, sondern von dem britischen Weltreich die Rede ist, das ja, wenn man alldeutsche Phantastereien nicht für Tatsachen kaufen will, an der deutschen Wirklichkeit nirgends ein Gegenbild findet. Auch läßt schon die Größe dieses Machtgebildes ein einmal losgelöst von den dem innerpolitischen Parteienkampf entnommenen Anschauungen Machtverhältnisse rein als Machtverhältnisse zu werten.

Die Art des Problems legt dies sogar als unabweisliche Pflicht auf. Mag man bei Schutzzöllnern und Freihändlern, Konservativen und Liberalen in England noch so viel Motive parteipolitische oder gar selbstsüchtig-wirtschaftlicher Art voraussetzen, so wird man doch zugeben müssen, daß ganz andere Kräfte als solche Motive den Zusammenhang des britischen Weltreichs tragen, und daß infolgedessen parteipolitische oder private Selbstsucht, will sie auf das Ganze wirken, die Gestalt ihrer Antriebe ändern, ihnen eine rein politische Form geben muß. Es ist aber von vornherein zu bezweifeln, daß bei den Lenkern des Weltreichs so enge Auffassungen die ersten und bestimmenden sein sollten: Wie hätte es dann entstehen können, wie könnte es bestehen? Schulze-Gävernitz mag mit seinen sonstigen Aufstellungen über den englischen Imperialismus vielfach Irrtümern verfallen, darin hat er zweifellos recht, daß die Idee des *Größern Englands* eben als Idee politischer Macht und Größe entstanden ist, als der Weltherrschaftstraum des britischen Volkes. Ihm entspringt als führendes Streben die lose gefügten Teile, ehe deren wachsende Selbständigkeit sie dem Mutterland völlig entfremdet, durch neue Bindungen dem Zentrum zu vermählen. Was verknüpft Staatsteile, wenn wie hier die gleiche Sprache und Kultur als Voraussetzung bereits gegeben ist? Die Gemeinsamkeit der Interessen und die Gemeinsamkeit der Gefahr. So scheint dem Imperialisten die europäische und amerikanische Staatengeschichte zu antworten, und wenn nun diese auch die geographischen Voraussetzungen eines einheitlichen Staatsgebildes fordert, so glaubt er den Mangel durch die Herrschaft über das alles verbindende Meer zu ersetzen. In solchem Ideenzusammenhang steht neben dem Ausmalen der *deutschen Gefahr* die Propaganda

des Schutzzolls. Der Schutzzoll ist dem wirklichen Imperialisten nur das Mittel den Kolonien Vorteile und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten zu geben, die sie von der nichtenglischen Welt scheidern sollen. Ja, er ist ihm auch der englischen Volksmasse selber gegenüber vorwiegend ein Mittel zum Zweck. Er soll die Idee des *Größern Englands* popularisieren, indem er sie mit dem wirtschaftlichen Vorteil des einzelnen verbindet. Der Imperialist rechnet mit dem Vorherrschen wirtschaftlicher Antriebe in den einfachen Kulturen der Kolonialwelt und in den breiten Schichten des eigenen Volkes. Daß er hierbei gleichzeitig auch innerlich sich mit den Anschauungen und Interessen derjenigen Klassen Englands vermählt, für die die Schutzzollidee den Erwägungen des ökonomischen Vorteils entspringt, liegt in der Natur der Sache, rückt aber bei Betrachtung des weltpolitischen Problems doch in die zweite Reihe.

Die Denkweise des Imperialismus ist durchaus revolutionär. Sie will das völlig Neue; die Durchdringung der Kolonien mit Interessen und Gedanken, wie sie ursprünglich allein im englischen Weltzentrum, in London, erwachsen konnten. Sie will andererseits eine gewisse Anpassung der englischen Herrschgewohnheiten an die Meinungen und Wünsche der bisherigen kolonialen Unterregierungen. Sie ist aber vor allem darin revolutionär, daß sie zwar anstrebt dem losen Nebeneinander des englischen Kolonialreichs eine feste Organisation zu leihen, ohne jedoch eine Bürgerschaft dafür zu geben, welche Reaktion dieses nach außen sich abschließende Reich in der übrigen Welt hervorrufen wird, in der übrigen Welt, in der das europäische England noch immer einen Primat des Handels, des Exports, des Finanzgeschäfts zu wahren hat. An diesem Punkt wird am deutlichsten sichtbar, wie viel konservativer am Alten festhaltend der englische Liberalismus sein Weltbild gestaltet. Wenn er dem Traum eines autarken *Größern Britanniens* die ungeheuren Summen entgegengesetzt, die der Warenverkehr Englands mit der außerbritischen Welt und die dort festgelegten Werte darstellen, so urteilt er keineswegs aus dem Gesichtspunkt des Krämers. Auch der Politiker wird den Gegendruck zu erwägen haben, mit dem die übrigen Nationen auf den von einem zollpolitisch geschlossenen Weltbritanniens ausgehenden Druck würden antworten müssen. Die wirtschaftlichen wie die politischen Reaktionen treffen aber zunächst das Mutterland oder vielmehr noch unmittelbarer dessen Verbindung mit Indien. Denn das Chamberlainsche Reich vermag dem indischen *Kaisertum* schon in der äußern Rangordnung keinen Platz anzuweisen. Heute in dem Nebeneinander von Kolonien verschiedener Art unter Londoner Oberleitung nimmt es ihn kraft einer besondern geschichtlichen Entwicklung ein. Das ganze Netz von Interessen und Machtpositionen, das sich durchs Mittelmeer und um Afrika hin bis nach Hinterindien schlingt und die Richtung angibt, in der sich die mächtigsten Kraftanstrengungen der Nation 3 Jahrhunderte bewegten, hängt ausschließlich an dem europäischen England. Der ältere Imperialismus wendet sich gegen den jüngern, der handelsstaatliche gegen den bundesstaatlichen. Doch auch der ältere Imperialismus, der als verwirklichte Idee in den heutigen Reichseinrichtungen lebt, hegte Vorstellungen von dem künftigen Zusammensein des Mutterlands und der Tochterstaaten. Sie gingen von dem Miteinanderwirken autonomer Gemeinwesen aus. Die Selbständigkeit der Teile und die Macht des Ganzen, die englische Verfassungsform auf das Ganze des Reichs übertragen: eine ebenso kühne und vage Analogie wie der bei den

modernen Imperialisten beliebte Vergleich des *Größern Britanniens* mit dem amerikanischen oder dem deutschen Bundesstaat. Weltbilder jenseits der Geographie geformt.

Hegt nun der Liberalismus jene alten Reichsvorstellungen des ältern Imperialismus, die sicherlich zum Teil in ihm fortwirken, noch als ein in sich ruhendes Ideal? Hat überhaupt der Liberalismus, wie ihn die Geschichte überliefert, in den Liberalen von heute noch vollwertige Vertreter? Auf eine solche Frage antwortet regelmäßig der Hinweis auf die Macht und Vielverzweigkeit der liberalen Sekten. Sicherlich, die Friedensvereine, die Nonkonformisten, die Antialkoholiker, der Gewerkschaftsliberalismus, der wallisische und schottische Partikularismus: das alles sind große Volksmächte, und wenn sie im Sammelbecken des Liberalismus zusammenströmen, so darf wenigstens den Teilen ein urwüchsiges Leben zugeschrieben werden; denn da sie insgesamt Wurzeln haben, die tief unter das politische Erdreich dringen, vermögen sie dem Wechsel der Tagesmeinungen standzuhalten. Nur hat eben keine dieser Teilmächte zu den Fragen der englischen Weltpolitik ein eigentliches Verhältnis. Das zeitigt als seine notwendige Folge, daß der Liberalismus die auswärtige Politik der Konservativen fortsetzt und sie sogar überbietet. Die Gefährdung und Beunruhigung des Friedens, die mit dem Abschwenken zu Frankreich begann, wurde am fühlbarsten bei der Revaler Zusammenkunft, und als England aufmunternd im Annexionsstreit Iswolskij zur Seite trat: also unter dem Liberalen Grey. Was nützt uns da der Schwung parlamentarischer Friedensreden? Was bedeutet die agitatorische Bekämpfung der Invasionsmärchen, wenn MacKennas Flottenrüstungen, die in 5 Jahren das Marinebudget auf das Anderthalbfache gesteigert haben, wie die *Daily News* sich ausdrücken, die konservativen Chauvinisten atemlos hinter sich zurücklassen? Der Liberalismus, wie er nur noch durch das Bündnis mit den Arbeitern und Iren seine Mehrheit behauptet und in seinem Lager deutlich geschiedene Fraktionen einschließt, besitzt keine Weltanschauung mehr, die aus der Wurzel gemeinsamer Grundbegriffe aufwachsend den ganzen Umkreis der staatlichen Probleme überschattet. Und wenn er sie besitzt, so hat er nicht den Mut ihr nachzuleben. Auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung, unter dem Gladstone der achtziger Jahre versuchte der Liberalismus die Reichsidee der Idee der Wohlfahrt des englischen Volkes unterzuordnen und schien einer Zukunft zuzusteuern, in der die Kolonien nichts mehr waren als bevorzugte Exportländer. Sein Prinzip mußte sich unter die Imperative der überseeischen Machtpolitik beugen; dennoch lebt es fort als die unausgesprochene, vielleicht unbewußte Voraussetzung der radikalen Polemik gegen die Staatskunst der Grey und MacKenna, gegen die Geschäftsführung des eigenen Ministeriums. Freilich sind seine Ideale nach dem Burenkrieg, mitten unter den Flottenrüstungen der übrigen Mächte von der Verwirklichung weiter entfernt als je. Ihre heftige Propaganda muß zuletzt die liberale Anhängerschaft selbst unsicher und kopfscheu machen und den Konservativen zutreiben. Denn das Verhältnis zwischen Reichspolitik und Machtpolitik, zwischen Aufwendungen für die Reichsgröße und Vorsorge für die Volkswohlfahrt, liegt offenbar bei den Liberalen weit ungünstiger. Der Liberale scheint von dem *Glück der (vermeintlich) größten Zahl*, von der Zweckbestimmung des Staates durch das wirtschaftliche Behagen des europäischen Engländers auszugehen, er orientiert in seiner Freihandelspropaganda alle, auch die höchsten Ziele der Politik von den Rück-

sichten des Gemeinwohls, wie er es versteht, des Wohls seiner Handelsklasse her. Indem er jedoch die Steuerquellen alle für die Flotte springen läßt, schlägt er dem eigenen Prinzip den Boden aus. Der Imperialist ordnet das Einzelne dem Ganzen nach, macht den Menschen zum Mittel, die Reichsgröße zum Zweck und malt der Volksmasse lockende Zukunftsbilder des Gedeihens, um die mit Aussicht auf Vorteil zu gewinnen, die er nicht für fähig hält sich von Machtgedanken berauschen zu lassen. Er genießt den in aller Politik unerschätzbaren Vorteil, daß er seine Versprechungen nicht im Augenblick verwirklichen muß sondern einen Wechsel auf die Zukunft ausstellt. Die eigentlich politisch gerichteten Köpfe überwältigt er durch die Geschlossenheit seines Reichsbilds, dem der Liberalismus nichts Ähnliches, wenigstens nichts gleich Neues und die Phantasie Verlockendes entgegensustellen hat, und erlebt schon heute die Genugtuung, daß die liberale Regierung, was sie in Koweit, in Persien tut, wie sie die Konferenz der Kolonialpremiers begegnet, durchaus in die Linie des Imperialismus legt.

Für die Herrschaft des liberalen oder des konservativen Systems in England mag es sonach entscheidend sein, wie jedes die Bedürfnisse der Volksmassen mit den Forderungen der Weltmacht ausgleicht. Für die großen Probleme im Leben des Reichs ist dies aber im Grund höchst gleichgültig. Da hat man lediglich zu untersuchen, welches System etwa imstande ist die Bande zu festigen, die die werdenden angelsächsischen Staaten in Amerika, Australien und Afrika mit dem Mutterland zusammenknüpfen, wobei Indien als ein Problem für sich zur Seite bleibt. Die Autonomie der Kolonien scheint dem ältern Imperialismus den Verband zu sichern. Aber es wäre der erste, der lediglich auf negativen Bestimmungen ruhen würde. In der Tat basiert er auch nicht auf der Selbstverwaltung der Kolonien sondern auf deren unfertigem Zustand; auf der dünnen Bevölkerung, die mit dem Boden noch nicht zusammengewachsen ist, das Ganze des beherrschten Gebiets noch nicht lebendig und erlebend in sich faßt und darum noch keinen eigenen Volkscharakter herausbildet; auf der Abhängigkeit der Überseer von dem Kapital, dem Lebensstil, der Literatur und Presse Englands. Diese Ansiedler haben zum Teil noch einen zwiespältigen Nationalstolz, der den des Engländers miteinschließt. Wille und Gewohnheit also machen aus der bloßen Nebeneinanderordnung ein leidliches Zusammensein. Wenn aber mit der Zahl der Einwohner Gewicht und Verflochtenheit der Interessen wachsen, wenn die weltteilartigen Staaten, um die es sich hier handelt, sich mit dem Gefühl ihrer Größe erfüllen, wenn ihre Zentren zu einem abgeschlossenen geistigen und finanziellen Eigenleben erwachsen? Welches eigene Interesse verknüpft sie mit der europäischen und asiatischen Machtstellung Englands? Bei der japanischen und indischen Kulifrage tun sich heute schon Gegensätze auf. Offenbar fehlt außerhalb Londons eine Reichsidee, die groß und umfassend wäre wie das Reich selbst. Der moderne Imperialismus sucht diese Idee zu substituieren, er sucht nach Quebec, nach Montreal, nach Sidney, nach Kapstadt das Gefühl zu verpflanzen Bürger eines Bundesreichs zu sein, das die Welt umschlingt, unvergleichbar an Größe in der Geschichte. Er erkennt richtig, daß eine erinnerungsweise fortgesetzte Nationalgesinnung keinen Halt gewährt, daß die Lust der Weltherrschaft und Weltlenkung, die in London das stärkste Element des Selbstgefühls ausmacht, nach den Kolonien sich nicht exportieren läßt, daß es gelingen muß den Kolonisten einen über ihr engeres Aufenthaltsland hinaus-

gehenden, das Ganze umfassenden Staatssinn zu leihen, der etwa auch in Kapland Fragen, die den Persischen Golf betreffen, als Fragen des eigenen Lebens auffassen lehrt. Das kann nur geschehen, sobald der Schein einer Mitregierung der Kolonien über das Ganze hergestellt wird, sobald diese wie ebenbürtige Glieder neben das Mutterland treten: ein Bundesstaat, der sich zugleich durch sein Zoll- und Wehrsystem gegen die übrige Welt abgrenzt.

Die dringende Notwendigkeit die geographisch so weit getrennten Glieder des Reichs mit einem neuen, zusammenhaltenden Gedanken zu erfüllen ist so einleuchtend, daß er auch seine Gegner übermeistert. Der Imperialismus will ein Gemeingefühl schaffen, das heute fehlt; allein, indem er fremdartige Interessen zusammenschweißt, ruft er die Gefahr hervor die Interessenkonflikte erst recht zu wecken. Er will den Weltstaatsgedanken kolonisieren; allein es ist eben doch der europäisch-englische Weltstaatsgedanke, den er verbreitet, der an den Macht- und Interessenabstufungen erwachsen ist, wie sie von London aus sich wahrnehmen lassen. Auch der moderne Imperialist beabsichtigt eben nichts anderes als die überlieferte englische Politik in neuer Gestalt fortzuführen. Und doch hat nur das europäische England historische Beziehungen einerseits zu seinen Tochterstaaten andererseits zu seinen Handelskolonien, und doch muß der Schwerpunkt des *Größern Englands*, wenn eine der Tochterstaaten ein rasches Wachstum seiner Bevölkerung erfährt, ins Schwanken geraten, während das englische Volk in Europa bloß so lange die Kosten der Weltherrschaft wird tragen wollen als es die Weltherrschaft besitzt. Alle diese Probleme spitzen sich bei Kanada zu, diesem Prüfstein für die Bestandfähigkeit des englischen Weltreichs. Denn Kanada ist nicht bloß weltteilgroß, geschaffenes gewaltige Bevölkerungsmassen zu nähren und in raschem Aufstieg begriffen, es ist auch nicht wie Australien und Südafrika inselartig oder durch Unkulturländer isoliert und dadurch ans Mutterland gewiesen. Es steht in einem Weltteil, der ein neues Staatensystem ausbaut, mit allen Abstößungen und Annäherungen, die den Inhalt einer besondern, der amerikanischen Politik bilden werden. Die Kultur, die es am unmittelbarsten beeinflusst, strahlt nicht von England sondern von der Union aus, die der stärkste Vertreter der angelsächsischen Familie geworden ist. Und mit der Union ruft die geographische Lage eine Fülle von Beziehungen hervor, auf die je länger je mehr die ganze äußere Politik Kanadas wird eingestellt sein müssen. Ob sich die Beziehungen zu tödlichen Gegensätzen zuspitzen werden, weiß niemand. Doch muß zwischen Kanada und der Union ein Wettbewerb entstehen, der in dem neuauftretenden Staat alles nach der vollkommensten Ausprägung der Selbständigkeit hinlenken wird und dahin das Dasein völlig eigenamerikanisch zu gestalten. Ein Kanada mit 30 Millionen Einwohnern und seiner Europa nahekommenen Größe als dienendes Glied einer bundesstaatlich oder anders gefärbten Londoner Politik eingefügt: wer ist so gläubig diese Leistung irgend einem der uns bekannten Staatssysteme zuzutrauen? Auch abgesehen von dem Wettkampf englischer und amerikanischer Wirtschaftsinteressen in Kanada und den Wirkungen der amerikanischen Einwanderung ist in der geographischen Lage und der Größe Kanadas ein Problem eingeschlossen, das dauernd zu lösen der britischen Weltpolitik recht sauer werden soll.

Doch ich habe es schon zu Anfang gesagt: Alle in die Zukunft weisenden politischen Bestrebungen leiden an dem unüberwindlichen Gebrechen nur mit den

zurzeit vorhandenen Kräften, nur mit den kontinuierlichen Energieen rechnen zu können, ohne die momentan hervorbrechenden Gewalten, die zuletzt das Gebilde formen, auch bloß zu ahnen. Man sieht Amerikaner nach Kanada übersiedeln, die Union Handelsverträge schließen. Indes, die Union ist zugleich ein Staat, in dem sich ungeheure Machtgelüste regen, und die warten vielleicht nur auf den Mann und die Gelegenheit, die ihnen den Weg zur Befriedigung weisen werden. Wie viel vermochte schon der Charlatan Roosevelt seinem Volk abzugewinnen? Jedenfalls darf man im Auge behalten, daß wir nicht mehr in der Zeit Cobdens leben, die Politik die pädagogische Provinz verlassen hat, und Vorgänge des englischen innern Staatslebens aufgehört haben ewige Paradigmen der Weisheit zu sein, sondern Ereignisse sind, die jeden Außenstehenden, der ein wirklich politischer Kopf ist, gerade so weit innerlich mitbewegen als sie auf die Lage des eigenen Volkes zurückwirken können.

GERHARD HILDEBRAND · ZWISCHEN AMERIKA UND ENGLAND

1. EINE METHODENFRAGE



OR einigen Wochen habe ich an dieser Stelle über das Handelsabkommen berichtet, das zwischen Kanada und *Usona*¹⁾ vorbereitet worden ist.²⁾ Der Artikel war ursprünglich noch größer angelegt als er schließlich geworden ist. Er sollte nach einer Einleitung (abgedruckt unter Ziffer I) und einer Darstellung des Tatsächlichen (Ziffer II) noch 3 weitere Teile enthalten, die je das Interesse der Vereinigten Staaten, Kanadas und Großbritanniens an der Frage untersuchen und beleuchten sollten. Während der Arbeit an dem ersten dieser Teile mußte ich mich aber davon überzeugen, daß der Stoff viel zu umfangreich ist, um in den *Sozialistischen Monatsheften* mit einemmal bewältigt werden zu können. Die Arbeit hätte auf mehrere Hefte verteilt werden müssen. Da nun das Abkommen ohnehin erst als Vorschlag der Regierungen vereinbart war und noch eine längere parlamentarische Geschichte vor sich hatte, in deren Verlauf manche neuen Gesichtspunkte zum Vorschein kommen konnten, empfahl sich ein provisorischer Abschluß und ein späteres Neuaufgreifen des Themas. Das, was wirklich fertig wurde und unter den Ziffern III und IV zum Abdruck gelangte, behandelte lediglich das Interesse der Vereinigten Staaten an dem Abkommen, und in einem kurzen Schlußabsatz wurde mit folgenden Worten auf die Unvollständigkeit der gegebenen Übersicht hingewiesen:

»Ob diese Kalkulation in allen Punkten richtig ist, ob nicht schon in Kanada selbst außer den angedeuteten westöstlichen Gegentendenzen noch weitere wichtige Interessen gegenüber der Union zu verteidigen wären, welche [im Text irrtümlich: die] Motive für die Orientierung der britischen und selbst der innereuropäischen Politik sich aus dem hier zum Teil geschilderten Spiel der Kräfte auf dem nordamerikanischen Kontinent entnehmen ließen: all das sind Fragen, die an dieser Stelle nur eben als Fragen bezeichnet werden sollen.«

Die Kritik, die Eduard Bernstein an meinem Artikel geübt hat,³⁾ ist also nicht

¹⁾ So belieben die ganz echt sein wollenden Bürger der Vereinigten Staaten unter Zusammenziehung der Anfangsbuchstaben ihrer offiziellen Staatsbezeichnung *United States of (North-) America* ihr Land zur bessern Unterscheidung mehr und mehr umzutaufen.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Was bedeutet das kanadisch-nordamerikanische Handelsabkommen?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 232 ff.

³⁾ Siehe Bernstein *Der kanadisch-amerikanische Schicksalschlag* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 301 ff.

die Ursache, daß ich noch einmal auf das Thema eingehe. Aber sie nötigt mich es schon jetzt wieder zu tun. Ich muß es dahingestellt sein lassen, ob Genosse Bernstein seiner Kritik vielleicht eine etwas veränderte Spitze gegeben hätte, wenn die im ursprünglichen Plan vorgesehene Sonderüberschrift *Das Interesse der Vereinigten Staaten an dem Abkommen* und damit die ausdrückliche Kennzeichnung des den Gedankengang leitenden Gesichtspunkts beibehalten geblieben wäre. Er geht auf diese Seite der Sache — die tatsächlich den Hauptteil meiner Ausführungen inhaltlich beherrscht — fast gar nicht ein. Daß der Präsident Taft nach einer unerhörten Provokation von Gegnern des Abkommens, die es durch Aufrollen der Annexionsfrage in Grund und Boden hinein diskreditieren und unmöglich machen wollten, die Absicht Kanada *amerikanisch* zu machen »feierlich in Abrede« stellte, versteht sich ganz von selbst. Im britischen Unterhaus hat Chamberlain noch Ende Juli 1899 erklärt, er träume nicht von der Erwerbung Transvaals — 13 Monate später wurde die Annexion proklamiert, nach weiteren 21 Monaten war sie vollendete Tatsache —, und so weit wie damals England mit Transvaal war, sind die Yankees noch nicht einmal mit Mexiko, geschweige mit Kanada. Es handelt sich für sie zunächst um die Sicherung der wirtschaftlichen und in der Folge schließlich auch politischen Vorherrschaft, wogegen die Frage der förmlichen Angliederung bei der geographischen Struktur des Kontinents ziemlich belanglos ist.

Eine ernsthaftere, wenn auch indirekte Kritik meiner Ausführungen über das Interesse der Union an dem Abkommen liegt in der Auffassung Bernsteins, daß nach dem Inkrafttreten des Abkommens, wenn nicht mehr der kanadische Westen, der von nun an alle seine Überschüsse an die Vereinigten Staaten abgibt, so der atlantische Osten der Union die Versorgung Westeuropas mit Getreide fortsetzt. Es sei ein Trugschluß, meint Bernstein, »sofern es nicht ein Trugspiel ist, wenn nun die englischen Zollverbandsagitatoren daraufhin schreien, das Zollabkommen werde das Getreide in England verteuern. Die Vereinigten Staaten werden eben einfach um so viel mehr Getreide auf die europäischen Märkte bringen als ihre Zufuhren aus Kanada infolge des Abkommens über den amerikanischen Bedarf hinaus sich mehrten«. In diesen Worten wird die Kernfrage berührt, um die es sich praktisch für uns handelt, und derenwegen die Wirkung des Abkommens auf die Getreideproduktivität der Vereinigten Staaten in erster Linie festgestellt werden mußte. Ich bin bemüht gewesen nachzuweisen, daß das Abkommen durch die ungehemmte Wirksamkeit des kanadischen Getreidepreisdruks die weitere Entwicklung der nordamerikanischen Agrarproduktion aufhalten, ja einen immer größeren Teil der nordamerikanischen Farmer zur Abwanderung nach Kanada veranlassen müsse. Nach meiner Rechnung wird in Zukunft nicht nur die Bauerngrundlage der Union selber, sondern dazu auch noch die Kanadas die Tendenz haben ihre Stärke in erster Linie den nordamerikanischen Eigenbedürfnissen anzupassen und nur bei besonders günstigen Ernten oder bei besonders hohen Preisen auf dem westeuropäischen Markt Überschüsse transatlantisch abzustößen. Das Schwergewicht der nordamerikanischen Wirtschaftsentwicklung dagegen wird infolge des Abkommens nur noch wuchtiger auf den Industrialismus fallen. Der nordamerikanische Industrialismus wird, nachdem er im Lauf der Zeit bereits stark genug geworden ist, um den Getreideberg der Union aufzuzehren, sich nun weiter daran machen auch den kanadischen Getreideberg restlos zu vertilgen. Für die westeuropäischen und zumal englischen Brodesser bleibt

alsdann die Verteuerung des nordamerikanischen Getreides; aber es bleibt für sie nur sehr wenig vom nordamerikanischen Absatzmarkt für Industrieprodukte. Bernstein mag diese letzte Konsequenz — die ich im folgenden Teil dieses Artikels noch vom kanadischen Standpunkt aus untersuche — bestreiten und bekämpfen. Aber er muß sich dann mit meinen Ausführungen über die Folgen des Abkommens für die Gestaltung der Agrarproduktion in den Vereinigten Staaten auseinandersetzen, und seine Geschosse nicht gegen Außenwerke meiner Position richten.⁴⁾

Nachdem aber Genosse Bernstein die Außenwerke meiner Position berannt hat, schließt er mit dem gegen mich gerichteten Satz: »Ich sehe mich veranlaßt seiner Art der Behandlung internationaler Fragen auf das entschiedenste entgegenzutreten.« Er verallgemeinert also seine Kritik, und damit bin ich zufrieden; denn nun richtet sie sich nicht mehr bloß gegen zufällige Einzelheiten sondern gegen meine Methode und nötigt mich diese Methode selber einmal darzustellen und zu begründen.

Man kann die Einzelercheinungen der internationalen Wirtschaft und Politik nur werten, indem man sie ordnet, und nur ordnen, indem man sie unter leitende Gesichtspunkte stellt. Die kausale Verknüpfung von Fall zu Fall genügt nicht. Da gibt es Reden und Beschlüsse, die an sich etwas Bestimmtes zu beweisen scheinen, die aber bei Aufhellung des allgemeineren Zusammenhangs, in den sie gehören, eine andere (mehr bedingte, eingeschränkte) Bedeutung gewinnen als die ist, die man ihnen aus ihrem unmittelbaren Wortlaut oder selbst Zusammenhang heraus zuschreiben möchte. So die von Bernstein angeführten Freihandelsäußerungen Lauriers, so das Ottawaprogramm der kanadischen Liberalen, so die Denkschrift der Farmervereine des Westens. Bernstein selbst erklärt sie aus einer konsequent freihändlerischen Gesinnung heraus. Ich glaube, daß diese Gesinnung selber ein Produkt der Verhältnisse ist und sich mit den Verhältnissen ganz oder teilweise ändern kann. Mir erscheint also die wirtschaftliche Überzeugung, aus der heraus die Menschen reden, beschließen und handeln, nicht der felsenfeste Orientierungspunkt zu sein, von dem aus die Einzelercheinungen zu werten und zu ordnen sind, und ebensowenig wie die Überzeugung selbst die unmittelbare Ursache dieser Überzeugung, die ja einer stärkern Ursache anderer Art und anderer Wirkungsrichtung Platz machen kann. Nur das Zurückgehen auf die Grundursachen und ihre sich verschlingenden und gegenseitig einschränkenden Wirkungen scheint mir die Möglichkeit zu sichern leitende Gesichtspunkte zu finden, die eine wesentlich richtige Einordnung und damit Wertung der Einzelercheinungen gestatten.

Doch das sind Dinge, die wir schon von Marx gelernt haben, und über die kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen werden, soweit es sich um das Prinzip ihrer Anwendung innerhalb der wirtschaftlichen Erscheinungen handelt. Schwieriger wird die Sache, sobald wir fragen, welche leitenden Gesichtspunkte sich denn nun *in concreto* für die Einordnung und Wertung der Einzelercheinungen der internationalen Wirtschaft oder der Wirtschaft eines einzelnen

⁴⁾ Er mag sich dann auch gegen Erwartungen wenden, wie sie in der folgenden Depesche der *Central News* aus Odessa vom 6. Februar zum Ausdruck gelangen: »Das abschließliche Schicksal des Reziprozitätsvertrags zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada wird von den Getreideexporteuren Südrusslands mit dem größten Interesse erwartet. Sie glauben zuversichtlich, daß, wenn die Ratifikation erfolgt, der russische Weizenhandel mit dem Vereinigten Königreich eventuell vervierfacht oder verfünffacht werden wird.« Wie kommen diese Leute dazu einen so starken Rückgang der nordamerikanisch-kanadischen Getreideausfuhr von dem Vertrag zu erwarten? Sie sind doch keine britischen Tarifreformer

Landes aus dem Prinzip der Grundursachenfeststellung ergeben. Hier kann ich zunächst auch noch der Marxschen Methode folgen, indem ich mit ihm den Expansionsdrang des Kapitals (den Schrei nach dem Mehrwert) als das Leitmotiv der weltwirtschaftlichen Entwicklung im ganzen ansehe. Aber von diesem Punkt ab trennen sich die Wege. Marx sieht in dem Expansionsdrang des Kapitals das alleinige Motiv der Wirtschaftsentwicklung bis zur Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, und darin folgen ihm noch heute viele Sozialdemokraten. Demgegenüber, glaube ich, müssen noch diese 3 Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden:

1. Die kapitalistische Wirtschaft hat die Industrie in einem so hohen Grad in ihren westeuropäischen Ursprungsländern zentralisiert, daß in diesen Ländern eine planmäßige Sorge für die Sicherung der industriellen Nahrungs- und Rohstoffbedürfnisse und damit des industriellen Fabrikatabsatzes unerläßlich geworden ist; gleichviel, ob die Wirtschaftsordnung in Zukunft kapitalistisch oder sozialistisch oder sonstwie beschaffen ist.
2. Für die Wertung der dadurch notwendig gewordenen Rohstoffländer — besonders der im Besitz der Industriestaaten befindlichen Kolonien — und für die mit oder in ihnen zu betreibende Politik ist nicht der augenblickliche Grad ihrer Entwicklung und Lieferfähigkeit bestimmend, sondern das dauernde und wachsende Versorgungsbedürfnis Westeuropas, das in einem nach dem andern von ihnen die Konjunktur entstehen läßt, die ihre stärkere Nutzbarmachung — wieder unter gleichviel welcher Wirtschaftsverfassung — mit Vorteil ermöglicht und im Interesse der industriestaatlichen Versorgung fordert.
3. Nicht die Entwicklung aller Länder des Erdballs vollzieht sich dauernd in erster Linie nach Maßgabe des wachsenden europäischen Versorgungsbedürfnisses. Manche — und darunter gerade die rohstofflich bisher wichtigsten von ihnen — erhalten teils durch ihre natürlichen Bevölkerungsverhältnisse (Rußland, Japan, China, zum Teil Britisch Indien) teils durch die Betätigung europäischen Kapitals und europäischer Auswanderer in ihnen (Vereinigte Staaten, Brasilien, Mexiko, Kanada, Australien, Argentinien) die Möglichkeit eines selbständigen industriellen Überbaus und damit einer relativ unabhängigen agrarisch-industriellen Wechselwirtschaft.

Der erste dieser Leitgesichtspunkte wird innerhalb der westeuropäischen Arbeiterbewegung immer stärker anerkannt; mehr und mehr auch der zweite, den ich zu meinem Teil bei der Behandlung kolonialpolitischer Probleme in den *Sozialistischen Monatsheften* noch klarer herauszuarbeiten und sachgemäß anzuwenden bemüht bin. Der dritte ist es, der für die Behandlung des nordamerikanisch-kanadischen Problems in Frage kommt. Er kennzeichnet die Methode, die ich in meinem Buch *Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus* als Leitmethode für die Behandlung internationaler Probleme ausgebildet und angewandt habe, und nach der ich auch in den *Sozialistischen Monatsheften* verschiedentlich solche Probleme behandelt habe. Ich leugne nicht, daß dieser leitende Gesichtspunkt für mich mehr als die Bedeutung einer *Methode* gewonnen hat: daß ich in ihm ein grundlegendes Motiv für die Entwicklung der Wirtschaft physisch und geistig leistungsfähiger Völker zu erkennen glaube, das sich auf die Dauer immer stärker und immer allgemeiner mit der Gewalt eines unabänderlichen Naturgesetzes zur Wirksamkeit bringt. Diese Auffassung schließt die Gefahr der Übertreibung in sich: die Gefahr, daß man die industrielle Verselbständigungstendenz bereits nach-

haltig wirksam sieht, wenn sich erst schwache Keime von ihr zeigen, oder daß man die Möglichkeit ihrer Erfolge überschätzt, auch wenn gewisse sehr wichtige Naturbedingungen (eigene Rohstoffe, eigene mechanische Kraftquellen) nicht in genügender Masse oder — nach Konjunkturverhältnissen — Verwertbarkeit vorhanden sind. Aber wenn Genosse Bernstein sich veranlaßt sieht meiner »Art der Behandlung internationaler Fragen auf das entschiedenste entgegenzutreten«, so soll er zunächst das prinzipiell Unmögliche oder die methodische Unzulänglichkeit dieser Art der Tatsachenordnung nachweisen. Andernfalls kann doch nur ein unfruchtbares Aneinandervorbeireden zustande kommen. Erkennt man freilich das industrielle Verselbständigungsstreben der Agrarstaaten als das auf die Dauer grundlegende und sich in den wichtigsten Fällen durchsetzende Motiv ihrer Entwicklung an, dann wird man den Freihandelsströmungen in ihnen nur eine vorübergehende oder bedingte oder partielle Wirksamkeit zuschreiben können, ihre Ursachen und ihre Folgen genau zu bestimmen — und das heißt: zu begrenzen — suchen, die Überspannungen ihrer Phraseologie nicht unbesehen als bedingungslos oder endgültig leitende Grundsätze und Überzeugungen gelten lassen und ebenso die Gegenteilstendenzen und die Bedingungen ihres Erfolgs so genau wie möglich zu erfassen bemüht sein. Man läuft dabei immer wieder Gefahr in der Anwendung der Methode gerade auf diesen besondern Fall, den man im Augenblick behandelt, Schätzungsfehler aus Vorurteil zu begehen, und dafür kann die Tatsachenforschung im einzelnen kaum exakt und sorgfältig genug durchgeführt werden. Aber die Methode selbst, einen vielfach (in Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Schweiz, Österreich, Italien, Vereinigte Staaten, Japan, mehr und mehr auch Schweden, Norwegen, selbst Dänemark und Ungarn, dazu jetzt Rußland usw.) bewährten und sich bewährenden leitenden Gesichtspunkt festzuhalten, behält ihr Recht und ist notwendig, wenn man überhaupt Ordnung und Sinn in das durcheinanderwogende Spiel der Kräfte hineinbringen will. Darum ist der Streit um die Auslegung und Wertung von Aussprüchen, Beschlüssen, Verträgen, statistischen Ziffern und sonstigen Einzeltatsachen aller Art immer zuerst ein Methodenstreit — oder ein bloßes Wortgefecht.

2 · DAS KANADISCHE INTERESSE

NATÜRLICH lautet die erste Frage: Wer sind in Kanada die Freunde und die Gegner des Abkommens, und wie stark ist ihr unmittelbares Interesse? Im allgemeinen habe ich die Frage bereits in meinem ersten Artikel dahin beantwortet, daß die Farmer des Westens, praktisch vornehmlich die von Alberta und Saskatchewan, Hauptinteressenten dafür, und die Nutznießer der großen westöstlichen Verkehrswege sowie des entsprechenden Handels Hauptinteressenten dagegen sind. Allein damit ist die Stärke beider Gruppen noch nicht vollständig festgestellt. Auch Manitoba und der Westen und Süden von Ontario ist an der Öffnung der Südgrenze stark interessiert. Schließlich würde der sich mildernde Getreidepreisdruck vom Westen her auch den Farmern des übrigen Ontario und Quebec zugute kommen, selbst wenn sich die Zentren des Ostens in Zukunft nicht mehr ganz mit der bisherigen Schnelligkeit weiterentwickeln sollten. Der Wasserweg über die großen Seen, durch den Erickanal und den Lorenzstrom hinab ist nämlich selbst für die anliegenden Provinzen nur ein Nothelf; Alles Getreide, das nicht bis Ende November auf diesem Weg verschickt werden kann, muß entweder die teure Bahnfracht tragen oder bis zum Mai in den

Speichern liegen bleiben, die, wie ein Berichterstatter feststellt, nicht im Besitz und Betrieb von Philanthropen sind. Dies Schicksal trifft in einer normalen Saison 35 % der Ernte. So kommt es, daß unter der Herrschaft des nordamerikanischen 25 Cent-Zolls für Weizen im Jahr 1904 Großbritannien den Manitobaweizen um 5 Shilling bis 7 Shilling 6 Pence den Quarter billiger bezog als der amerikanische Weizenpreis in Duluth, dem amerikanischen Hauptverfrachtungshafen am oberen See, notierte. Und unter normalen Verhältnissen ist der Weizenpreis in Winnipeg 8 Pence bis 1 Shilling per Quarter niedriger als in Duluth. Um den kanadischen Westostweg für Stapelprodukte zu beschleunigen und zu verbilligen, studiert man in Kanada den Georgian Bay-Kanal, der von dem genannten Seitenbecken des Huronsees an Ottawa vorbei bis an die Stadtgrenze von Montreal führen soll. Wenn dies Projekt um der Weizenausfuhr des Westens willen verwirklicht werden müßte, verlören die großen Bahnen ohnehin einen erheblichen Teil ihres Massengüterverkehrs. Außerdem würde Kanada dafür riesige Aufwendungen machen müssen. Unter diesen Umständen kann das Bahninteresse nicht dauernd den Ausschlag gegen das Abkommen geben, und das fiskalische Interesse fällt für das Abkommen in die Wagschale. Aber die großen Transkontinentalbahnen haben selber gewisse Möglichkeiten die Verluste aus der Ablenkung der Transporte nach dem Süden auszugleichen. Sie sind nämlich auch am Landverkauf im Westen beteiligt, und das Land hat schon infolge der steigenden Getreidepreise und der starken Siedelung der letzten Jahre bedeutend an Verkaufswert gewonnen. So besaß die *Kanadische Pazifikeisenbahngesellschaft* am 30. Juni 1908 mehr als 8¼ Millionen Acres Land in Manitoba, Saskatchewan und Alberta, dazu beinahe 4½ Millionen Acres in Britisch Kolumbien. Der durchschnittliche Verkaufspreis betrug in dem an jenem Tag beendeten Geschäftsjahr 9,54 Dollars für den Acre, gegen 8,09 Dollars im Jahr zuvor. Im Rechnungsjahr 1909-1910 wurden bereits 12,78 Dollars durchschnittlich für unbewässertes und 26,59 für bewässertes Land erzielt. Die Dividende aus den Landverkäufen stieg infolgedessen von 1 auf 3 %, die Gesamtdividende von 8 auf 10 %. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens wachsen Besiedelung und Weizenpreise, also abermals auch die Landwerte.

Dennoch darf man die Opposition gegen das Abkommen nicht unterschätzen. Sie würde noch größer sein als sie ist, wenn die kanadischen Unterhändler es nicht fertig gebracht hätten den industriellen Erziehungszoll in der von mir bereits gekennzeichneten Weise zu wahren. Als seinerzeit die 900 Farmer, von denen Bernstein berichtet — und denen schlechte Menschen nachsagen, daß sie sich ihre Reisekosten von nordamerikanischen Eisenbahnmagnaten hätten bezahlen lassen —, Herrn Laurier ihre Petition unterbreitet hatten, machten die Fabrikanten einen Gegenstoß. Eine Deputation, die nicht weniger als 4,8 Milliarden Mark Industriekapital vertreten haben soll, erklärte ihre Gegnerschaft gegen jede Art von Reziprozitätstarif zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, wodurch die kanadischen Industriezölle ermäßigt würden. Herr Laurier gab zur Antwort, er hoffe, es werde möglich sein zu Vereinbarungen zu gelangen, durch die weder die Interessen der Farmer noch die der Fabrikanten verletzt würden. So gut wie dies Ziel erreicht zu sein scheint, so wenig ist es möglich gewesen die Opposition wirklich auf ein Minimum herabzudrücken. In Hamilton (Ontario) hatte eine große amerikanische Pflugfabrik eine Zweigniederlassung zu bauen begonnen. Als Abschluß und Inhalt des

Vertrags bekannt wurden, telegraphierte sie am 27. Januar ihrem kanadischen Vertreter, der Weiterbau sei einzustellen; man werde jetzt von Amerika aus billiger produzieren und liefern können. Tatsache ist, daß in Kanada ein starker Mangel an Land- und Industriearbeitern herrscht, so daß die Löhne bedeutend höher sind als in den Staaten. Die Meinung, daß die kanadische Industrieentwicklung Schaden leiden werde, verstärkte die Opposition der Kaufleute in Montreal und Quebec. Herr Rogers, Minister der öffentlichen Arbeiten in Manitoba, war unter den ersten, die ihre Stimme erhoben. Herr McBride, der Premier von Britisch Kolumbien, erklärte, das Übereinkommen werde die Frucht- und Holzindustrie seiner Provinz ruinieren. Sein Parlament nahm gegen eine Stimme einen Verwerfungsbeschluß an. Von 302 Mitgliedern des *Toronto Board of Trade* widersprachen nur 13 einer gegen das Abkommen gerichteten Resolution, die von dem liberalen Präsidenten der kanadischen Handelsbank, Herrn Walker, eingebracht war. Die Exekutive der kanadischen Fabrikantenvereinigung fällt einmütig ein Verwerfungsurteil, die Getreidebörse in Winnipeg desgleichen. Ihr folgten Regierung und (mit 26 gegen 12 Stimmen) Parlament der Provinz Manitoba selbst. Gegen diesen Beschluß hat aber eine lebhaftige Agitation der Farmer Manitobas eingesetzt. Die Provinzbehörde ist eben in erster Linie von dem Interesse der westöstlichen Verkehrszentrale Winnipeg und der Industrie geleitet worden. In Toronto beklagte sich Herr Jarvis, daß man dabei gewesen sei beträchtliche Londoner Kapitalien nach Toronto zu ziehen, darunter 1½ Millionen Dollars für den Bau einer Getreidemühle. Das sei nun unmöglich geworden. Der Premierminister und das Parlament von Ontario schlossen sich dem Votum von Britisch Kolumbien und Manitoba mit einer sehr scharfen Resolution an. Aber der Hauptangriff erfolgte im kanadischen Parlament selbst. Nicht von der konservativen Opposition. Daß sie ablehnen würde, war fast selbstverständlich. Aber aus der liberalen Partei selber erhob sich beachtenswerter Widerspruch. Herr Sifton, der die liberalen Siege von und seit 1896 gemacht hat, der 9 Jahre lang, 1896 bis 1905, Minister des Innern der kanadischen Dominion gewesen ist, dem man die Initiative und sehr bedeutende Verdienste in der Aufschließung des kanadischen Westens zuschreibt, und der sich allerdings in den letzten Jahren schon mehrfach von seiner Partei getrennt hat, schnitt endgültig das Band zwischen sich und den Genossen einer 20jährigen politischen Wirksamkeit entzwei. So freihändlerisch wie die Partei sich in den letzten Jahren gebärde, meinte er, habe sie in Wirklichkeit trotz aller Freihandelsagitation niemals sein wollen. Ein anderer Liberaler, Herr German, schloß sich ihm an und empfahl die Entscheidung bis hinter die nächste Reichskonferenz zu vertagen, auf der Herr Laurier für Freihandel innerhalb des Reichs eintreten solle.

Und nun, zu allen diesen Stimmen, die Frage: Sind die kanadischen Farmer des Westens wirklich in dem unbedingten Sinn Freihändler, in dem sie Genosse Bernstein als solcher ausgibt? Im Oktober berichteten die 6 englischen Parlamentarier C. A. Chripps, J. L. Baird, Arthur Colefax, J. Norton Griffiths, Georg Lloyd und W. Ormsby Gore in Londoner Blättern über eine Ferienreise, die sie nach und in Kanada gemacht hatten. In dem Bericht heißt es nach der *Vossischen Zeitung* vom 27. Oktober 1910:

„Während unserer Reise in allen Teilen Kanadas, auf der wir in Beziehung zu Männern aller möglichen politischen Schattierungen traten, haben wir nicht das geringste von einer ernsthaften freihändlerischen Bewegung entdecken können. Ein Teil der westlichen Farmer hat den Wunsch ausgedrückt, daß die Einfuhrzölle ge-

wisser Bedarfsgegenstände, die jetzt zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten importiert werden, herabgesetzt werden. Aber nur in Unkenntnis der Tatsachen oder mit der Absicht zu täuschen kann behauptet werden, daß das kanadische Volk eine Umkehr von dem fiskalischen System wünscht, durch das es seit den Tagen Sir John Macdonalds zu solch erstaunlichem Wohlstand gelangt ist.«

Daß daneben die kanadischen Bauern für ihre wachsenden Ernten auch aufnahmefähige Märkte und gute Preise wünschen, versteht sich von selbst. Aber solange sich die Vereinigten Staaten völlig ablehnend verhielten, gab es nur zwei Wege diese Wünsche zu erfüllen: die Entwicklung des innern (industriellen) Marktes und die Vorzugsbehandlung des kolonialen Getreides in England. Daß Kanada britische Vorzugszölle erstrebte, wird durch das gewiß unverdächtige Zeugnis des Berichterstatters der *Frankfurter Zeitung* aus Winnipeg vom 9. April 1909 bewiesen. In dem Artikel heißt es:

»In ihrer ablehnenden Haltung Kanada gegenüber scheinen sich beide englischen Parteien einig zu sein. Beide huldigen der freilich recht egoistischen Ansicht, daß man das sehr wertvolle Geschenk Kanadas [nämlich den Preferentialtarif für England, der am 1. August 1898 in Kraft trat] wohl mit nachlässigem Dank annehmen kann, daß deshalb Kanada aber auf kein Gegengeschenk zu rechnen braucht. . . . In Kanada gibt es nur sehr wenige vertrauensselige Menschen, die da glauben, daß, wenn bei den nächsten Wahlen in England die Konservativen siegen sollten, diese nichts Eiligeres zu tun haben werden als einen Gegenseitigkeitshandelsvertrag mit Kanada abzuschließen. Auch die Konservativen würden in diesem Fall dabei bleiben die Vorteile, welche Kanada dem Mutterland auf Kosten der Kolonie gewährt, fernerhin mitzunehmen, und wieder vergessen an das von Joe Chamberlain unserm Premier Sir Wilfrid Laurier in London in sichere Aussicht gestellte *Gegengeschenk* im Ernst zu denken. Nur sehr zwingende Gründe, wie die Abschlüsse neuer Handelsverträge Kanadas mit großen Nationen . . . könnten England aufrütteln und zu einer Änderung seiner Handelspolitik Kanada gegenüber veranlassen.«

Aber Bernstein bestreitet, daß Kanada auf englische Vorzugsbehandlung, und das heißt auf englische Getreidezölle auf imperialistischer Basis gehofft, gerechnet und gewartet hat. Lassen wir unanfechtbare Tatsachen und Zeugnisse sprechen. 1879 ging Kanada unter konservativer Herrschaft zum Schutzzoll über, 1896 kamen die Liberalen ans Ruder, 1897 beschlossen sie den Vorzugstarif für England, nachdem dies durch Kündigung entgegenstehender Verträge mit Deutschland und Belgien ermöglicht worden war. Auf Grund von Zusicherungen der (damals konservativen) englischen Regierung verzichtete Kanada von diesem Jahr ab darauf sich in Washington um Zollerleichterungen zu bemühen. Auf der Reichskonferenz von 1902 wurde auf Veranlassung Kanadas beschlossen in Großbritannien und den Dominions für gegenseitige Vorzugsbehandlung einzutreten. Als auf der Reichskonferenz von 1907 die inzwischen liberal gewordene englische Regierung die Einführung von Vorzugszöllen (und das heißt den Übergang zum Zollsystem überhaupt) ablehnte, erklärte Kanada:

Wenn nach Anwendung aller Mittel eine solche Neuordnung der Zollpolitik des Reiches zustande zu bringen die kanadische Regierung finden sollte, daß der Grundsatz der Vorzugsbehandlung für die Kolonien allgemein oder das Mutterland nicht annehmbar sei, werde Kanada sich die Freiheit nehmen zu handeln wie es angesichts solcher Verhältnisse notwendig scheinen sollte.

Die Folge waren die kanadischen Handelsverträge mit Frankreich, Belgien, Holland, Italien usw. Die Mitteilungen über die britischen Zusicherungen von 1897, über die kanadische Initiative 1902, über die kanadische Erklärung 1907, entstammen zwar einer Denkschrift der Tarifkommission. Aber Chamberlain selber hat sie inspiriert, und ihre Richtigkeit ist bisher von liberaler Seite nicht bestritten worden.

Und will Genosse Bernstein bestreiten, daß ein innerer Zusammenhang zwischen den erwähnten Ereignissen besteht? Er fragt: Wer fordere denn in Kanada, daß England Vorzugszölle für kanadische Produkte einführe? Wer seien die Kanadier, die, wie ich behaupte, seit Jahren auf britische Vorzugszölle warten? Er gibt die Antwort: Die freihändlerischen Farmer so wenig wie die liberale Regierung und ihre Partei. Er meint zu dem von mir zitierten, offiziell abgestrittenen Wort des Herrn Laurier im Gegensatz zu meiner Auslegung: So konnte doch ein kanadischer Staatsmann sich nur ausdrücken, wenn er den Sieg der englischen Schutzzöllner nicht wünschte. Er hebt hervor, daß Laurier in allen seinen Reden ausdrücklich betont habe, daß die kanadische Regierung die englische Handelspolitik nicht beeinflussen wolle. Eben jetzt, am 7. März, hat Herr Laurier in Erwiderung auf die Angriffe der Konservativen und Siftons den Standpunkt der Regierung abermals präzisiert. Reuters Bureau verbreitet den amtlichen Wortlaut dieses Teils der Rede, aus dem ich folgendes hier deutsch wiedergebe:

»Ich komme jetzt zu einem wichtigen Punkt. Es ist in der Diskussion behauptet und in der Presse wiederholt worden . . . , daß wir durch dieses Arrangement jeder Möglichkeit eines gegenseitigen Preferentialhandels mit Großbritannien ein Ende setzen. . . . Dies Haus hat niemals Partei ergriffen, und wir haben abgelehnt Partei zu ergreifen in dem Streit, der in England bezüglich der Frage der gegenseitigen Vorzugsbehandlung seit langem sich abspielt. Wir wollten in keiner Weise in den Streit zwischen den Tarifreformern und den Freihändlern eingreifen. Wir hielten das für unangemessen. Wir hielten es für keinen Teil unserer Aufgabe. Wir glaubten, es würde ein Akt der Unklugheit für uns sein an dem Streit in der einen oder andern Weise Anteil zu nehmen, und wir zogen es vor in diesem Punkt still zu bleiben, nachdem wir unsere Politik vor das englische Volk gelegt hatten. Und welches war unsere Politik? Unsere Politik wurde von den kanadischen Ministern auf der Kolonialkonferenz von 1902 vorgetragen, und in diesen Worten: Die kanadischen Minister stellten fest, daß, wenn sie versichert wären, daß die Reichsregierung den Grundsatz des Preferentialhandels im allgemeinen annehmen und im besondern den Nahrungsprodukten Kanadas Befreiung von allen Zöllen gewähren würde, die jetzt erhoben werden²⁾ oder später eingeführt werden sollten, sie, die kanadischen Minister, bereit sein würden weiter in dieser Sache zu gehen und danach streben würden dem britischen Fabrikanten weitere Vorteile gegenüber seinen ausländischen Wettbewerbern auf den kanadischen Märkten zu verschaffen. Dies war unsere Politik, wie sie auf der Kolonialkonferenz von 1902 festgelegt wurde. Dies wird unsere Politik im Jahr 1911 auf der bevorstehenden Konferenz sein. Von der andern Seite des Hauses ist uns gesagt worden, daß die Aktion, die wir mit dieser Vereinbarung begonnen haben, es unmöglich gemacht habe die Politik anzuwenden, die wir festgelegt haben. Wie kann das ernstlich behauptet werden? Die kanadischen Minister haben auf der Konferenz von 1902 erklärt, daß sie bereit seien Großbritannien einen Vorzug für Fabrikate auf unserm Markt zu geben, wenn Großbritannien unseren Naturprodukten einen Vorzug auf seinem Markt gäbe. [Der Minister setzt dann auseinander, daß das Abkommen mit der Union die englischen Interessen nicht berührt, da es hauptsächlich Naturprodukte betrifft, die England nicht nach Kanada exportiert. Dann fährt er fort:] dessenungeachtet kann uns England auf seinem Markt einen Vorzug für unsere Naturprodukte geben, wenn es vorzieht seine Politik zu ändern [if she chooses to change her policy], und dann sind wir bereit ihm auf seine Fabrikate einen entsprechenden Vorteil zu gewähren. Mein Herr, die Politik Kanadas ist genau die selbe, die sie vor 3 Monaten gewesen ist, als dieses Arrangement abgeschlossen wurde. Noch mehr, sie ist heute die selbe, die sie in den letzten 12 Jahren gewesen ist, und sie wird die Politik der kanadischen Regierung auf der nächsten Reichskonferenz sein. Was also bedeuten alle die Schreie und Wehklagen und Verwünschungen, die wir in dieser Hinsicht von allen Seiten gehört haben?«

²⁾ Damals bestand in England der Kriegszoll auf Getreide, von dem die Kanadier ausdrücklich befreit zu werden verlangten.

Kann Bernstein danach noch seine Ansicht aufrechterhalten, daß die liberale Regierung Kanadas den Übergang Englands zum Schutzzoll nicht wünscht? Daß man sich in Kanada im allgemeinen weigert in den Parteistreit Englands einzugreifen, ist verständlich: Die kanadische Regierung würde ja die Unabhängigkeit Kanadas von England preisgeben, wenn sie anders verführe und dadurch eine Einmischung auch des Mutterlands in ihre Angelegenheiten begünstigte. Aber daß die ganze Richtung und Hoffnung ihrer Politik nicht auf möglichste Ausdehnung des Freihandels sondern teils auf Industrieschutz teils auf britische Bevorzugung der kanadischen Agrarprodukte ging, scheint mir nach alledem ganz unzweifelhaft. Diese Richtung entspricht aber auch wirklichen kanadischen Interessen. Auch wenn Kanada bis 1897 immer wieder mit der Union ein engeres Verhältnis gesucht hat und kraft der ausgedehnten Grenzen suchen mußte, hat es bei seiner geringen Bevölkerungsziffer ein großes politisches Interesse daran das britische Gegengewicht so stark wie möglich zu machen. Wie das weiße Australien um der gelben und das weiße Südafrika um der schwarzen Gefahr willen auf lange hinaus imperialistisch interessiert ist, so Kanada um seines übermächtigen Nachbarn willen. Es verlangt seine eigenen Konsularagenten, baut seine eigene Flotte und entwickelt seine eigene Industrie; aber es sucht und braucht bei alledem immer noch Anlehnung an das britische Mutterland, und eine britische Vorzugsbehandlung der kanadischen Produkte würde auch nach dem Abkommen mit *Usona* noch, ja nun erst recht ein wesentliches Mittel sein seinen Übergang zur Union zu verhüten. Erst wenn Kanada 30 bis 40 Millionen Menschen besitzen wird, ist seine nationale Selbständigkeit gegenüber den *Staaten* gesichert; denn erst mit diesem Menschenmaterial kann es einen so vielseitigen industriellen Überbau schaffen, daß alle Hauptbedürfnisse im Land selbst befriedigt werden können.

Ob die englischen Liberalen wirklich klug daran tun und wirklich im Interesse der englischen Arbeiterschaft handeln, wenn sie die Nordsüdrichtung der kanadischen Wirtschaftsinteressen gegen den Wunsch der Kanadier selbst durch ihre Freihandelspolitik begünstigen, ist mir danach nicht nur zweifelhaft sondern im höchsten Grad unwahrscheinlich. Die westeuropäischen Industriestaaten gebrauchen, koste es was es wolle, gesicherte Getreide- und Rohstoffversorgung. Je besser und je länger England sich die kanadische Bauerngrundlage sichert, um so mehr Zeit gewinnt es seine eigene landwirtschaftliche Grundlage neu aufzubauen und die Leistungskraft seiner Tropenkolonien zu erschließen. Daran aber hängt das Schicksal seiner Industrie.

XX

ARTHUR SCHULZ · VOLKSERNÄHRUNG UND INNERE KOLONISATION IM OSTEN DEUTSCH- LANDS

I



EGEN die Wiederkehr ähnlicher Teuerungsperioden haben die im Reichstag, im preußischen Landesökonomiekollegium und im deutschen Landwirtschaftsrat gepflogenen Erörterungen über die Fleischnot zwei Hauptmittel in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt: die Urbarmachung und Besiedlung der Moore und Heiden und eine energische Förderung der innern Kolonisation in den Gegenden des Großgrund-

besitzes. In der Tat sind hier Aufgaben von großer nationalwirtschaftlicher Bedeutung zu lösen. Zwar kann die deutsche Landwirtschaft, wie ich hier kürzlich dargelegt habe,¹⁾ auch bei der bestehenden Bodenbesiedelung und Grundbesitzverteilung ihre Tierproduktion noch sehr erheblich steigern. Aber auf die Dauer und über das nächste Jahrzehnt hinaus kann sie nach meiner Überzeugung nur dann mit dem steigenden Bedarf der wachsenden Bevölkerung Schritt halten, wenn sie ihr Siedlungsnetz über einen großen Teil unserer ausgedehnten Ödlandflächen ausweitet und es vor allem in den ostelbischen Großgüterdistrikten, aber auch in manchen zumal den hannoverschen und südbayerischen Großbauerngegenden erheblich verdichtet. Man kann ruhig behaupten, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer überwiegenden Mehrheit mit einer tatkräftigen Förderung der innern Siedelung nach diesen beiden Richtungen hin einverstanden sind. In unserer Partei billigt man es wohl allgemein, daß die deutschen Moore und Heiden in stärkerem Umfang und unter Anwendung größerer öffentlicher Mittel als bisher kultiviert und besiedelt werden sollen. Diese erfreuliche Stimmung dürfte nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen sein, daß Genosse Bebel in seinem aufgabenreichen Buch *Die Frau und der Sozialismus* wie in Reichstagsreden die Urbarmachung unserer Ödlandflächen öfter als dringliche Kulturaufgabe bezeichnet hat.²⁾ Dagegen hat man in weiten Parteikreisen noch nicht genügend erkannt, wie sehr es aus verschiedenen Gründen notwendig ist einen bedeutenden Teil des Großgrundbesitzes in Bauerndörfer umzuwandeln. In dieser Hinsicht hat K. Kautskys Schwärmerei für die Vergesellschaftung auch des landwirtschaftlich benutzten Bodens und für seine künftige Bewirtschaftung in Großbetrieben durch Landarbeiterproduktivgenossenschaften noch zu sehr den Weg zu einem gereiften Verständnis verbaut. Man verkennt daher noch oft, daß das soziale Ideal des Landarbeiters, der das lebenskräftige Gedeihen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs täglich vor Augen hat, notwendig den Aufstieg in das Bauerntum zum Inhalt haben muß. Auch würdigt man meist nicht hinreichend, daß die möglichste Befriedigung dieses Verlangens nach bäuerlichem Besitz im eigensten Produzenteninteresse der industriellen und städtischen Arbeiter liegt, die dann einerseits weniger unter lohndrückender Überflutung ihres Arbeitsmarkts durch landflüchtige Stellenbewerber zu leiden haben und andererseits durch die wachsende kaufkräftige Nachfrage der Kolonistenfamilien nach gewerblichen Erzeugnissen lohnende Beschäftigung erhalten. Vor allem aber ist man sich noch oft nicht darüber klar geworden, wie viel reichlicher und besser die deutschen Konsumenten und ihre Hauptmasse, die Industriearbeiter, mit tierischen Produkten, aber auch mit Obst und Gemüse versorgt, und wie viel sicherer sie in Zukunft vor Fleischteuerung geschützt werden könnten, wenn in noch größerem Umfang als es geschieht Rittergutsland mit bäuerlichen Familien besiedelt würde. Dieses Konsumenteninteresse an der innern Kolonisation soll deshalb hier etwas näher beleuchtet werden, wobei ich mich für diesmal auf den Osten Deutschlands beschränken will. Vorausgeschickt seien einige Bemerkungen über die Produktivität der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen und über die Frage, welche von ihnen die höchsten Beiträge zur Volksernährung liefert.

Es kann darüber gestritten werden, ob der landwirtschaftliche Großbetrieb im

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 174 ff.

²⁾ Siehe Bebel *Die Frau und der Sozialismus* / Stuttgart 1895 /, pag. 445.

Verhältnis zu der aufgewandten menschlichen Arbeitskraft ein größeres Getreide quantum erzeugt und auf den Markt bringt als der klein- und mittelbäuerliche Betrieb. Das vorliegende statistische und betriebswissenschaftliche Zahlenmaterial reicht nicht völlig aus, um diese Frage zweifelsfrei zu beantworten, aber es ist wahrscheinlich, daß genaue Untersuchungen in dieser Beziehung eine, wenn auch nicht sehr bedeutende, Überlegenheit des Großguts ergeben werden. Anders schon steht es mit der Frage, ob der Großbetrieb im Getreidebau auch eine größere Bodenproduktivität aufweist. Da ist doch zu beachten, daß die 6 östlichen Provinzen Preußens, an deren Anbaufläche der Großbetrieb einen so starken Anteil hat, im Durchschnitt des Jahrzehnts 1899 bis 1908 nur 15 Doppelzentner und weniger Korn vom Hektar ernteten, die klein- und mittelbäuerlichen Provinzen und Länder dagegen meistens viel mehr, zum Beispiel Hessen-Nassau 17,2, Rheinland 18,3, Hessen und Bayern links des Rheins 19,08, Braunschweig 20,5 Doppelzentner.³⁾ Auch ist bemerkenswert, daß nach den Veröffentlichungen des *Internationalen landwirtschaftlichen Instituts* in Rom, wie die *Times* vom 27. Dezember 1910 berichten, die höchsten durchschnittlichen Weizenenerträge 1910 in Ländern mit bäuerlicher Grundbesitzverteilung erzielt wurden. An der Spitze stehen Dänemark mit 27,38 Doppelzentner pro Hektar, Irland mit 23,60, die Niederlande mit 22,04, die Schweiz mit 21,93, wobei man allerdings aus dem geringen Umfang ihrer Anbauflächen (40 000, 19 273, 53 392 und 42 400 Hektar) schließen kann, daß sie nur ausgesuchten Acker mit Weizen bestellen. Erst hinter diesen Bauernländern folgen Staaten mit höherem Anteil des Großbetriebs an der Weizenanbaufläche: Großbritannien mit 21,01 Doppelzentner Durchschnittsertrag von 732 045 Hektar und Preußen mit 20,84 von 1 146 812 Hektar, während die Vereinigten Staaten mit 9,54 und Kanada mit 8,88 noch weit hinter dem Bauernland Japan mit 13,30 stehen.

Darüber aber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen, daß in der Viehhaltung und Viehzucht der Kleinbetrieb und besonders der bäuerliche Familienbetrieb produktiver ist. Nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 verteilte sich der Viehstand Deutschlands wie folgt:

Größenklasse in Hektar	Anzahl der Be- triebe	Pferde Stück	Rindvieh		Schafe 1000 Stück	Ziegen 1000 Stück	Schwei- ne 1000 Stück	Gänse, Enten, Hüh- ner 1000 Stück
			insgesamt Stück	darunter Kühe Stück				
unter 0,5	2 084 035	9 600	196 262	173 567	179	1312	1975	10 217
0,5 bis 2	1 294 449	61 769	1 119 310	852 962	236	1384	2408	12 201
2 bis 5	1 006 277	241 636	3 155 323	2 030 808	359	419	3107	14 656
5 bis 20	1 065 539	1 323 290	7 879 092	3 989 026	1448	429	6334	27 623
20 bis 100	262 191	1 202 176	5 305 871	2 285 643	2326	99	3655	14 167
100 und darüber	23 566	652 536	2 327 291	1 007 959	4371	8	1386	3 580
insgesamt	5 736 082	3 491 007	19 977 149	10 339 965	8921	3653	18865	84770

³⁾ Über die Ursachen der höheren Zentnerzahl des Bauern in großen Teilen des Ostens schreibt Stumpfe (*Innere Kolonisation insbesondere im Osten Deutschlands* Berlin 1910, pag. 61): „Ich selbst bin in Schlesien praktischer Landwirt gewesen und habe gesehen, wie wir auf schwerem Boden in der Oderniederung mit Dampf pflügten, intensiv düngten und wirtschafteten, und wie die Bauern nebenan, die mit Kühen pflügten, dennoch höhere Rübenenerträge hatten. Sie hatten eben noch intensivere Düngung auf ihren kleinen Flächen, die sie stets mit größter Sorgfalt bestellten, und deren Früchten sie die beste Pflege angedeihen ließen. Das glied die weniger tiefe Pflugfurche eben wieder aus.“

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß das Schwergewicht der Rindvieh-, Schweine- und Geflügelhaltung im mittelbäuerlichen Betrieb liegt, während an der Pferde- und Rinderzucht auch das Großbauerntum wesentlich beteiligt ist. Dagegen ist das Schaf in dem selben Maß das bevorzugte lebende Inventarstück des Großguts wie die Ziege das typische Haustier der Parzellenwirtschaft.

Will man genauer die Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen für die Viehproduktion und Fleischversorgung abwägen, so muß man festzustellen suchen, wieviel tierische Produkte ein Erwerbstätiger in Wirtschaften verschiedenen Umfangs zu erzeugen vermag, und in welcher Größenklasse einem Hektar die größte Produktemasse abgewonnen werden kann. Man muß also den Grad der Arbeits- und der Bodenproduktivität in Betrieben verschiedener Größe zu ermitteln suchen. Für die erstere ergibt sich aus den Zahlen der Berufs- und Betriebszählung von 1907 folgendes Bild:

Größenklasse in Hektar	Berechnete Gesamt- zahl der ständig tätigen Personen ¹⁾	Auf eine ständig tätige Person entfallen				
		Pferde	Rindvieh	Schweine	Schäfe	Geflügel
2 bis 5	2 346 000	0,10	1,34	1,19	0,15	6,25
5 bis 20	3 891 000	0,34	2,02	1,62	0,37	7,09
20 bis 100	1 804 000	0,67	2,94	2,02	1,28	7,85
über 100	1 068 000	0,61	2,18	1,29	4,10	3,35

In der Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Geflügelhaltung ist demnach der großbäuerliche Betrieb der arbeitsproduktivste, in der Schweine- und Geflügelhaltung ist der mittelbäuerliche, in der Geflügelhaltung auch der kleinbäuerliche Betrieb arbeitsproduktiver als der Großbetrieb. Bei Beurteilung dieser Zahlen ist aber zu beachten, daß sich unter den Inhabern der Betriebe bis zu 10 Hektar zahlreiche Unselbständige und Nichtlandwirte befinden, die der Viehpflege wohl weniger Sorgfalt zuwenden und daher die Arbeitsproduktivität der untersten Größenklassen herabdrücken. Vor allem kommt in den Zahlen nicht zum Ausdruck, daß der klein- und mittelbäuerliche Betrieb in höherem Maß als der Großbetrieb Qualitätsarbeit leistet. Der Bauer ist in ganz Mittel-, Süd- und Westdeutschland der eigentliche Tierzüchter und wird es mehr und mehr auch im Osten. Mit Recht sagt der bekannte Tierzuchtlehrer Professor Falke, daß der Bauer durch individuelle Sorgfalt und Pflege auf die Entwicklung jedes einzelnen Tieres einen mächtigen Einfluß auszuüben vermag und aus diesem Grund dem Großzüchter unter allen Umständen überlegen ist.²⁾ Eingehender äußerte sich hierüber der ausgezeichnete Kenner der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse, Landesökonomierat Dr. Stumpfe vom preußischen Landwirtschaftsministerium, in einem Vortrag, den er kürzlich den in Eisenach versammelten deutschen Landwirtschaftslehrern hielt:

»Wer ist der Züchter unserer besten Rinderschläge, der Holländer, der Ostfriesen, der Simmentaler, um nur die drei markantesten Züchtungen zu erwähnen? Meine Herren, das ist gerade der Bauer! Diese Züchtungen sind rein bäuerliche Züchtungen, aus denen der Großgrundbesitz sein bestes Zuchtmaterial bezogen hat und noch bezieht. Ich glaube, diese Tatsache genügt schon, um den Einwand der Schädigung der Hochzucht durch die Kolonisation zu widerlegen. Im übrigen, wer

¹⁾ Die Gesamtzahl der ständig tätigen Personen umfaßt Betriebsleiter, ständige Familien- und fremde Arbeitskräfte über 14 Jahre, die nur vorübergehend mittätigen Familienangehörigen über 14 Jahre nach einem von Anhagen und Sering gewählten Verfahren reduziert auf ständige Arbeiter im Verhältnis 4:1 und die nicht ständigen, fremden Arbeiter über 14 Jahre, reduziert auf ständige Arbeiter im Verhältnis 3:2.

²⁾ Siehe Falke *Die Dauerweiden* | Hannover 1907 |, pag. 267.

züchtet denn den Trakehner? In der Hauptsache der Bauer, während der Großbetrieb ihn gewissermaßen nur trainiert und der Remontekommission in wirkungsvoller und bequemer Weise vorführt. Wer züchtet ferner den Haupttyp unseres Kaltbluts, den Belgier? Ganz ausschließlich der Bauer, der den Großbetrieb mit dem allerwertvollsten Zuchtmaterial versorgt. Ähnlich liegt es mit dem Hannoveraner, dem Oldenburger, dem Dänen.⁶⁾

Aber nicht nur in der Tierzucht sondern auch in der volkswirtschaftlich so wichtigen Milchwirtschaft leistet der Bauer eine Qualitätsarbeit, die in den oben berechneten Zahlen gleichfalls nicht zum Ausdruck kommt. Ich habe schon vor 2 Jahren in den *Sozialistischen Monatsheften* an der Hand der Buchführungsergebnisse der deutschen Rindviehkontrollvereine dargelegt, daß der Bauer in der Regel die Milchergiebigkeit seiner Kühe höher zu steigern, ihr Futtermittlungsvermögen besser auszunutzen und daher die Milch billiger zu produzieren versteht als der Großbetrieb.⁷⁾ Meine damaligen Angaben werden durch die Erfahrungen in Südschweden, wo die Viehzucht und das Kontrollvereinswesen neuerdings zu hervorragender Blüte gelangt sind, bestätigt. Von 18 Herden, die im Jahr 1908-1909 im Durchschnitt mehr als 5000 Kilo Milch gaben, waren nicht weniger als 7 mit 8 und weniger Milchkühen kleinbäuerliche, 9 bestanden aus 9 bis 18 Kühen und können daher als mittelbäuerliche bezeichnet werden, und nur 2 gehörten zu Großbetrieben. Den höchsten Ertrag mit durchschnittlich 7594 Kilo Milch oder 260 Kilo Butter pro Kuh und die beste Verwertung des Futters erzielte der Bauer Lars Albrektsson in Lackalänga, der nur 3 Kühe besaß.⁸⁾ Berücksichtigt man derartige Qualitätsleistungen, so stellt sich die Arbeitsproduktivität der kleineren Betriebe noch günstiger als aus obiger Tabelle zu ersehen ist.

Noch wichtiger muß uns Deutschen die höchsterreichbare Steigerung der Bodenproduktivität sein, da wir uns neben den großen Weltreichen auf die Dauer nur behaupten können, wenn wir aus unserer so viel kleinern Bodenfläche alles Menschenmögliche herausholen. Entscheidend muß also die Beantwortung der Frage sein: Welche Betriebsgröße bringt auf einem bestimmten Areal die größte Menge pflanzlicher und besonders tierischer Produkte hervor? Nach der Betriebszählung von 1907 wurden auf 100 Hektar Betriebsfläche gehalten:

Größenklasse in Hektar	Pferde	Rindvieh		Schafe	Ziegen	Schweine	Gänse, Enten, Hühner
		insgesamt	darunter Kühe				
unter 0,5	1,55	31,70	28,04	28,98	212,02	319,09	1650,72
0,5 bis 2	3,29	59,76	45,54	12,62	73,94	128,57	651,48
2 bis 5	5,61	73,27	47,15	8,36	9,73	72,10	340,35
5 bis 20	9,61	57,18	28,97	10,52	3,12	46,00	200,63
20 bis 100	9,52	42,03	18,10	18,42	0,78	28,95	112,23
100 und darüber	6,58	23,46	10,16	44,07	0,08	13,97	37,02
200 und darüber	6,40	22,05	9,30	50,35	0,05	13,37	30,29

Es sind also in der für die Volksernährung besonders wichtigen Rindvieh-, Schweine- und Geflügelhaltung die kleineren Betriebe am leistungsfähigsten.

⁶⁾ Siehe Stumpe *Innere Kolonisation und Arbeiteransiedlung, Allgemeines und Maßnahmen der Regierung* in dem Sammelwerk *Neuere Erfahrungen auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Betriebswesens* / Berlin 1910/1, pag. 154.

⁷⁾ Siehe meinen Artikel *Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Viehhaltung und Viehzucht* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 417 ff.

⁸⁾ Siehe Marquart *10 Jahre Kontrollvereinsarbeit in Malmöhus län, Schweden* in der *Deutschen landwirtschaftlichen Presse*, 1910, pag. 373.

Im Hinblick auf die Milchversorgung der großen Städte ist dabei beachtenswert, daß die Kühe in den Kleinbetrieben einen bedeutendern Teil des gesamten Rindviehbestands ausmachen als auf den großen Gütern. Berücksichtigt man, daß die Viehhaltung der Parzellenwirtschaft weniger auf selbsterzeugtem als auf angekauftem oder als Deputat erhaltenem Futter beruht, so wird man den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben den Preis höchster Entfaltung der Bodenproduktivität zusprechen müssen. Der größern Viehzahl entsprechend erzeugen die kleineren Betriebe auch die höheren *Vieh w e r t e*.⁹⁾

Die Beweiskraft der Zahlen der deutschen Betriebsstatistik verstärkt sich, wenn man das von Professor Dr. Laur bearbeitete umfassende und einwandfreie Buchführungsmaterial des schweizerischen Bauernsekretariats zum Vergleich heranzieht. Es ist in diesem Zusammenhang umso beachtenswerter als 80 % des Rohertrags der schweizerischen Landwirtschaft aus der Viehhaltung kommen. Laur unterscheidet *Rohertrag* und *volkswirtschaftliches Einkommen* aus der Landwirtschaft. Der *Rohertrag* umfaßt die Summe des Markterlöses, die Lieferungen an den Haushalt und die Vermehrung des Viehstands, des Pflanzenkapitals und der vom Gut erzeugten Vorräte, unter Abzug des zugekauften lebenden und toten Inventars. Im Mittel von 1453 Rechnungsabschlüssen der Jahre 1901 bis 1908 belief sich der Rohertrag vom Hektar Fläche ohne Wald wie folgt:

Größenklasse	Rohertrag Mark	Zahl der Abschlüsse
Kleinbetrieb (3 bis 5 Hektar)	674	153
Kleine Mittelbauernbetriebe (5 bis 10 Hektar)	582	538
Mittelbauernbetriebe (10 bis 15 Hektar)	505	343
Große Mittelbauernbetriebe (15 bis 30 Hektar)	476	314
Großbauernbetriebe (30 bis 70 Hektar)	391	76

Der Rohertrag der Großbauernbetriebe beträgt also wenig mehr als die Hälfte von dem der Kleinbauernbetriebe. Die nähere Untersuchung hat nach Laur gezeigt, daß das gute Ergebnis der Kleinbetriebe zum Teil in höheren Endroherträgen aus Ackerbau, Rebbau und Bienenzucht, namentlich aber in den höheren Erträgen der Tierhaltung liegt. Eigentliche Großbetriebe gibt es in der Schweiz nicht, aber es besteht kein Zweifel, daß die Verkaufssumme aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse vom Hektar der Großgutsfläche noch niedriger gewesen wäre als vom Hektar der Großbauernwirtschaft. Unter *volkswirtschaftlichem Einkommen aus der Landwirtschaft* versteht Laur die Summe folgender Posten: Lohnansprüche der Unternehmerfamilie, Natural- und Barlöhne der Angestellten, Vermögensrente des Unternehmers, Schuld- und Pachtzinsen und Steuern. Das volkswirtschaftliche Einkommen in diesem Sinn belief sich im Mittel der Jahre 1902 bis 1908 vom Hektar Kulturfläche:

Größenklasse	Einkommen Mark	Zahl der Abschlüsse
Kleinbauernbetriebe	487	138
Kleine Mittelbauernbetriebe	432	496
Mittelbauernbetriebe	350	298
Große Mittelbauernbetriebe	334	285
Großbauernbetriebe	282	68

⁹⁾ Siehe die amtliche Denkschrift *Die deutsche Landwirtschaft auf der Weltausstellung in Paris* | Bonn 1900 f. pag. 24.

Aus diesen Buchführungsergebnissen zieht Professor Laur folgende Schlüsse, die ich den Genossen K. Kautsky, Adolf Hofer und Dr. Otto Bauer¹⁰⁾ zur Beachtung empfehle:

»Für unsere schweizerischen Bedingungen kann kein Zweifel bestehen, daß die Überführung der kleinbäuerlichen Verhältnisse in Großgrundbesitz gleichbedeutend mit einer gewaltigen Einbuße an volkswirtschaftlichem Einkommen wäre. Der Boden könnte viel weniger Menschen ernähren, und zur Erhaltung der heutigen Bevölkerungszahl müßten für mehrere 100 Millionen Franken mehr Lebensmittel eingeführt werden. Damit fällt aber die Utopie, daß mit der Überführung der Bauernwirtschaft in staatliche Großbetriebe eine bessere Grundlage der Volkswohlfahrt eintreten würde, zusammen. Selbst wenn der staatliche Großbetrieb in Industrie und Gewerbe eine wesentliche Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit bringen würde, was ich bezweifle, so stünde dem die größere Abhängigkeit vom Ausland in der Lebensmittelversorgung gegenüber. Diese müßte jedenfalls mit schwerem Geld bezahlt werden. Wenn aber einmal auf dem Erdball der staatliche Großbetrieb die Bauernwirtschaft allgemein verdrängt hätte, so stünden für die Ernährung der gesamten Menschheit erheblich weniger Lebensmittel als bis anhier, zur Verfügung. Solange aber der Traum der Chemiker aus Stickstoff Eiweiß und aus Petrol schmackhafte Butter zu produzieren nicht erfüllt ist, wird das materielle Wohlbefinden der Menschheit von der Produktivität des Kulturbodens in erster Linie bedingt bleiben. Für die tierischen Produkte dürften durch die schweizerischen Erhebungen die Prämissen dieser Schlussfolgerungen nachgewiesen sein. Hoffentlich bringt eine vergleichende Buchhaltungssstatistik auch in den Getreidebaugebieten die Frage recht bald ebenfalls zur Aufklärung.«¹¹⁾

Ich sehe keinen Grund den schweizerischen Buchführungsergebnissen die Beweiskraft zu bestreiten, möchte aber keinen Zweifel daran lassen, daß ich Laurs beiläufig geäußerte Meinung über die Produktivität staatlicher und damit auch gemeindlicher und genossenschaftlicher Großbetriebe in Industrie und Gewerbe nicht teilen kann. Andernfalls wäre ich nicht Sozialist.

II

KANN demnach als feststehend erachtet werden, daß der klein- und mittelbäuerliche Betrieb, wo er von jeher auf altem Kulturland fest eingewurzelt besteht, produktiver ist als der Großbetrieb, so muß noch geprüft werden, ob das auch da der Fall ist, wo er den Großbetrieb in der Gegenwart ablöst, im weiten ostelbischen Kolonisationsgebiet. Für den Bezirk der Ansiedlungskom-

¹⁰⁾ Genosse Bauer urteilt in seiner als *Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie* auftretenden Schrift *Die Teuerung* / Wien 1910, pag. 11: »Der Kleinbetrieb behauptet sich in dem Kampf ums Dasein, dafür stockt der technische Fortschritt . . . Der letzte Grund der Lebensmittelteuerung ist die rückständige Technik der heimischen Landwirtschaft, die das Privateigentum an Grund und Boden verewigt. So ist das Sonderregimentum an Grund und Boden das größte Hindernis unserer Versorgung mit Lebensmitteln. Es ist die Fessel, die die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hemmt. Wir müssen Getreide und Gemüse, Brot und Mehl, Fleisch und Milch teuer bezahlen, weil wir die Bewirtschaftung unseres Bodens armen und unwissenden Menschen überlassen, weil wir die Aufgabe unserer Versorgung mit Lebensmitteln vielen Tausenden, armseliger Zwergbetriebe anvertrauen, die die Errungenschaften der Wissenschaft nicht zu nutzen vermögen.« Soweit ich bäuerliche Betriebe in Deutsch Böhmen und in österreichischen Alpenländern kennen lernen konnte, entsprachen sie nicht im mindesten dem Bild, das sich Bauer von ihnen wohl mehr nach Erinnerungen an Kautskys *Agrarfrage* als auf Grund unbefangener Beobachtung der Wirklichkeit zurechtgemacht hat. Rückständige landwirtschaftliche Kleinbetriebe in Bosnien, Galizien und anderen verlorenen Winkeln Österreich-Ungarns werden sich durch Hebung der allgemeinen Volks- und der besondern Fachbildung und durch Ausbreitung des Genossenschaftswesens ebenso verbessern lassen wie etwa die polnischen Bauernwirtschaften in Posen und Westpreußen, deren rasche Fortschritte das Erstaunen aller Beobachter erregen. Daß aber die zitierten Sätze für deutsche, schweizerische, niederländische, belgische und dänische Bauernwirtschaften irgendwelche Geltung haben sollen, wird wohl Bauer selbst nicht beanspruchen.

¹¹⁾ Siehe Laur *Die Betriebsberatung in der bäuerlichen Wirtschaft* in dem in Note 6 erwähnten Sammelwerk, pag. 55.

mission, also für Posen und Westpreußen, unterliegt die Frage der Produktivität der Ansiedlungsdörfer im Vergleich zu den früheren Gutsbetrieben, aus denen sie entstanden sind, zurzeit einer eingehenden und umfassenden wissenschaftlichen Bearbeitung, aber schon die sehr lehrreiche, von Geheimrat Gause verfaßte Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums *20 Jahre deutscher Kulturarbeit* gibt hierüber interessante Aufschlüsse. Danach haben sich die Anbauflächen von Gerste, Roggen und Klee, also von Brotfrucht und Viehfutterpflanzen, durch die Ansiedlung erheblich vergrößert, die mit Hafer, also mit Pferdefutter bestellte Ackerfläche ist gleichgeblieben, und nur der im Osten leicht auswinternde Weizen und die viel Hackarbeit erfordernden Zuckerrüben, zu deren Pflege den Ansiedlern nicht wie den Gütern polnische Wanderarbeiterscharen zur Verfügung stehen, werden weniger angebaut. Die Hektarerträge haben in den Ansiedlungskreisen mindestens die selbe Steigerung erfahren wie in den nichtbesiedelten, bei der Gerste sogar eine größere. Mächtig aber ist die Tierhaltung gewachsen. Vergleicht man den Viehstand der bis zum Jahr 1906 fertig besiedelten Gemeinden mit dem vorgefundenen Bestand der vormaligen Gutswirtschaften, so haben die Pferde um 10 486 Stück oder um 98 %, das Rindvieh um 45 304 oder 187 %, die Schweine um 94 825 oder um 931 % zugenommen, während natürlich die Schafe abnahmen, und zwar um 85 656 oder 97 %.¹²⁾

Die gleiche Erscheinung zeigt sich in den Ansiedlungsdörfern, die in anderen Provinzen durch private Erwerbs- oder gemeinnützige Gesellschaften unter Mitwirkung der Generalkommissionen gebildet wurden. In 4 zwischen 1896 und 1902 entstandenen Ansiedlungen, von denen 2 in Brandenburg und 2 in Pommern liegen, vermehrten sich gegenüber dem Zustand vor der Aufteilung die Pferde um 96, das Rindvieh um 306, die Schweine um 1396, das Federvieh um 2812, die Bienenstöcke um 124, die Obstbäume um 4666. Dabei ist der Rückgang der Schafhaltung bereits berücksichtigt, indem 10 Schafe einem Stück Großvieh gleichgesetzt und die Summe dem Rindvieh zugezählt wurden.¹³⁾ In 11 Kolonien der Spezialkommission Kolberg mit 3840 Hektar Gesamtfläche ergab sich folgendes:

Viehstand	Pferde	Kühe und Bullen	Stärken	Kälber	Schweine	Schafe
vor der Aufteilung	366	621	246	184	1295	5227
nach ihr, am 1. Dezember 1908	734	1820	909	540	5791	730
Differenz	+368	+1199	+663	+356	+4596	-4497

Dieser starken Tierhaltung entsprechend tragen die neuen Rentengutsdörfer durch Viehlieferungen sehr wesentlich zur Volksernährung bei. So wurden zum Beispiel aus den 3 pommerschen Kolonien 1907 verkauft:

Name der Kolonie	Größe in Hektar	Bodengüte	Zahl der Stellen	Kühe	Bullen	Kälber und Stärken	Schweine	Ferkel
Plümenhagen	288	gut. Klasse A II bis VI	30	16	4	100	319	40
Blumenwerder	555	leicht	41	36	8	88	317	308
Gadgen	848	gering	31	12	2	58	308	?

¹²⁾ Siehe die Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministeriums *20 Jahre deutscher Kulturarbeit* / Berlin 1907 /, pag. 102 ff.

¹³⁾ Siehe Nennitze *Ans der Praxis der innern Kolonisation* / Berlin 1906 /, pag. 36.

Dazu kommt noch der Verkauf an Butter, Milch, Geflügel, Eier und Obst.¹⁴⁾ In der von der Aktiengesellschaft *Landbank* begründeten Rentenkolonie Broitz in Pommern hob sich in 5 Jahren der Pferdebestand von 56 auf 130, also um 132 %, der Rindviehbestand von 134 auf 600, demnach um 348 %, der Schweinebestand von 200 auf 1200, also um 600 %. Das gewaltige Zunehmen des Nutzviehs gegenüber dem weit geringern des Spannviehs beweist, wieviel intensiver die Kräfte des Bodens ausgenutzt werden.¹⁵⁾ Das 282 Hektar große Rittergut Plümenhagen im Kreis Köslin war für 46 Mark pro Hektar verpachtet, doch konnte der Pächter sich nicht halten. Nachdem das Gut 1900 aufgeteilt wurde, kommen 30 Rentenbauern darauf gut fort, obwohl sie 53 Mark pro Hektar Rente zahlen müssen. Der Versicherungswert der alten Gebäude betrug 81 500 Mark, der Wert der jetzt vorhandenen Gebäude stellt sich auf 206 762 Mark. Geerntet wurden im Großbetrieb im Durchschnitt von 8 Jahren Getreide 7534 Stiegen, im Kleinbetrieb 9676 Stiegen, also um 28½ % mehr. Dementsprechend wurde im Großbetrieb für 16 286 Mark Getreide verkauft, im Kleinbetrieb für 22 450 Mark, die Erntemengen an Heu und Wruken verdoppelten sich, an Kartoffeln waren sie sogar 8mal höher. Es konnten daher 99 Stück Rindvieh, 316 Schweine, 555 Stück Geflügel mehr und nur 143 Schafe weniger gehalten werden als im Großbetrieb. In dem selben Verhältnis stieg der an den Markt gebrachte Produktenüberschuß. Es wurden vor der Aufteilung an Vieh durchschnittlich für 6425 Mark verkauft, schon in den ersten Jahren nach der Aufteilung für 37 992 Mark, an Butter vorher für 1988, nachher für 5000 Mark, an Eier und Geflügel vorher für 336, nachher für 3857 Mark. Im Jahr 1905 stieg der Viehverkauf schon auf 48 100, 1907 sogar auf 53 750 Mark. Die Marktproduktion pro Hektar stieg von 92,50 Mark im Großbetrieb auf 247 in den ersten Jahren des Kleinbetriebs und auf 303 Mark im Jahr 1907.¹⁶⁾ Auf dem Rittergut Rützow in Hinterpommern betrug die Einwohnerzahl vor der Aufteilung 152 Personen, 3 Jahre nach Beginn der Besiedelung 452 Personen, also das 3fache. Die Gebäude des Ritterguts hatten einen Bau- respektive Taxwert von 81 500 Mark, die Häuser des spätern Bauerndorfs einen solchen von rund 800 000 Mark. Auch hier stieg die Produktion an Bodenerzeugnissen, und zwar betragen die Mehrerträge an Roggen und Gerste 3 Zentner pro Morgen, an Weizen und Hafer 4, an Kartoffeln 17 Zentner. Der Gesamtmehrertrag an Getreide stellte sich auf 7080 Zentner im Wert von 53 100 Mark, an Kartoffeln auf 26 630 Zentner im Wert von 39 945 Mark. Von diesen Mehrerträgen wurden ¼ aufgezehrt oder verfüttert, ¼ blieb zum Verkauf frei. Zurückzuführen sind die Mehrerträge auf die durch den erheblich größern Viehstand im Kleinbetrieb ermöglichte bessere natürliche Düngung, aber auch reichlichere Anwendung künstlichen Düngers, also auf intensivere Bewirtschaftung des Bodens, der vor der Aufteilung wie auf so vielen anderen Gütern mangels ausreichender Arbeitskräfte etwas extensiv hatte bewirtschaftet werden müssen. Da auch die Wiesen infolge gründlicher Meliorationen ihren Ertrag von 3200 auf 15 000 Zentner, also um fast das 5fache, steigerten, konnte die Viehhaltung bedeutend vergrößert werden. Wir finden daher auch in Rützow die übliche Verdoppelung des Rindviehs, Verneunfachung der Schweine und Verzwanzig-

¹⁴⁾ Siehe Pagenkopf *Die innere Kolonisation, ihr Ziel und ihr gegenwärtiger Stand* / Berlin 1909 /, pag. 21.

¹⁵⁾ Siehe Lauenstein *Die Rentengutskolonie Broitz im Kreis Greifenberg in Pommern im Archiv für innere Kolonisation, 1909-1910*, pag. 51.

¹⁶⁾ Siehe hierüber die Mitteilungen des Generalkommissionspräsidenten Petersen im Protokoll der Konferenz zur Beratung über die Organisation der innern Kolonisation / Berlin 1909 /, pag. 95.

fachung des Geflügels. Entsprechend stiegen die Einnahmen aus der Viehwirtschaft. Hatte schätzungsweise das Gut jährlich aus dem Verkauf von Rindvieh (Mastkälbern, Kühen usw.) etwa 10 000 bis 12 000 Mark erlöst, so erlösen die Ansiedler etwa 22 000 bis 24 000 Mark. Hatte das Gut jährlich etwa 100 Fettschweine zu 2½ Zentner à 45 Mark pro Zentner, also für 11 250 Mark abgesetzt, so verkaufen die Ansiedler etwa 900 Fettschweine gleichen Gewichts, also für 101 250 Mark. Zu diesem Mehrerlös von 100 000 bis 105 000 Mark kommt der Verkauf von Eiern, Geflügel, Milch, Butter, Honig, Gemüse.¹⁷⁾

Die Beispiele großartiger Produktions- und Wohlstandssteigerung durch Aufteilung von Rittergütern und Ansiedlung von Bauern könnten beliebig gehäuft werden, aber schon die hier angeführten Tatsachen dürften zur Genüge die Behauptung beweisen, daß die bäuerlichen Ansiedler die latente Produktionskraft des ostdeutschen Bodens zu mächtiger Entfaltung bringen und in der Versorgung der städtischen Bevölkerung, nicht zum wenigsten auch der Industriearbeiter, mit Bodenfrüchten und vor allem mit tierischen Produkten Großes leisten.¹⁸⁾ Eine solche Steigerung in der Erzeugung bäuerlicher Qualitätsprodukte ist aber auch im nationalwirtschaftlichen Interesse notwendig. Denn gerade die Einfuhr dieser Produkte, die wir bei besserer Grundbesitzverteilung in Ostdeutschland reichlich selbst hervorbringen könnten, ist sehr bedeutend und wächst noch immer an. Das gilt, wie ich vor kurzem hier dargelegt habe, weniger von der Vieh- und Fleischeinfuhr als von der Einfuhr der übrigen Erzeugnisse bäuerlicher Veredelungswirtschaft.¹⁹⁾ Es betrug nämlich die Mehrereinfuhr Deutschlands in 1000 Mark:

Zeitraum	Frische Milch und Rahm	Käse	Butter	Federvieh, lebend und geschlachtet	Eier und Eigelb	Obst ²⁰⁾	Frisches Gemüse
1902 bis 1905	3 053	22 938	49 443	39 608	113 748	51 683	—
1907	17 346	27 265	81 579	49 443	148 981	54 913	15 841
1908	18 548	25 336	73 657	51 518	137 808	49 695	24 174
1909	21 773	27 758	97 643	54 313	158 723	61 137	20 425

Die großen Mehrerträge der Kolonistengemeinden im Vergleich zu den früheren Gutswirtschaften sind nicht zuletzt durch emsige Meliorationen ermöglicht, die der neuangesetzte Bauer schon in den ersten Jahren auf Acker, Wiese und

¹⁷⁾ Siehe Rall *Die Besiedlung des Ritterguts Kützow im Kreis Kolberg-Köslin durch die pommersche Ansiedlungsgesellschaft im Archiv für innere Kolonisation, 1910-1911, pag. 12.*

¹⁸⁾ All diesen eindrucksvollen und eindeutigen Tatsachen zum Trotz verkündet Kautsky (*Urmehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft* / Stuttgart 1910 /, pag. 227 ff.) noch immer seine Hoffnung, die Kleinbauern würden «früher oder später, sobald die sozialistische Produktionsweise sich befestigt hat, selbst freiwillig ihre Betriebsform verlassen», und so werde «das Privateigentum am Boden aufhören, zuerst für die großen Betriebe, dann ohne jeden Zwang auch für die kleinen, die in den großen aufgehen». Diese Träumereien wären harmlos, wenn sie nicht bei dem Einfluß den K. Kautskys Theoreme auf viele und gerade ostdeutsche Parteigenossen ausüben, im Verein mit dem Machtinteresse preußischer und mecklenburgischer Hochtorics an möglicher Erhaltung des Großgrundbesitzes — *les extrêmes se touchent* — hindernd dem entgegenständen, daß sich zum Segen für das Volksganze, am allermeisten aber zum Nutzen für die arbeitenden Schichten auf dem platten Land und in den Städten in Ostelbien eine bessere Grundbesitzverteilung und Arbeitsverfassung durchsetzt.

¹⁹⁾ Siehe meinen Artikel *Prairievieh- und Frostflehneinfuhr oder Eigenfleischversorgung?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 97 ff.

²⁰⁾ Hierunter fasse ich folgende Arten der Warengattung *Obst und Beeren* zusammen: Apfel, Birnen und Quitten, frische Him., Johannis-, Stachel-, Heidel- und Preiselbeeren, Zwetschgen, Ring- und Scheibenäpfel, Apfelschnitte getrocknet und gedarrt. Dazu kommen frische Kiruchen und Weichseln mit einem Mehrereinfuhrwert von 2 Millionen Mark 1908 und 4 Millionen Mark 1909.

Weide vorzunehmen pflegt. Auch abgesehen von den mächtigen Komplexen unserer Hochmoore haben wir in Deutschland bekanntlich noch Öd- und Umland und geringwertige Grasflächen übergenuß. Über ihren Umfang und ihre Meliorationswürdigkeit äußerte sich Professor Dr. Weber, der an der Moorversuchsstation Bremen bis 1908 etwa 5000 Wiesennarben- und Heuproben untersucht und die Wiesen und Weiden Norddeutschlands auf Reisen gründlich studiert hat, in der Zentralmoorkommission folgendermaßen:

»Die überwiegende Mehrzahl der Wiesen ist trotz rüstigen Fortgangs der Meliorationen noch durchaus geringwertig, ja geradezu wertlos, und es bedarf noch weit größerer Anstrengungen als bisher um einen durchgreifenden, auf unser ganzes Wirtschaftsleben sich nachhaltig ändernden Wandel zu bewirken. . . . Welchen Wertzuwachs des Nationalvermögens bedeutet es, wenn die mehr als 4 Millionen Hektar umfassenden, jetzt fast wertlosen Seggenwiesen, die wir in Norddeutschland haben, samt und sonders in ihrem Mengenertrag um das 4- und 5fache, in der Güte des erzielten Futters aber um das 8- bis 10fache gesteigert sein werden, was durch ihre Meliorationen fraglos erreicht werden kann. Es eröffnet sich damit zugleich die sichere Aussicht den Bedarf an Fleisch- und Molkereierzeugnissen einer noch dichteren Bevölkerung zu decken als gegenwärtig das Deutsche Reich aufweist, auch ohne daß die vorhandene gesamte Wiesen- und Weidenfläche auf Kosten des Ackerlands vermehrt wird, dessen Leistungsfähigkeit durch eine intensivere Bewirtschaftung des Grünlands und die dadurch vermehrte und verbesserte Stallmisterzeugung vielmehr selber gesteigert werden wird.«²¹⁾

Aber da die große Mehrzahl dieser minderwertigen moorigen und anmoorigen Wiesen zu Gütern gehört, können sie in der Regel nicht in der wünschenswerten Weise melioriert werden, weil es den betreffenden Gutsbesitzern meistens an Leuten und nicht selten auch an Kapital fehlt, und weil im Winter, wo Arbeitskräfte zu haben wären, im Osten aus klimatischen Gründen Arbeiten auf dem Feld nicht angängig sind. Soweit wirklich bedeutende Meliorationen auf norddeutschen Gütern in den letzten Jahren überhaupt vorgenommen werden konnten, kamen sie deshalb meist auf andere Weise als durch die Tätigkeit freier Lohnarbeiter zustande. So sind die pommerschen Niederungsmoorgüter Neuhammerstein und Domäne Gohrke durch Gefangene, das 840,5 Hektar große schleswig-holsteinische Provinzialgut Bokelholm durch Korrigenden.²²⁾ die noch größeren der Provinz Westfalen gehörigen Güter in der Brechter Heide und im Kreis Ahaus durch Fürsorgezöglinge kultiviert worden. Wo aber so billige Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen, bleibt in der Regel alles, wie es war. So klagte beispielsweise von Wangenheim in der sogenannten *Juni-konferenz*, daß in Pommern »sehr großen Besitzern, welche über viele tausend Morgen unkultivierten Niederungsmoores verfügen, jegliches Verständnis und Interesse für derartige Meliorationen fehlt.«²³⁾ Anders wird es erst, wenn solche verwahrlosten Gutsflächen mit Bauern besiedelt werden. Dann gehen die an harte Arbeit gewöhnten früheren Gutstagelöhner und Bauernsöhne dem Öd- und Sumpfland energisch zu Leibe. So wuchs beispielsweise in 5 nicht besiedelten Kreisen der Provinz Posen die Acker- und Gartenfläche im Zeitraum von 1893 bis 1900 um 1247 Hektar, in 5 Ansiedlungskreisen aber um 4846 Hektar, und zwar auf Kosten des Ödlands, der geringen Weiden und der Holzungen.²⁴⁾ Über das schon erwähnte Rittergut Rützwow berichtet Rall, daß im Großbetrieb auf die Pflege der Wiesen kein Wert gelegt wurde, weil der fast

²¹⁾ Siehe das Protokoll der 62. Sitzung der Zentralmoorkommission / Berlin 1909 /, pag. 45.

²²⁾ Siehe hierüber den interessanten Bericht bei Tancreé *Eine Studienfahrt durch Schleswig-Holstein* / Berlin 1911 /, pag. 15.

²³⁾ Siehe das oben erwähnte Protokoll der Konferenz zur Beratung über die Organisation der innern Kolonisation, pag. 18 und 98; von Wangenheim ging so weit Zwangsentzignung und Zwangsmelioration gegen solche Großgrundbesitzer in Vorschlag zu bringen.

²⁴⁾ Siehe die in Note 12 erwähnte Denkschrift, pag. 102.

durchweg rotkleefähige Acker große Erträge an Kleehheu lieferte. Die Wiesen waren deshalb vernachlässigt und brachten nur einen Durchschnittsertrag von nicht mehr als 10 Zentner pro Morgen. Nach Durchführung der Melioration bringen die Wiesen, deren Fläche durch Urbarmachung von 20 Hektar ausgetorfem Moor vergrößert ist, im Kleinbetrieb nachweisbar Erträge von 30 bis 45 Zentner pro Morgen, im ganzen einen Mehrertrag von 11 800 Zentnern, der den Ansiedlern eine außerordentliche Steigerung ihres Viehstands ermöglichte. Über den Meliorationseifer der hinterpommerschen Rentengutsbauern und ihre Erfolge berichtet Sering:

»Ich habe neuerdings die pommerschen Kolonien an der westpreußischen Grenze bereist. Bis vor kurzem sah es hier geradezu traurig aus, noch jetzt kann man hier und da den Zustand bemerken, wie er früher auch in den inzwischen parzellierten Gutsmarken allgemein war: verwüstete Forsten und in den Niederungen wildes Moor, das nicht anders aussieht als zur Zeit des Tacitus. In dieses Land sind nun die Kolonisten hineingezogen und haben eine Kulturarbeit ersten Ranges vollbracht. Die sumpfigen Niederungen sind mit Hilfe der Kulturingenieure der Generalkommission entwässert, Tausende von Rindern sieht man auf den besten Weiden ihre Nahrung suchen. Auf dem Land, das früher erbärmliche Erträge brachte — man sieht es noch den dürrtigen Gutshäusern an, wie schlecht es dereinst den Besitzern gegangen ist — sitzen viele Hunderte von glücklichen Familien, tüchtige Männer und Frauen, die von früh bis spät arbeiten, doppelt so früh wie sonst im fremden Dienst, und sie haben diese Kreise, in die vorher von Osten her die slawische Bevölkerung hineindrängte, auch dem Deutschtum dauernd gesichert.«²⁵⁾

Auch die ganz überwiegend aus Großgrundbesitzern bestehende *Pommersche Ansiedlungsgesellschaft* weist darauf hin, »daß meist erst die Besiedlung mit einem arbeitsfreudigen, kräftigen Bauerngeschlecht die Möglichkeit zur Durchführung umfangreicher Meliorationen und zur richtigen Urbarmachung unwirtschaftlicher Moorflächen auf den Außenschlägen großer Güter gegeben hat.«²⁶⁾ Auf diese Weise sind nach einem Bericht des Direktors der pommerschen Landwirtschaftskammer Borchert Wege und Gräben ausgebaut, Drainagen, Wiesenmeliorationen, Obstbaumpflanzungen ausgeführt und Tausende von Morgen der Kultur neu zugeführt.²⁷⁾ So verbessert und vermehrt die innere Kolonisation den deutschen Kulturboden, die dauernde Grundlage der Ernährung des deutschen Volks.

III

ZWEIFELLOS haben tüchtige Großgrundbesitzer in Ostdeutschland noch wichtige wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen. Sie erproben die neuesten Maschinen, führen zuerst die Ergebnisse der Landwirtschaftswissenschaften in die Praxis ein und sind vor allem als Erzeuger besten Saatguts und Pflanzenzüchter zunächst unersetzlich. Es sei nur daran erinnert, daß die Versuche mit der Demtschinskijschen Getreidepflanzungskultur und mit der Elektrokultur, die allerdings in der Hauptsache negativ ausgegangen sind, fast ausschließlich in Großbetrieben vorgenommen wurden. Aber damit fähige Rittergutsbesitzer diese Pionierrolle auf dem engern Gebiet des Ackerbaus ausfüllen können, ist es nicht erforderlich, daß der Großgrundbesitz in Posen und Westpreußen 1,5 und im übrigen Osten 3,5 Millionen Hektar umfaßt. Es wäre um Ostelbien und die gesamte deutsche

²⁵⁾ Siehe Sering *Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Land in den Verhandlungen des Landesökonomikollegiums* / Berlin 1910/, pag. 611.

²⁶⁾ Siehe die *Denkschrift Die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft von Januar 1903 bis Dezember 1908* / Stettin 1909/, pag. 21.

²⁷⁾ Siehe Borchert *Erfahrungen aus der Praxis der innern Kolonisation und Arbeiteransiedlung* in dem in Note 6 erwähnten Sammelwerk, pag. 174.

Volkswirtschaft besser bestellt, wenn der Anteil des Großgrundbesitzes an der Anbaufläche, der jetzt bekanntlich meistens 40 bis 60 %, im Regierungsbezirk Stralsund sogar 73 % beträgt, in absehbarer Zeit auf etwa 25 % wie in der Provinz Sachsen oder auf 17 % wie in Hannover herabgemindert werden könnte. Gibt der ostdeutsche Großgrundbesitz, wie es Sering und Stumpfe verlangen, auch nur 2 Millionen Hektar zu Ansiedlungszwecken ab, so können darauf etwa 250 000 Bauern- und Handwerkerfamilien oder, die Familie zu 6 Köpfen gerechnet, 1½ Millionen Menschen seßhaft gemacht werden. Dazu kommt die höchst nötige Ansiedlung eines großen Teils der heute von Gut zu Gut nomadisierenden und mehr und mehr in die Städte abziehenden Instleute, Deputanten und Hoftagelöhner. Von der Annahme ausgehend, daß Preußen in der Landarbeiterseßhaftmachung Ähnliches leisten könne wie im mecklenburgischen Domanium durch Schaffung vieler tausend Büdnereien und Häuslereien schon geleistet ist, rechnet Stumpfe wohl etwas übertreibend sogar auf eine mögliche ostdeutsche Kolonistenbevölkerung von 8 Millionen.²⁸⁾

Einstweilen aber gilt es weniger entfernte Zukunftsziele aufzustellen oder zu kritisieren als vielmehr die ersten Schritte zu sichern und die nächsten Aufgaben zu lösen. Diese sind zurzeit nirgends dringlicher als in Posen, Westpreußen und in Schlesien. Deutschnationale Ideen und Leidenschaften haben vor einem Vierteljahrhundert die Anfänge des heute so imponierenden und kulturell höchst bedeutsamen, aber auch recht kostspieligen Ansiedlungswerks in unserer Ostmark gesetzt. Heute ist seine Fortführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen noch nötiger als aus nationalen. Leider wird ein gedeihliches Weiterarbeiten der Ansiedlungskommission dadurch sehr erschwert, daß sie seit langem Güter aus polnischer Hand selten mehr angeboten erhält und auch deutsche Güter, nachdem die Grundstückspreise unter dem Eindruck der Annahme des Enteignungsgesetzes vorübergehend gesunken waren, neuerdings wieder nur zu hohen und noch steigenden Preisen kaufen kann (im Jahr 1909 zu durchschnittlich 1272 Mark pro Hektar gegen 1181 in 1908). Eine durchgreifende Abhilfe würde die Anwendung des Enteignungsgesetzes bringen, doch sollte dieser Maßregel das national Gehässige dadurch nach Möglichkeit genommen werden, daß auch die in den beiden Provinzen ziemlich zahlreichen Güter deutscher Besitzer, die in Berlin oder sonstwo leben und sich um die Bewirtschaftung wenig kümmern, der Enteignung unterstellt werden. Unsere Partei hat jedenfalls keinen Anlaß gegen die Ausführung des Enteignungsgesetzes zu eifern; denn das enteignete Land wird ja dazu dienen deutsche Arbeiter, Handwerker und Bauern mit dem wichtigsten Produktionsmittel, Grund und Boden, auszustatten, die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit mächtig zu erhöhen und die städtischen Konsumenten besser als bisher mit Fleisch und Butter zu versorgen. Wohl aber sind wir verpflichtet die von unseren hitzigen Ostmarkenpolitikern ungestüm geforderte Verschärfung des Gesetzes vom 10. August 1904, wodurch den polnischen Arbeitern und Bauernkindern der soziale Aufstieg durch Landerwerb und Ansiedlung in der Heimat noch mehr als es schon geschieht erschwert werden soll, energisch zu bekämpfen.²⁹⁾

²⁸⁾ Siehe Stumpfe, loc. cit., pag. 152.

²⁹⁾ In diesem Punkt stimme ich ganz mit Bauer überein, der kürzlich in einem Aufsatz *Zur Polenfrage im Archiv für Sozialwissenschaft*, 1911, pag. 191, dargelegt hat, daß sich der preußische Staat, in den polnischen Arbeitern, wenn er ihnen den Aufstieg ins Bauerntum unmöglich macht, polnische Feinde heranziehen würde. Warum aber schreckt Genosse Bauer, indem er die Kleinbauernexistenz den deutschen Arbeitern als kulturunwürdig hinzustellen versucht, diese von der Ansiedlung ab die er doch für die Polen für heilsam und national und sozial unentbehrlich hält?

Im übrigen ist die in Posen und Westpreußen neuerdings überhandnehmende Auslegung von kreistagsfähigen Restgütern, womit man einem ungerechtfertigten Verlangen des *Bundes der Landwirte* zu sehr entgegengekommen ist, als volkswirtschaftlich schädlich zu verwerfen.³⁰⁾ Restgüter sollten nur gebildet werden, wo neue und besonders wertvolle Gutsgebäude sich nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten und Kosten in nebeneinanderliegende Ansiedlergehöfte, wie man sie oft im Osten auf der frühern Gutshofstätte antrifft, umbauen lassen.³¹⁾

Während in Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Brandenburg große gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaften und neben ihnen besonders in Pommern die *Landbank*, bisher im ganzen mit gutem Erfolg, Güter aufteilen und Bauern und Arbeiter ansässig machen, sind mehrfache Versuche auch in Schlesien ein provinzielles Kolonisationsunternehmen zustande zu bringen am Widerstand der dortigen Großgrundbesitzer gescheitert.³²⁾ Und doch ist die Begründung neuer Bauerndörfer kaum irgendwo nötiger als in dem Großgüterbezirk Mittelschlesiens zu beiden Seiten der Oder. Hier leben in allen 12 vom Großbetrieb beherrschten Kreisen jetzt weniger Menschen als zur Zeit des französischen Krieges. Die 3 Kreise Lüben, Wohlauf und Militsch haben mit rund 17 % und der Kreis Guhrau mit 14 % der Anfangsziffer des Jahres 1871 in ganz Preußen die stärkste Abnahme der Landbevölkerung. Und während in den leider wenig zahlreichen Landgemeinden der Kreise Guhrau und Wohlauf noch heute 69 und 82 Menschen auf dem Quadratkilometer leben, finden auf dem Quadratkilometer der Gutsbezirke in den genannten 4 Großgrundbesitzkreisen nur 8, 9, 17 und 14 Personen ihren Unterhalt.³³⁾ Der Nachwuchs der Landgemeinden muß abwandern und, während wir doch mehr Viehproduzenten brauchen, die Zahl der Fleischesser vermehren, weil er in den vollbesetzten Dörfern der Heimat keinen Lebensspielraum mehr findet, und weil die menschen-

³⁰⁾ Als Gegner der Restgüter haben sich sowohl die Theoretiker der innern Kolonisation (Sering und Gerlach) als auch viele Praktiker bekannt. So sprach sich der frühere Staatsminister und Oberpräsident von Schlesien Graf von Zedlitz und Trütschler auf der Junikonferenz dahin aus, daß die Erfahrungen, die er als Präsident der Ansiedlungskommission mit Restgütern gemacht habe, so schlecht wie nur möglich gewesen seien.

³¹⁾ Siehe hierzu auch von Schwerin *Zur innern Kolonisation in Pommern in den Preußischen Jahrbüchern*, 1896, pag. 303 und 317.

³²⁾ Der Widerstand eines sehr großen Teils der Großgrundbesitzer gegen die Bauernkolonisation kommt manchmal in der landwirtschaftlichen Fachpresse recht ungeschminkt zum Ausdruck. Als vor einigen Monaten das angesehenste Fachblatt, die *Deutsche landwirtschaftliche Presse* über Serings Schritt *Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande* empfehlend referierte, sandte ihr ein Herr von Bülow einen zornigen Protest, in dem es unter anderem heißt: „Wer soll von der Scholle weichen? Zum Teil doch alte Familien, die lange dort schon gewohnt, Heldengeschlechter, die mit ihrem Blut Preußen groß gemacht haben, ja, die sich in seinen Kriegen teilweise verblutet haben. Aber wer denkt daran jetzt noch?“ Mit Recht antwortete darauf Sering unter anderem: „Gekauft wird, deren Namen jedem Patrioten teuer sind, auf den Markt. Ist es nicht besser, daß der erinnerungsreiche Boden dann zur Heimstätte zahlreicher bäuerlicher Familien wird, die für alle Zeit damit verwachsen, als wie es immer häufiger geschieht, zum Jagdgut für reiche Leute, die zu dem Lande in gar keine inneren Beziehungen treten, oder zu Filialkommissen von Neulingen, die mit der vaterländischen Geschichte wenig gemein haben, weniger als jene kleinen Leute, aus deren Reihen denn doch auch heldenhafte Männer oft genug hervorgingen? Die große Menge der zum Verkauf kommenden Güter sind aber Spekulationsgüter, die wie Kaffeesäcke von Hand zu Hand gehen. . . . Unter den Einsendungen aus den Kreisen der Landwirte, die Herrn von Bülows Schmerzensschrei hervorrief, ist der Brief eines deutschen Landwirts aus Kalifornien besonders bemerkenswert, der in interessanter Weise schildert, wie rasch dort aus Gutskomplexen von etwa 40000 Acres Farmgüter von 10 Acres aufwärts entstehen. Seine Nutzenwendung für Deutschland schließt er: „Ich habe immer Respekt gehabt vor urwüchsigen Bauerngestalten im Leinewittel, mit Sense oder Schippe auf der Schulter, einem kleinen Trupp Mitheller voranschreitend. Da wird noch was geschafft und gern geschafft. Und zu solch eines Bauernmannes Familie gehören auch der Knecht und die Magd. Sie halten zum Bauern. Schaffe man in meiner alten Heimat Deutschland nur einen guten Bauernstand im Osten! Kleinbauern! Dann wird die Landflucht schon aufhören.“

³³⁾ Siehe Sering, loc. cit., pag. 617 ff.

leeren Gutsbezirke ihm für den Landerwerb verschlossen sind. Und doch könnten die auf diesen Gütern unfreudig, weil hoffnungslos arbeitenden Lohngärtner und die Bauernkinder aus den Landgemeinden, wenn ihnen die Gutsbezirke durch Kolonisationsinstitute aufgeschlossen werden, den fruchtbaren Boden der Oderebene zu hoher Produktionskraft bringen und an Stelle der Großbetriebs-erzeugnisse Wolle, Spiritus und Stärke, die zur Volksernährung nichts beitragen, in großen Mengen und besten Qualitäten den betriebsamen Städten und Industriebezirken Schlesiens Vieh und andere Kleinbetriebsprodukte liefern. Wenn es der preußischen Regierung mit ihrem Programm im Interesse reichlicherer Fleischversorgung die innere Kolonisation mehr als bisher zu fördern so ernst ist wie man nach der Rede des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten im Landwirtschaftsrat annehmen muß, so möge sie vor allem dafür sorgen, daß sich in Schlesien eine mit genügendem Betriebskapital ausgestattete gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft bildet oder aber nach den von Metz gemachten Vorschlägen²⁴⁾ die Umwandlung von Rittergütern in Bauernhöfe und Landarbeiterstellen selbst in die Hand nehmen.

Noch wünschenswerter aber als eine lebhaftere Förderung durch die Regierung und durch die nur zu oft in den Vorurteilen des Großgrundbesitzerstands aufgewachsene Verwaltungsbeamtenschaft ist es, daß die Sozialdemokratie ihre im allgemeinen — es hat sich allerdings schon manches gebessert — noch immer ablehnende Stellung gegenüber der innern Kolonisation aufgibt. Unsere Partei will politische Stimmführerin auch der landwirtschaftlichen Arbeiter sein oder doch werden. Der Landarbeiter aber muß, je mehr er den Großbetrieb unter dem Mangel an Arbeitskräften leiden sieht, und je mehr er infolge der allmählichen Erhöhung seines Lohnes hoffen darf selbst einmal einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu erwerben, umso mehr den Aufstieg in das Bauerntum auf dem ihm durch die innere Kolonisation eröffneten Weg als Lebensaufgabe und Ziel seiner Klasse einsehen lernen. Er wird künftig noch mehr als heute nur zu der Partei Vertrauen fassen, die ihn hierbei fördert.²⁵⁾ Aber auch im Produzenteninteresse des Industriearbeiters liegt eine energische Fortsetzung der Binnensiedlung. Nach einer Seite hin habe ich das hier schon auszuführen versucht.²⁶⁾ Noch immer ist für die deutschen Industriearbeiter, zumal in den großen Zuwanderungszentren Berlin nebst Umgebung und Rheinland-Westfalen, der niedrige Geldlohn der ostdeutschen Gutstägelöhner ein wirksamer Bestimmungsfaktor der Lohnhöhe. Er kann aber durch das höhere bäuerliche Einkommen abgelöst werden, wenn es gelingt einen wesentlichen Teil der Landarbeiterschaft als Kleinbauern oder doch mit der Aussicht auf Erlangung einer bäuerlichen Existenz selbst zu machen und so den bisher übermäßigen lohndrückenden Zuzug der Landflüchtigen fernzuhalten. Nach einer andern Seite sei das Produzenteninteresse der gewerblichen Arbeiter an dieser Stelle kurz angedeutet: der Aufbau der Kolonistendörfer — schon allein die Ansiedlungskommission hat im Jahr 1909 134 öffentliche und 1201 private Gebäude errichtet — setzt nicht nur die Hände ostdeutscher Bauhandwerker sondern auch westdeutscher Industriearbeiter in Bewegung. Der Bezug zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen, der bedeutend gesteigerte Bedarf ganzer Landstriche an Kunstdünger und die zahlungs-

²⁴⁾ Siehe Metz *Die Zukunft der innern Kolonisation im östlichen Deutschland* (Berlin 1910), pag. 21 ff.

²⁵⁾ Siehe hierüber meine Artikel *Das dänische Beispiel und Agrarpolitische Aufgaben der preußischen Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1350 ff. und 1676 ff.

²⁶⁾ Siehe hierüber meinen Artikel *Freihandel in der Landwirtschaft in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 179 ff.

fähige Nachfrage der Ansiedlerfamilien nach sonstigen Gebrauchsgegenständen verschafft anderen Kategorien gewerblicher Arbeiter lohnenden Verdienst. K. Kautsky verheißt von der Zukunftsgesellschaft: »Der größte Teil der Arbeitskräfte der Metallindustrie und des Baugewerbes, die heute der Erweiterung der Großstädte sowie dem Kriegswesen dienen, sie werden dann dazu verwandt werden Bauten, Maschinen, Werkzeuge für die Landwirtschaft zu schaffen.«³⁷⁾ Ja, warum fördern wir denn nicht eine Bewegung, die schon in der Gegenwartsgesellschaft eine so nützliche Verwendung der gewerblichen Produktivkräfte ermöglicht? Dazu kommt das in diesem Aufsatz eingehend dargelegte Konsumenteninteresse der städtischen und industriellen Arbeiter an der Binnensiedlung, womit der Ring der ökonomischen Argumentation sich schließt. Daß aber in politischer Beziehung eine reformistisch gesinnte Sozialdemokratie von einer Vermehrung bäuerlicher Familienwirtschaften im deutschen Osten nichts zu fürchten, wohl aber manches zu hoffen hat, habe ich vor 2 Jahren wahrscheinlich zu machen versucht³⁸⁾, und die Gründung des *Deutschen Bauernbunds* hat die damaligen Darlegungen rasch bestätigt. Das alles sollte unsere Partei und besonders unsere preußische Landtagsfraktion veranlassen ihre verneinende oder doch unschlüssig abwartende Stellung aufzugeben und sich zu positiver Förderung der Bauern- und Arbeiteransiedlung zu entschließen, um vor allem die letztere möglichst sozial einwandfrei gestalten zu helfen. Gerade die Sozialdemokratie darf sich am allerwenigsten von der Mitarbeit an diesem eminenten Kulturwerk ausschließen.

XX

MAXIM ANIN · WAS WILL DIE JÜDISCHE SEKTION IN DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE?

In den äußerst eigenartigen historischen Entwicklungsbedingungen des jüdischen Volkes überhaupt und der jüdischen Arbeiterklasse insbesondere sowie in den verschiedenen, oft in entgegengesetzter Richtung wirkenden Entwicklungstendenzen des heutigen jüdischen Lebens ist in erster Linie die Quelle der weitgehenden Zersplitterung der jüdischen sozialistischen Bewegung zu suchen. Der ungeheuren Kompliziertheit der Lebenserscheinungen entspricht die Mannigfaltigkeit der von ihnen geschaffenen Probleme und ihrer theoretischen und praktischen Behandlung. In einem wesentlichen Punkt aber stimmen sämtliche Richtungen des jüdischen Sozialismus überein: nämlich darin, daß die Juden eine Nation sind und es auch bleiben wollen, daß sie eine anormal lebende Nation sind und eine normal lebende werden wollen. Gehört es ja zu den Verdiensten des jüdischen Sozialismus der gegenwärtig im Judentum fast allgemeinen Überzeugung eine theoretische Fundierung gegeben zu haben, daß das Judentum nicht nur eine durch Konfession oder bloße geistige Konstitution verbundene gewisse Anzahl von Individuen ist sondern in allererster Linie ein eigenartiger sozialer Organismus, und das nicht nur in rein kultureller sondern auch in sozialökonomischer Beziehung. So ist denn auch die jüdische Arbeiterklasse nicht ein einfaches Aggregat von Proletariern jüdischer Zunge und Rasse sondern bildet eine besondere, durch zahlreiche Fäden eng unter einander

³⁷⁾ Siehe Kautsky *Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft*/Stuttgart 1910/, pag. 234.

³⁸⁾ Siehe meine Schrift *Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland*/München, 1909/.

verknüpfte Gruppe innerhalb der national gegliederten Arbeiterarmee, mit eigenen nationalen Idealen und eigenartig gestaltetem Weg zur sozialen Freiheit. Daraus entsteht nun für die jüdisch-proletarische Politik eine Reihe spezifischer Aufgaben¹⁾, und auch die allgemein proletarischen Aufgaben nehmen hier einen eigenartigen Charakter an. Das alles bildet eben die materielle Basis, auf der die nationalen Organisationen des jüdischen Proletariats entstanden sind, und aus der sich konsequenterweise auch die Forderung seiner selbständigen Vertretung in der Internationale — in der Gestalt einer jüdischen Sektion — ergibt.

Die Genossen der anderen Nationen und insbesondere die jüdischer Abstammung wollen indessen diesem Sachverhalt bis auf den heutigen Tag nicht Rechnung tragen. Noch heute kann man öfter in der sozialistischen Presse der kategorischen Behauptung begegnen, der jüdische Arbeiter müsse russisch-, polnisch-, deutsch- etc., nur nicht jüdischnational gesinnt sein. Es ist dies eine sonderbare Erscheinung. Denn bei aller Internationalität bewahren die Genossen bei der Beurteilung der inneren politischen und sozialen Zustände der andersnationalen Bruderparteien stets eine gewisse Reserve. Nur den jüdischen Sozialisten wird allerorts und unaufhörlich der nationale Selbstmord gepredigt. Ist aber die ihnen anempfohlene Assimilation als Programm, als Ziel ihrer Wirksamkeit — abgesehen von der moralischen Verwerflichkeit — nicht ein logischer und psychologischer Nonsens? Bei den russischen und deutschösterreichischen Genossen wird diese unberechtigte Intervention quasi theoretisch durch die Zauberformel der *ehernen historischen Notwendigkeit* verbrämt. Bei den polnischen Genossen klingt es bereits wie ein drohender Mahnruf.²⁾ Und es ist meines Erachtens hohe Zeit klar auszusprechen, daß der wahre Grund dieser mit sozialistischer Gesinnung unvereinbaren Erscheinung überall die ausschließlich utilitaristische Behandlungsweise der jüdischen sozialistischen Bewegung ist. Die jüdische Arbeiterbewegung habe als jüdische keine Berechtigung und müsse sich gänzlich in den Dienst des autochthonen Sozialismus stellen. Wenn nun einzelne Genossen jüdischer Abstammung ihren kulturellen Neigungen und ihrem nationalen Empfinden gemäß dieser Aufforderung Folge leisten, so ist das zweifellos ihr gutes Recht. Wenn aber das selbe vom gesamten jüdischen Proletariat verlangt wird, so muß das als eine unberechtigte utilitaristische Anmaßung schroff zurückgewiesen werden. Wäre es nicht vielleicht an der Zeit, daß man — wenigstens in der sozialistischen Internationale — das jüdische Schicksal den Juden selbst überläßt?

Hierzu gesellt sich noch eine Reihe Erwägungen organisatorischer Natur, die die Schaffung einer jüdischen Sektion erheischen. Zu wiederholten Malen hatte sich das internationale sozialistische Bureau mit Anschlußanträgen verschiedener jüdischer sozialistischer Organisationen zu befassen, und stets entstanden Komplikationen bei der Lösung der Frage, welchen Platz sie in der Internationale einzunehmen haben. Diese Komplikationen harren zum Teil bis auf den heutigen Tag einer befriedigenden Erledigung. Die Errichtung einer jüdischen Sektion würde solche und ähnliche Organisationsfragen ein für allemal befriedigend lösen.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Das jüdische Proletariat in der Internationale* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 1045 ff.

²⁾ Man beachte die wohlwollende Stellungnahme des *Naprawdę* dem neuen sogenannten progressiven Antisemitismus der polnischen Radikalen gegenüber.

Alle diese Erwägungen führten die jüdischen sozialistischen Parteien, nämlich die *Zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei*, die *Jüdische sozialistische Arbeiterpartei (Scrp)* und die Partei *Poale-Zion*, zu dem gemeinsamen Beschluß an das Recht des internationalen sozialistischen Bureaus zu appellieren »als Nation [im Sinn der Statuten der Internationale] auch solche Gruppen von Individuen anzuerkennen, bei denen das Streben nach Autonomie und nach moralischer Einheit als Resultat einer langen historischen Tradition fortlebt, ungeachtet ihrer Abhängigkeit von einer oder mehreren Regierungen«. Hieraus folgt wohl ohne weiteres, daß die Schaffung einer jüdischen Sektion auch formell-organisatorisch mit den Satzungen der Internationale im Einklang steht. Infolgedessen entbehrt die Behauptung, die Anhänger der jüdischen Sektion proponierten eine radikale Reorganisation der Internationale auf Grund des Nationalitätsprinzips, um auf diese Weise auch für das jüdische Proletariat eine nationale Sektion zu erlangen³⁾, jeder sachlichen Grundlage und kann nur aus dem Streben erklärt werden der Idee einer jüdischen Sektion *quand même* Abbruch zu tun. Allerdings habe ich die Notwendigkeit der offiziellen Anerkennung des Nationalitätsprinzips in der Internationale darzustellen versucht.⁴⁾ Dabei hatte ich aber keineswegs die radikale Reorganisation der gesamten Internationale im Auge sondern einzig und allein die subsidiäre Anerkennung des modernen Nationalitätsprinzips für die staatslosen Nationen; mit anderen Worten: die Anerkennung, daß die zahlreichen Ausnahmen von dem Staatsprinzip zugunsten des Nationalprinzips gemacht werden, daß also in der Internationale nicht tote geographische und historische Begriffe wie *früherer Staat, historische Provinz* etc., sondern lebendige Nationen vertreten sind. Nicht aus der Hinfälligkeit des Staatsprinzips und der Richtigkeit des Nationalitätsprinzips folgte ich die Errichtung einer jüdischen Sektion; sondern, im Gegenteil, ihre Notwendigkeit, die in den elementarsten Bedürfnissen der jüdischen Arbeiterbewegung begründet ist, war für mich nur ein Beweis dafür, daß das Staatsprinzip in der Organisation der Internationale immer mehr durch das Nationalitätsprinzip *ergänzt* werden müsse.⁵⁾

Dem gegenüber wird ein anderes Organisationsprinzip vorgeschlagen: staatliche Sektionen und nationale Untersektionen. Dieser Vorschlag würde allerdings eine grundsätzliche Reform der Internationale erfordern. Denn einmal waren die Untersektionen bisher nicht national sondern den verschiedenen parteipolitischen Hauptströmungen im Sozialismus angepaßt. Das gilt zum Beispiel für die Sozialdemokratie und die *Sozialrevolutionäre* in Rußland. Zweitens würden dadurch die Anträge der meisten staatslosen Nationen auf Gründung nationaler Sektionen in positiver Weise erledigt. Drittens — und das ist von besonderer Wichtigkeit — würde die Durchführung des erwähnten Prinzips zu einer ungeheuren Zersplitterung der proletarischen Organisationen in der Internationale führen. So müßten beispielsweise anstatt 1 polnischen Sektion mindestens 3 Untersektionen gebildet werden, anstatt 1 jüdischen Sektion

³⁾ Siehe Me dem *Ein nationalistischer Vorschlag* in der *Neuen Zeit*, 1909-1910, 1. Band, pag. 748 ff.

⁴⁾ Siehe meinen Artikel *Das Nationalitätsprinzip in der sozialistischen Internationale* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 885 ff.

⁵⁾ Es ist gewiß eine recht sonderbare Erscheinung, daß der *Bund*, dessen nationales Programm auf der Negierung des Staatsprinzips und der ausschließlichen Anerkennung des personalen Nationalitätsprinzips basiert, in der Internationale einen so ehrfurchtvollen Respekt vor dem territorialen Staatsprinzip äußert.

etwa 7 bis 8 jüdische Untersektionen etc. Wird dadurch der Einheitlichkeit der proletarischen Aktion gedient? Endlich wäre es eine Lösung nur für solche staatslose Nationen, die in einem Staat leben, wie zum Beispiel für die Tschechen, Litauer usw., keineswegs aber für solche, die mehreren Regierungen unterworfen sind, wie die Polen, Juden, Ukrainer, Armenier. Andererseits hat bisher noch niemand darüber Klage erhoben, daß die bestehenden nationalen Sektionen (der Polen, Tschechen, Finnen usw.) die Einheitlichkeit der politischen Aktion des Proletariats der betreffenden Staaten beeinträchtigen. Vielmehr wird allgemein anerkannt, daß gerade in der national-autonomen Organisation beispielsweise der österreichischen Sozialdemokratie in der Reichspartei wie (teilweise) in der Internationale eine der bedeutendsten Quellen ihrer politischen Erfolge und die Bürgerschaft ihres fernern Gedeihens zu erblicken ist. Es kann gewiß von niemandem bestritten werden, daß die Organisation der Internationale den faktischen Verhältnissen der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern angepaßt werden müsse. Nun liegt es auf der Hand, daß das jahrhundertealte Band, daß zum Beispiel die jüdischen Arbeitermassen Russisch Polens und Galiziens in kultureller, wirtschaftlicher und sogar territorialer Beziehung verknüpft, viel enger, bedeutender und insbesondere für die allseitige Gestaltung ihrer Emanzipationsbewegung viel maßgebender ist als die historische junge politische Getrenntheit dieser beiden Länder. Auch hat das die Internationale durch die Errichtung der polnischen Sektion teilweise bereits anerkannt. Die Internationale kann in solchen Fällen unmöglich die Früchte der Diplomatenkünste eines Metternich pietätvoll als einzige Richtschnur für die Ausgestaltung ihrer Organisation anerkennen. Und schließlich liegt ja nicht der mindeste Grund für die Annahme vor, daß die jüdische Sektion das jüdische Proletariat irgendwie hindern könnte in allgemeinen staatlich-politischen und auch gewerkschaftlichen Fragen Hand in Hand mit dem gesamten Proletariat des betreffenden Staates vorzugehen.

Welche Bedeutung würde nun der Schaffung einer jüdischen Sektion in der Internationale zukommen? Welche Schlußfolgerungen für die verschiedenen Probleme des jüdischen Lebens überhaupt und für die jüdisch-proletarischen Probleme insbesondere müssen und können hieraus abgeleitet werden? Ich betone, daß es sich hier um zweierlei Schlußfolgerungen handelt: solche, die sich aus der Tatsache einer jüdischen Sektion konsequenterweise von selbst ergeben und daher allgemein abgeleitet werden müssen, und solche, die zwar mit der Sektion nicht konstitutiv zusammenhängen, mit ihr aber doch in Einklang gebracht werden können. Da wäre vor allem zu bemerken, daß die Errichtung einer jüdischen Sektion in der Internationale eine bedeutende Inkongruenz beseitigen würde, die die gesamte jüdische Arbeiterbewegung in ihre Entwicklung hemmt. Dies ist die tatsächliche Existenz einer selbständigen, weit verzweigten jüdischen Arbeiterbewegung, die sich weder politisch noch organisatorisch in die bestehenden Organisationsrahmen hineinzwingen läßt, auf der einen Seite, auf der andern die Tatsache, daß die jüdischen sozialistischen Parteien in der Internationale nur beschränkt und zersplittert vertreten sind, was weder die freie und allseitige Aufrollung der jüdisch-proletarischen Probleme vor der Internationale ermöglicht noch den Vertretern der jüdischen Arbeiterschaft die aktive und gleichberechtigte Beteiligung an der allgemeinen aufbauenden Tätigkeit des internationalen Proletariats gewährt.

Allerdings würde die Bedeutung der jüdischen Sektion weit über den Rahmen der jüdischen Arbeiterbewegung hinausreichen. Denn sie wäre nicht bloß eine Errungenschaft des jüdischen Sozialismus, sondern auch eine bedeutsame Kundgebung zugunsten der Gleichberechtigung der jüdischen Nation überhaupt, und daher von größter Tragweite. Der jüdischen Assimilation aber, als einem *Programm*, mit ihrer zwar ungewollten, aber nichtsdestoweniger sich offenkundig geltend machenden Förderung des Asemitismus, den vom Antisemitismus schließlich nur eine Gefühlsnuance trennt, würde die Schaffung einer jüdischen Sektion eine ihrer Stützen rauben.

Was die verschiedenen Strömungen innerhalb des jüdischen Sozialismus anlangt, so müßten sie natürlich sämtlich von der zu gründenden Sektion umfaßt werden, sofern sie den allgemeinen Zulassungsbestimmungen der Internationale entsprechen. Es ist daher von vornherein ausgeschlossen, daß, solange im jüdischen Sozialismus weitgehende Differenzen bestehen, die jüdische Sektion sich mit irgend einer Parteirichtung identifiziert. Deshalb kann zum Beispiel auch die Befürchtung des *Bundes*, die Errichtung einer eigenen jüdischen Sektion würde der Sanktionierung, ja der Antizipation des *Judenstaats* durch die Internationale gleichkommen, nicht ernst genommen werden. Schon deshalb nicht, weil die Idee des *Judenstaats* aus der jüdischen Sektion *eo ipso* nur dann folgen würde, wenn die Internationale ausschließlich auf Grund des Staatsprinzips organisiert wäre, was aber bekanntlich weder der realen Sachlage noch den bestehenden Satzungen entspricht. Andererseits wird die jüdische Sektion selbstverständlich in keiner Weise die einzelnen jüdischen sozialistischen Parteien zu irgendwelchen Abänderungen oder gar Schwämerungen ihrer programmatischen Grundsätze bewegen dürfen. Sie kann und muß den einzelnen Richtungen den weitesten Spielraum lassen, sofern sie sich im Rahmen des allgemein sozialistischen Programms bewegen. Daß die einzelnen im jüdischen Sozialismus vertretenen Richtungen, wie der *Bundismus* und *Territorialismus*, mit den allgemeinen sozialistischen Grundsätzen in keiner Weise kollidieren, hat die Internationale bereits ausgesprochen, indem sie in Amsterdam den *Bund* und in Stuttgart die *Zionistisch-sozialistische* und die *Jüdische sozialistische Arbeiterpartei* in ihre Mitte aufgenommen hat, von denen der *Bund* und *Serp* noch gegenwärtig Bestandteile der russischen Sektion bilden. Daher muß die Behauptung, die jüdische Sektion solle den sie beantragenden jüdischen sozialistischen Parteien erst »möglich machen sich den Weg in die Internationale zu bahnen, der ihnen bisher verschlossen war«,*) einfach als unzutreffend bezeichnet werden.

Was insbesondere die Idee des *Judenstaats* betrifft, so muß hier bemerkt werden, daß sie von den Gegnern der jüdischen Sektion gewissermaßen als Abschreckungsmittel ausgespielt wird. Man will nämlich den Mitgliedern der Internationale die Anschauung beibringen, es handle sich hier um nationalistisch-staatsrechtliche Machtgelüste, ähnlich beispielsweise denen des sogenannten *böhmischen Staatsrechts*. Nun muß es aber einem jeden, der in die jüdischen Verhältnisse einen Einblick hat, ohne weiteres klar sein, daß, wenn hier und da in der jüdischen Literatur der Ausdruck *Judenstaat* gebraucht wird, damit noch durchaus nicht staatsrechtlich-souveräne oder gar imperialistische Bestrebungen verbunden zu sein brauchen, darunter vielmehr nur ein Komplex von politischen Garantien verstanden wird, die die ungehemmte wirtschaftliche,

*) Siehe *M e d e m.*, loc. cit., pag. 748.

soziale und kulturelle Entwicklung der Juden auf dem Gebiet, das die konzentrierte Ansiedlung der jüdischen Wanderer zuläßt, ermöglichen sollen. Dieses Streben aber steht in vollständigem Einklang mit der proletarischen Internationalität, deren Grundprinzip lautet: Nur bei einer sich frei entwickelnden Nation ist das erfolgreiche Fortschreiten auf dem Weg zum Sozialismus möglich, und nur zwischen autonomen Nationen ist die Verwirklichung des Internationalismus denkbar. Diesen Prinzipien getreu sollte die Internationale auch dem für seine allseitige Befreiung ringenden jüdischen Proletariat das Recht der Selbstbestimmung seines nationalen Schicksals nicht vorenthalten.

XX
**ROBERT FETTE · GWERBLICHE ARBEITER UND
 KONKURRENZKLAUSEL**



ANTER *Konkurrenzklausele* wird nach §§ 74 und 75 des Handelsgesetzbuchs und nach § 133 f der Gewerbeordnung eine Verabredung verstanden, durch die sich Handlungsgehilfen und höhere gewerbliche Angestellte, Werkführer, Techniker, Zeichner usw. verpflichten nach dem Austritt aus dem Geschäft innerhalb einer gewissen Zeit in kein Konkurrenzunternehmen einzutreten. Für gewerbliche Arbeiter sind keinerlei gesetzliche Vorschriften dieser Art erlassen worden; trotzdem ist eine Besprechung angezeigt, da neuerdings nicht nur gesetzgeberische Versuche nach dieser Richtung hin unternommen werden, sondern auch die Rechtsprechung geneigt scheint die Gültigkeit derartiger Verabredungen gegenüber Arbeitern mehr und mehr anzunehmen. Die Bindung der Handlungsgehilfen kann bei dieser Gelegenheit nur kurz gestreift werden; die Wirkung ist übrigens genau die gleiche, ob Handlungsgehilfen, Werkführer und Techniker, Arbeiter oder gar Krankenschwestern darunter zu leiden haben. Nach Mitteilungen öffentlicher Blätter haben sogenannte *Wohlfahrtseinrichtungen, Rotes Kreuz* und *Vaterländische Frauenvereine*, mit Krankenschwestern Verträge abgeschlossen, durch die bei einer Strafe von 80 bis 500 Mark verboten wird innerhalb 10 Jahren bei einem ähnlichen Unternehmen eine Stellung anzutreten. Es gibt nicht nur offene Konkurrenzklausele, die durch Vertrag des einzelnen Geschäftsinhabers mit dem Angestellten geschlossen werden: Banken, Versicherungsgesellschaften und andere Unternehmungen treffen *g e h e i m e* Abkommen, daß ohne besondere Empfehlung der seitherigen Firma kein Angestellter bei einer andern eine Stellung bekommt. Daß solche Verabredungen auch gegenüber Arbeitern vielfach bestehen, ist durch die Arbeiterpresse oft genug bekannt geworden; es braucht nur an das System der Abkehrscheine im Bergbau erinnert zu werden.

Erst in jüngster Zeit haben die Konkurrenzklausele ihre gesetzliche Sanktion, und zwar auf dem Weg einer angeblichen Regelung, gefunden. Für die Handlungsgehilfen traten die erwähnten Vorschriften am 1. Januar 1898 in Kraft, für die gewerblichen Angestellten am 1. Januar 1900. Mehr als einmal ist von den Beteiligten ausgesprochen worden, daß ohne die Sanktion durch den Gesetzgeber die Anwendung der Konkurrenzklausele wahrscheinlich den heutigen Umfang nicht erreicht hätte. Vorher hatte die Anwendung immerhin etwas Peinliches, man sprach nicht gern davon, weil man befürchtete, das An-

schen der Firma würde unter der Annahme leiden, daß nur durch solche Verträge die Konkurrenzfähigkeit erhalten werden könnte. Nach der gesetzlichen Sanktion fielen solche Erwägungen fort. Heute wird in den meisten kaufmännischen Geschäften, Warenhäusern etc. die Klausel allen Verträgen begedruckt, von allen ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit unterzeichnet, und in technischen Betrieben ist es nicht anders. Der mehrfach erwähnte § 133 f der Gewerbeordnung lautet:

»Eine Vereinbarung zwischen Gewerbeunternehmern und einem der in § 133 a bezeichneten Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angestellten nur insoweit verbindlich als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausgeschlossen wird. Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Angestellte zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.«

Ähnlich lautet § 74 des Handelsgesetzbuchs, worin aber die Höchstdauer der Verabredung auf 3 Jahre festgesetzt wird.

Die Rechtsprechung hat seit dem Bestehen der KonkurrenzklauseL zu der Rechtsgültigkeit der Verabredungen keine einheitliche Stellung eingenommen. So wurde beispielsweise von einem Oberlandesgericht ein Werkführer, der sich verpflichtet hatte innerhalb eines Jahres seit dem Austritt in kein anderes Arbeitsverhältnis in einer mit Schweißerei verbundenen Fabrik einzutreten, zu 2000 Mark Vertragsstrafe verurteilt, weil er von Oberschlesien nach der Provinz Sachsen (Magdeburg) in Stellung trat. Das Reichsgericht erklärte einen Vertrag für ungültig, in dem ein Chemiker mit 2400 Mark Gehalt sich einer Konventionalstrafe von 100 000 Mark unterworfen hatte. Auch das Oberlandesgericht Köln erklärte einen ähnlichen Vertrag, der keine Beschränkung nach Ort und Zeit enthielt, für unwirksam. Gewerbegerichte haben vielfach, so das Berliner 1906, eine KonkurrenzklauseL für nichtig erklärt. In diesem Fall war dem Angestellten eines Nachwach- und Schließinstituts mit 75 Mark Monatsgehalt der Eintritt in ein Konkurrenzunternehmen verwehrt. Das Gericht sprach aus, daß bei einem solchen Gehalt jede Erschwerung des Fortkommens als unbillig anzusehen sei, umsomehr als das Institut ein berechtigtes wirtschaftliches Interesse an der Innehaltung der Klausel nicht habe. Betriebsgeheimnisse kämen nicht in Frage. Auch verschiedene Kaufmannsgerichte wiesen Klagen ab, wenn die Beschränkung nach Ort, Zeit, Gegenstand zu weit ging, doch ließ sich hier die Rechtsgültigkeit an sich auf Grund des herrschenden Rechts nicht wie bei dem gewerblichen Arbeiter des Nachwachinstituts bestreiten.

Die Bindung der gewerblichen Arbeiter durch KonkurrenzklauseLverträge hat aber zugenommen, obwohl sie durch keinerlei gesetzliche Vorschriften geschützt waren. Auch im Reichstag haben die Verträge des Lederkönigs Heyl in Worms, die dieser mit allen Arbeitern abschloß und wohl noch heute abschließt, schon eine erhebliche Rolle gespielt; der Gesetzgeber sah sich aber lange Zeit, obwohl aus den Kreisen der Beteiligten lebhaft Klagen laut wurden, zu keinem Eingreifen veranlaßt. Was mit der KonkurrenzklauseL in den meisten Fällen beabsichtigt wird, ergibt sich aus der nachstehenden Entscheidung des Kammergerichts vom 6. November 1905, worin es heißt, daß für die KonkurrenzklauseL bei Arbeitern nur die §§ 134 und 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht kommen. Es heißt dann wörtlich weiter:

»Daß die Gesetzgebung den Beschränkungen der Freiheit wirtschaftlicher Selbstbetätigung an sich nicht günstig gegenübersteht, ergibt sich daraus, daß man ihre Zulässigkeit bei den Handlungsgehilfen, Werkmeistern und Technikern an eine Reihe von Bedingungen geknüpft hat, ähnliche Bestimmungen für die gewerblichen Arbeiter wohl deshalb für entbehrlich gehalten hat, weil man nicht daran gedacht hat, daß diesen gegenüber von der Konkurrenzklausele in irgendwie nennenswertem Umfang Gebrauch gemacht werden würde, und daß die Aufnahme der Konkurrenzklausele in die Arbeitsordnung, die sonst den Arbeitsvertrag ersetzt, schlechthin unzulässig ist. Es könnte fraglich sein, ob nicht jede Konkurrenzklausele einem gewöhnlichen Arbeiter gegenüber, mag er selbst zu den qualifiziertesten gehören, schlechthin nichtig ist, weil das Gesetz jede Erschwerung des Fortkommens eines gewöhnlichen Arbeiters als unsittlich ansieht. Unter allen Umständen wird man ein Konkurrenzverbot, das weder durch das berechtigte Interesse des Arbeitgebers erheischt wird noch mit der unveräußerlichen persönlichen Freiheit des Arbeitnehmers vereinbar ist, als nichtig erachten müssen. Das berechtigte Interesse des Klägers erschöpft sich . . . in der Geheimhaltung etwaiger Fabrikationsmethoden . . . ; darüber hinaus dem Beklagten sein Fortkommen zu erschweren, indem man ihm Verbot ein Jahr lang sich in dem gleichen Geschäftszweig anstellen zu lassen, fehlte jedes Interesse des Klägers; die Bestimmung konnte nur bezwecken sich den Beklagten als geschickten Arbeiter zu erhalten, der bei Gültigkeit dieser Bestimmung ganz von dem Kläger abhängig gewesen wäre, ein Interesse, das als schutzfähig nicht anerkannt werden kann. Die Freiheit und die wirtschaftliche Selbstbetätigung des Beklagten ist durch das Verbot ein Jahr lang in einem Konkurrenzgeschäft zu arbeiten weit über das zulässige Maß eingeschränkt worden. Denn dieses Verbot wäre einem Verbot sich innerhalb eines Jahres überhaupt in der bisherigen Weise zu betätigen, gleichgekommen.«

Da diese Entscheidung mehrfach in Veröffentlichungen angegriffen wurde, führte der jetzt verstorbene Justizrat Dr. Stranz im Jahrgang 1906 der *Deutschen Juristenzeitung* folgendes aus:

»Was jetzt Rechtens ist, bedarf dringend und bald einer Umgestaltung. Die gewerblichen Gehilfen und Lehrlinge sind ohne gesetzlichen Schutz gegen die Klausele. Auf sie alle muß der Schutz ausgedehnt werden, alle Dienst- und Arbeitsverträge müssen umfaßt werden. Und es fragt sich, ob die Klausele nicht ganz zu verbieten, das heißt eine derartige Abrede für nichtig zu erklären ist. Ausnahmsweise ist sie nur insoweit beizubehalten als der Verrat von Geschäfts- und Herstellungsgeheimnissen in Frage steht. Auf alle Fälle müssen, will man nicht so weit gehen, wenigstens bei allen Arbeitseinkommen unter 2000 Mark Konkurrenzklauseln und Vertragsstrafen nicht zugelassen werden.«

Dem vielfachen Drängen der Angestelltenverbände entsprechend entschloß sich die Reichsregierung bei der letzten, der sogenannten *großen Gewerbeordnungsnovelle* eine Regelung der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen, die im allgemeinen dahin gehen sollte die Wirkung der Konkurrenzklausele davon abhängig zu machen und sie so lange gelten zu lassen als das zuletzt bezogene Gehalt fortbezahlt wird. Bei den Arbeitgebern fand dieser Vorschlag geteilte Aufnahme; die Fortzahlung des Gehalts sagte ihnen meist nicht zu. Die Angestellten lehnten wie ein Mann diese Vorschläge ab. Von den Arbeitgeberverbänden lehnte meines Wissens nur der Buchdruckerverein die Konkurrenzklausele völlig ab, da sie vom Standpunkt des Gewerbes aus unnötig sei.

Im Reichstag faßte die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle am 4. Februar 1909 folgende Beschlüsse, nachdem die Anträge auf völliges Verbot der Konkurrenzklausele abgelehnt worden waren:

»Die Konkurrenzklausele ist für Werkmeister, Techniker etc. nur dann verbindlich, wenn die Vereinbarung bezweckt und geeignet ist den Gewerbeunternehmer vor solchen Schäden zu bewahren, welche durch die Bekanntgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen entstehen können. Die Vereinbarung ist ferner nur insoweit verbindlich als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausge-

geschlossen wird. Die Beschränkung kann auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr nur dann erstreckt werden, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung der Angestellte die zuletzt ihm gewährten vertragmäßigen Leistungen der Gewerbeunternehmer weitererhält, und diese mindestens 3000 Mark betragen. Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Angestellte zur Zeit des Abschlusses minderjährig war, oder wenn sein Arbeitsverdienst 1500 Mark nicht übersteigt. Diese Vorschriften sollten auch für Arbeiter Geltung erlangen.«

Auch diese Beschlüsse wurden von den Angestellten meist abgelehnt, fanden aber auch nicht die Zustimmung der Arbeitgeber. Der Zentralaussschuß der Berliner Unternehmer sagte dazu unter anderm, daß beim Weggang guter Kräfte, die im Besitz von Betriebsgeheimnissen sind, die wegengagierende Firma die Vertragsstrafe zahlen müßte. Er verlangt daher, daß der Wegfang der guten Kräfte als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden sollte. Besser kann der Unfug mit der Konkurrenzklausel wohl kaum charakterisiert werden. In einer Äußerung zu den Kommissionsbeschlüssen sagte eine der Handelskammern:

»Der Unternehmer ist, falls der Angestellte das Vorliegen eines Geschäftsgeheimnisses bestreitet, seinerseits geradezu verpflichtet die in Frage kommenden Verhältnisse seines Betriebs zu offenbaren und unter Beweis zu stellen. Der Schaden, der dem Gewerbeunternehmer durch die Erörterung innerer Betriebsverhältnisse in öffentlicher Verhandlung entsteht, wird aber leider für ihn immer größer sein als ein stillschweigender Verzicht auf sein gutes Recht.«

Der Schluß der Reichstagsession im Sommer 1909 machte die Kommissionsbeschlüsse hinfällig. Die Reichsregierung ließ daher durch den preußischen Handelsminister weitere Erhebungen bei den Handelskammern und Kaufmannsgerichten auf Grund folgender Vorschläge anstellen, deren Grundsätze für technische Angestellte auch auf gewerbliche Arbeiter ausgedehnt werden sollen:

»Ein Konkurrenzverbot ist nur bei Gewährung einer Entschädigung nach Ablauf des Dienstverhältnisses gültig. Die Entschädigung soll im 1. Jahr mindestens $\frac{1}{4}$, im 2. Jahr $\frac{1}{3}$ und von da ab das letzte Jahresgehalt betragen. Für Handlungsgehilfen bleibt eine Grenze von 3 Jahren für die Klausel bestehen, für technische Angestellte besteht zeitliche Unbeschränktheit. Verzicht auf das Konkurrenzverbot vor Beendigung des Dienstverhältnisses entbindet von der Pflicht der Entschädigungszahlung. Vertragswidriges Verhalten des Angestellten, das zur Kündigung berechtigten Anlaß gibt, bewirkt Fortfall des Entschädigungsanspruchs. Das gleiche gilt, wenn mehrere Angestellte des selben Unternehmers auf Verabredung kündigen und nicht dartun, daß damit ein Druck auf den Geschäftsherrn zum Verzicht auf die Konkurrenzklausel nicht beabsichtigt war. Im Gegensatz zu § 75 des Handelsgesetzbuchs ist der Arbeitgeber berechtigt an Stelle der bei einer Verbotsübertretung verwirkten Vertragsstrafe die Erfüllung des Konkurrenzverbots oder neben der Strafe den Ersatz des sie übersteigenden Schadens zu verlangen.«

Der Handelsminister erhoffte von diesen Vorschlägen eine Einschränkung der Konkurrenzklauseln, was auch durch gerichtliche und notarielle Beurkundung erstrebt werden soll. Die Verbände der Handlungsgehilfen, Werkmeister und Techniker haben diese Vorschläge, die nichts wesentliches ändern, Verbesserungen aber durch Verschlechterungen aufheben, in der größten Einmütigkeit bekämpft. Es sind namentlich die nur partielle Entschädigung und zudem auch nur des zuletzt bezogenen Gehalts auf Jahre hinaus ohne jede Steigerung und die doppelte Bestrafung (nicht nur Erfüllung der Klausel statt Strafe, sondern neben der Strafe auch noch ein weiterer Schaden), die leidenschaftlich bekämpft werden. Ein unerhörter Angriff auf das Koalitionsrecht ist es aber, wenn die an sich unzureichende Gehaltsfortzahlung dann fortfallen soll, wenn verabredetermaßen eine gemeinschaftliche Kündigung mehrerer Angestellter eintritt, und diese nicht dartun können, daß damit kein Druck beabsichtigt wird.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat bis jetzt zu den schwebenden Fragen überhaupt noch nicht Stellung genommen. Es ist schließlich ja noch nicht sicher, daß die Konkurrenzklausele auf Arbeiter ausgedehnt wird, aber sie besteht tatsächlich heute schon. Während man in den Regierungskreisen und bei den Beteiligten noch darüber streitet, ob überhaupt die Bestimmungen auf die Arbeiter ausgedehnt werden sollen, haben die Gerichte herausgefunden, daß die Klauseln auch für Arbeiter längst Geltung haben. Den Anfang machte das Oberlandesgericht Düsseldorf, das einen Kaffeebrenner zur sofortigen Lösung eines gegen eine Konkurrenzklausele verstoßenden Arbeitsverhältnisses verurteilte. Das Gericht verneinte die Frage, ob die Vereinbarung einer Konkurrenzklausele im Verhältnis des Dienstherrn zu seinem Arbeiter schlechthin unzulässig sei, weil besondere gesetzliche Vorschriften über Konkurrenzverbote gegenüber Arbeitern nirgends erlassen seien. Aus dem Umstand, daß besondere gesetzliche Bestimmungen nicht bestehen, sei lediglich zu folgern, daß man nicht für nötig befunden habe sie einer besondern Regelung zu unterwerfen, daß man sie vielmehr den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften (des Bürgerlichen Gesetzbuchs) unterstellen wollte; das vorliegende Konkurrenzverbot verstoße auch nicht gegen die guten Sitten und sei daher rechtsgültig. In den letzten Tagen folgte in einer Berufungssache das Landgericht Stuttgart. Das Gewerbegericht Stuttgart hatte die Konkurrenzklausele einer Stanzerin in einer Blechdosensabrik für ungültig, als gegen die guten Sitten verstoßend erklärt und die Klage der angeblich verletzten Firma abgewiesen; in der Konkurrenzfirma war die Arbeiterin als Packerin tätig. Das Landgericht verurteilte die Arbeiterin bis zum 2. November 1911 in kein Konkurrenzgeschäft einzutreten. In dem Urteil wird der Standpunkt des Gewerbegerichts als hinfällig erklärt, daß einer vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung auch eine entsprechende Gegenleistung gegenüberstehen muß. Es könne für die Annahme eines Verstoßes gegen die guten Sitten auf den vorliegenden Fall nur der Gesichtspunkt maßgebend sein, der auch im § 133 f der Gewerbeordnung als Schranke der Zulässigkeit der Konkurrenzklausele aufgestellt ist. Bei der Beklagten habe bei Abschluß des Vertrags eine Notlage nicht vorgelegen, und es könne nicht behauptet werden, daß sie als Packerin nicht auch in anderen Geschäften Beschäftigung gefunden hätte. Es fehlte somit der Nachweis, daß die Arbeiterin durch den Vertrag in ihrem Fortkommen beschwert worden wäre. Daß es nicht der Verrat etwaiger Geschäftsgeheimnisse ist, der die Klägerin zu ihrem Vorgehen veranlaßte, sondern ein anderer Grund, das bestätigt das Gericht in dem Satz:

»Was die Bemessung des Streitwerts anlangt, so kann dafür nicht maßgebend sein der Aufwand der Klägerin für die Einlernung einer neuen Arbeitskraft, vielmehr ist entscheidend das Interesse, das die Klägerin daran hat, daß nicht die von ihr eingelernten Arbeiterinnen bei ihren Konkurrenten ihre Kenntnisse verwerten; dabei ist zu erwähnen, daß die Tragweite dieses Interesses über den einzelnen Fall hinausgeht, sofern die Wirksamkeit einer derartigen Konkurrenzklausele wie der vorliegenden für die ungestörte Fortführung des Geschäfts von erheblicher Bedeutung ist.«

Mit solcher Deutlichkeit haben bis jetzt nicht einmal die Unternehmer den Fortbestand der Konkurrenzklausele gefordert; sie haben nicht zugeben wollen, daß der Hauptgrund der ist, daß man die Konkurrenz niederhalten will, ihr keine Arbeitskräfte gönnt, die eingelernten Kräfte möglichst an den Betriebsketten will. Für den notwendigen Kampf zur gänzlichen Beseitigung der Konkurrenzklausele, mindestens für gewerbliche Arbeiter, wird die vorstehende Ent-

scheidung ausgezeichnete Dienste tun. Die Arbeiterschaft hat es nun schwarz auf weiß, wozu die Klausel dienen soll. Und sie hat den großen Vorteil, wenn sie sich dagegen wendet, zugleich im Interesse des allgemeinen Kulturfortschritts tätig zu sein. Nicht Festlegung eingelernter Kräfte in einem Betrieb, sondern Benutzung erlangter Kenntnisse bringt den Arbeiter und damit die Allgemeinheit vorwärts. Bei der Neuregelung der Konkurrenzklausele steht für die organisierte Arbeiterschaft als den Kern der vorwärtsstrebenden Elemente viel auf dem Spiel. Möge sie nicht versäumen rechtzeitig und in der wirksamsten Weise für ihre Interessen tätig zu sein.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Elsaß-Lothringen: Verfassung Die elsäß-lothringische Frage ist einen großen Schritt weiter vorwärtgerückt.

Auch im Bundesrat sind den bisherigen Reichslanden die in der Reichstagskommission unter Führung des Zentrums geforderten 3 Bundesratsstimmen zugestanden worden. Instruiert sollen die reichsländischen Vertreter aber durch einen Statthalter werden, der weiterhin wie bisher allein vom Kaiser, und zwar nicht lebenslänglich, zu ernennen wäre. Um dadurch jedoch nicht einfach eine Machtvermehrung Preußens zu schaffen, und um eine Majorisierung der Mittel- und Kleinstaaten durch den führenden Großstaat nicht zu erleichtern, ist man auf folgenden Ausweg verfallen — auf preußischen Antrag, wie die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* hervorhebt —: Einmal sollen die 3 elsäß-lothringischen Stimmen bei Reichsverfassungsänderungen ruhen; Verfassungsänderungen bleiben also nach wie vor ausschließlich in der Hand derjenigen Regierungen, die seinerzeit sich zur Reichsgründung verbanden. Ferner sollen die Stimmen nicht mitgezählt werden, wenn bei Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat der Präsidialstaat nur durch deren Zutritt den Ausschlag geben würde.

Der Eindruck dieses neuen Bundesratsbeschlusses ist fast in allen Parteien kein gleichmäßiger. Selbst einige freisinnige Blätter erinnerten sich plötzlich wieder der preußisch-zentralistischen Vergangenheit des alten Liberalismus, und sie befanden sich dabei unversehens an der Seite der konservativen Stockpreußen, denen die *Demütigung* und *Selbstentmannung* Preußens nicht gefällt. Schon bei Errichtung des Norddeutschen

Bundes habe die Fortschrittspartei, mit Waldeck, Virchow, Hoverbeck an der Spitze, gegen das für Preußen unbillige Zahlenverhältnis (17 preußische gegen 26 außerpreußische Stimmen) im Bundesrat protestiert; noch nachteiliger hätten sie die spätere Reichsregelung gefunden. Man erinnerte an die Ludolf Parisiusche Darstellung in seiner *Geschichte der politischen Parteien*: »Von dem bei Beratung der norddeutschen Bundesverfassung von der deutschen Fortschrittspartei aufs äußerste bekämpften unnatürlichen Stimmverhältnis im Bundesrat, wonach Preußen (mit 24 Millionen Einwohnern) 17, die übrigen norddeutschen Staaten (mit 6 Millionen Einwohnern) aber 26 Stimmen bekamen, hatten damals die liberalen Fürsprecher Miquel, Lasker, von Vincke übereinstimmend anerkannt, es sei — wenngleich es, wie Miquel sich ausdrückte, »zur zeitweiligen Aufhebung eines kurzlebigen Militärstaats Norddeutschlands« passieren könne — völlig unmöglich, wenn es sich um den Beitritt der süddeutschen Staaten handle. Jetzt muteten die Regierungen dem norddeutschen Reichstag zu dafür zu stimmen, daß Preußen 17 gegen 41 Stimmen führe.« Und nun sollten es 17 gegen 44 werden! Gegen Preußen würden die neuen 3 Stimmen immer gezählt, für Preußen nur unter den oben erwähnten Bedingungen. Dabei ständen heute die Bevölkerungsziffern sich gegenüber mit über 40 und noch nicht 25 Millionen.

Preußen trägt selber mit schuld daran, daß solche Hinweise in der Gegenwart eine viel geringere Beachtung in der öffentlichen Meinung finden als jemals früher, ja daß es sogar für demokratisch gelten kann Preußens formell-rechtlichen Einfluß auf die Reichspolitik womöglich noch tiefer herunterzudrücken. Bei den Reichstagsmandaten wünschen alle libe-

ral und demokratisch Denkenden eine bessere Anpassung an die Bevölkerungsziffern; bei den Bundesratsstimmen fürchten sie eine ähnliche Neuverteilung wie das Feuer und mitunter wohl auch wie die politischen Kinder. Das sind die *moralischen Eroberungen*, die Preußen in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Die Hauptstreitpunkte bei der elsäß-lothringischen Verfassungsfrage bilden nunmehr weiter noch: das Wahlrecht, das Budgetrecht der Zweiten Kammer, die Zusammensetzung der Ersten Kammer.

X Bagdadbahn Die starke Stellung, die sich das deutsche Kapital durch das große, wirtschaftlich tief einschneidende Bahnunternehmen in der asiatischen Türkei geschaffen hat, findet allmählich in dem größeren Entgegenkommen Englands Ausdruck. Nachdem der Traum einer Vereitelung des Bahnbaus endgültig verpflogen ist und durch die Erstarkung des türkischen Selbstbewußtseins vollends den letzten Stoß erhalten hat, nachdem Rußland, statt den englischen Widerstand weiter zu unterstützen, eine Verständigung zugunsten seiner künftigen persischen Schienenstraßen vorgezogen hat, gewöhnt man sich auch in London mehr und mehr an den Gedanken, daß unänderlich fertige Tatsachen ihre eigene Logik haben, und daß längeres mißgünstiges, wenn nicht feindliches Beiseitestehen sehr leicht die Preisgabe selbst der letzten möglichen Einwirkung bedeuten könne. Die Erklärungen Sir Edward Greys am 8. März im Unterhaus klangen deshalb durchaus versöhnlich, und ähnlich mahnt ein großer Teil der englischen Presse zu ruhigen Verhandlungen über die Endstrecke der Bahn, von Bagdad bis zum Persischen Golf. Nach dem Leiter des Londoner Auswärtigen Amts hätte England ein Druckmittel gegen eine allzu selbstherrlich widerstrebende Türkei zur Verfügung: Es könnte die Zustimmung zu dem geplanten 4prozentigen Zollzuschlag verweigern, der für die Türkei in finanzieller Beziehung von ganz außerordentlicher Wichtigkeit ist. Nun wäre aber nichts gefährlicher als die rücksichtslose Anwendung eines solchen, geschichtlich überkommenen internationalen Ausnahmerechts, das mit dem Empfinden des heutigen Türkentums in schroffem Widerspruch steht. Den Vorwand dazu könnten gleichfalls nur recht zweifelhafte Ansprüche Englands auf die Unabhängigkeit Koweits, des Mündungsgebiets der Bahn nach dem Meer zu, bieten. Außer-

dem müßte die Bagdadbahn keineswegs unter allen Umständen gerade nach Koweit auslaufen, obwohl dieses Endziel verlockender als andere sein mag. In dem ausschlaggebenden Artikel der Bagdadbahnkonzession heißt es nur, daß die Eisenbahngesellschaft zum Bau und Betrieb einer Bahn von Zobeir nahe Basra ermächtigt wird, »bis zu einer Stelle an dem Persischen Golf, die durch gemeinsame Verständigung zwischen der türkischen Regierung und dem Konzessionär festzusetzen ist«. Außerdem verlautet jetzt, daß die Bahngesellschaft eine Verwendung der Zollmehrerträge für neue Kilometergarantien selber vermeiden sehen möchte, um allen Quertreibungen Dritter vorzubeugen. Eine Verständigung erscheint damit näher gerückt als man vor kurzem noch vermuten konnte, freilich wesentlich auf Kosten der früheren, englischen Hoffnungen. Und recht hatte der liberale Minister zweifellos, wenn er die Schwäche der gegenwärtigen englischen Position dem konservativen Balfoursehen Ministerium zuschob, das seinerzeit die Mitwirkung bei der ganzen Bagdadunternehmung ablehnte, weil es dadurch den ganzen Plan im Keim zu beseitigen glaubte. Marx nannte England einmal den *Despoten des Weltmarkts*. Es wird sich daran gewöhnen müssen, daß auch andere Interessen neben den seinen mehr und mehr zur Geltung gelangen, und die heutige liberale Mehrheit bietet zu einer internationalen Verständigung günstigere Voraussetzungen als ehemals das konservative Regiment.

X Rüstungsver- Dies trat in der Rede **einbarungen** Greys am 13. Januar greifbar zutage. Wie sein Kollege, der Marineminister, sprach der Leiter der auswärtigen Politik die Erwartung aus, daß in den Rüstungen, wohl nicht bloß für England, der Zeitpunkt der höchsten Flut erreicht sei, und daß nun die Woge, obwohl zunächst langsam, zurückgehen werde. Voraussetzung sei freilich, daß Deutschland seine Marinebauten nicht über den Rahmen des bestehenden Flottengesetzes hinaus ausdehne. Noch wärmer trat Sir Edward Grey für den Schiedsgerichtsgedanken ein, unter besonderem Hinweis auf die Vereinigten Staaten und die Äußerungen Tafts. Das Unterhaus erklärte in einem, ohne Widerspruch gefaßten Beschluß, daß es mit Besorgnis und Bedauern die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung großer Rüstungen an-

sieht, und daß es die Herbeiführung von Vereinbarungen willkommen heißen würde, unter denen es den Großmächten möglich wäre gleichzeitig ihre Kriegsvorbereitungen einzuschränken.

Viel bemerkt wurde das überaus freundliche Echo, das aus der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* von deutsch-offiziöser Seite zurückklang. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichskanzler ersucht, er möge »sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebenteerrechts herbeizuführen«.

X Kurze Chronik Den mecklenburgischen Ständen sind abermals Grundzüge einer anderweitigen Zusammensetzung des Landtags zugegangen: die 3. Regierungsvorlage, nachdem die von 1908 und 1909 von der Ritterschaft abgelehnt wurden. Die städtische Bevölkerung und alle fortschrittlichen Elemente scheinen entschlossen den vollkommen vorständflutlichen Entwurf glatt abzulehnen. X Der amerikanische Senat hat seine Sitzungen geschlossen, ohne vorher das Reziprozitätsabkommen mit Kanada genehmigt zu haben. Präsident Taft erklärte dies für die schwerste Enttäuschung der letzten Kongreßtagung, hofft aber auf Annahme in der in Aussicht stehenden außerordentlichen Session. X Dagegen ging der neue Vertrag mit Japan in Washington ohne große Widerstände durch. Die alte Klausel des 1894er Vertrags, daß Japan den Vereinigten Staaten das Recht zu einem *exclusion law* zugestehet, ist hier in Wegfall gekommen: ein Zeichen des höhern Selbstgefühls des begabtesten und erfolgreichsten asiatischen Volkes. Dagegen hat Japan aus eigenem einseitigen Willen die Zusicherung wiederholt, daß die zuletzt in Kraft befindlichen Auswanderungsbeschränkungen fortbestehen sollten. Der Vertrag tritt am 17. Juli mit 12jähriger Dauer ins Leben. X Die russische Regierung hat an China ein Ultimatum wegen Verletzung der Vertragsrechte in der Mongolei gerichtet.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Besteuerung Die preußischen Konservativen planen ein neues Attentat auf die steuerliche Gleichberechtigung der Konsumvereine.

Sie haben durch ihren speziellen Sachverständigen für dieses Gebiet, Herrn Hammer, beantragen lassen, daß bei der Neuregelung des Einkommensteuergesetzes in den § 15 folgende Bestimmung eingefügt wird: »Als verteilte Dividende gilt bei den in § 1 Nummer 5 bezeichneten nichtphysischen Personen jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatten oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung.« In dem § 1 des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 werden als einkommensteuerpflichtig bezeichnet die »Vereine, einschließlich eingetragener Genossenschaften, zum gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Absatz im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht«. In § 15 wird dann weiter bestimmt, daß als steuerpflichtiges Einkommen die Überschüsse gelten sollen, die als Aktienzinsen oder Dividenden, gleichviel unter welcher Benennung, an die Mitglieder verteilt werden. Bis jetzt hatten die Konsumvereine die Möglichkeit durch vorherige Festsetzung eines bestimmten, an die Mitglieder zu zahlenden Rabatts sich von dieser an sich eine schwere Ungerechtigkeit darstellenden Besteuerung zu befreien. Das soll ihnen nun durch den konservativen Antrag unmöglich gemacht werden. Damit würde also der ausnahmegesetzlichen Behandlung der Konsumvereine die Krone aufgesetzt werden; denn es fällt keinem Gesetzgeber ein die von Kaufleuten oder Fabrikanten an ihre Abnehmer gezahlten Rabatte als *Dividenden* zu bezeichnen und zu versteuern, ebensowenig die von den Bezugsgenossenschaften der Händler, Handwerker und Landwirte an ihre Mitglieder gezahlten festen Rabatte. Bei ersteren geht man von der ganz richtigen Voraussetzung aus, daß die von den Händlern an ihre Abnehmer gezahlten Rabatte kein Einkommen des Händlers darstellen können, im letztern Fall von der gleichfalls richtigen Voraussetzung, daß eine Genossenschaft mit ihren Mitgliedern identisch ist, also an sich selbst nichts verdienen, keinen Gewinn machen kann. Bei den Konsumvereinen macht man sich einmal den einen, einmal den andern Standpunkt zu eigen. Zunächst wird der Konsumverein als Gewerbetreibender betrachtet, der an anderen Gewinn macht, der also zu versteuern ist. Sucht die Konsumgenossenschaft diesen

zu versteuernden Gewinn einzuschränken, indem sie von vornherein einen festen Rabattsatz festsetzt, dann erinnert man sich auf einmal der Tatsache, daß der Verein ja mit seinen Mitgliedern identisch ist, daß also ein solches Verfahren eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmung darstelle und verlangt auch die Versteuerung dieser Rabatte.

Der Auffassung der Konsumvereinsdividende als eines Erwerbs, als einer Einnahme ist von einer ganzen Reihe von Gerichtsentscheidungen widersprochen worden. So heißt es in einem Beschluß des preußischen Kammergerichts vom 17. Dezember 1900: »Hiernach aber stellt die Dividende sich nicht als eine den Mitgliedern aus einem Handel zufließende Einnahme sondern als Rückzahlung eines Teils des von ihnen für die Waren entrichteten Preises dar.« Ganz ähnlich hat das Reichsgericht entschieden. Wenn die Besteuerung der Konsumvereinsdividende schon eine logische und sachliche Ungerechtigkeit war, so würde die Besteuerung des festen Rabatts auch eine formal-juristische Ungerechtigkeit bedeuten. Die Konsumvereine haben den Kampf gegen diese neue Gefahr sofort mit aller Energie aufgenommen. Sie werden durch Versammlungen und Petitionen den preußischen Gesetzgebern klarmachen, daß das Volk sich nicht sein ohnehin verkömmertes genossenschaftliches Organisationsrecht noch weiter einschränken lassen wird. Und hoffentlich mit Erfolg.

X Lagerhaltertarif Nachdem die Schaffung eines Reichstarifs für Lagerhalter seinerzeit gescheitert war, mußte die zwischen den Vertretern des Verbands nordwestdeutscher Konsumvereine und denen des Lagerhalterverbands getroffene Vereinbarung eines Bezirkstarifs doppelt freudig begrüßt werden. Leider hat der Vorstand des Lagerhalterverbands seine Zustimmung zu der Vereinbarung versagt und so das Zustandekommen einer Abmachung verhindert, die eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter Nordwestdeutschlands dargestellt hätte. In dem Tarif war als Minimalanfangsgehalt für Lagerhalter und Lagerhalterinnen 1320 Mark, in 9 Jahren auf 1800 Mark steigend, festgesetzt worden, zu welchen Beträgen in den einzelnen Orten bis zu 30 % Ortszuschlag treten sollte. Die

Arbeitszeit war auf 60 Stunden wöchentlich maximiert, Ferien von 1 bis 2 Wochen sollten unter Fortzahlung des Gehalts je nach der Beschäftigungsdauer gewährt werden. Auch die Bestimmungen über die Mankovergütung entsprachen den Wünschen der Lagerhalter. Nun hat der Vorstand dem Tarif, dessen Annahme von seiten der Konsumvereine keinem Widerstand begegnet wäre, seine Zustimmung versagt, weil die Regelung der Überschreibung der sich bei den Inventuren ergebenden Fehlbeträge oder Überschüsse einem frühern Generalversammlungsbeschluß des Verbands widerspräche. Man kann nur bedauern, daß wegen eines verhältnismäßig untergeordneten Punktes das ganze mühsam gebaute Werk, das so große Fortschritte brachte, und das den ersten Schritt zur tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter Deutschlands gebildet hätte, gescheitert ist.

X Frankreich Am 1. Januar 1910 wurden in Frankreich 2636 Konsumgenossenschaften festgestellt gegen 2491 im Jahr vorher; eine Zunahme, die jedoch zum Teil nur auf einer genauern Erfassung beruht. 2583 dieser Genossenschaften hatten zusammen 762 262 Mitglieder, und 2458 von ihnen erzielten einen Umsatz von 244 Millionen Francs. 991 Konsumvereine beschäftigten sich ausschließlich mit der Herstellung von Backwaren, und zwar hatten 918 von ihnen 214 924 Mitglieder und einen Umsatz von 45 287 000 Francs. Von 104 Genossenschaftsbrauereien hatten 84 45 335 Mitglieder und einen Umsatz von 16 295 000 Francs; die 39 genossenschaftlichen Schlächtereien zählten 9644 Mitglieder und setzten für 2 672 500 Francs Produkte ab. Auch die lediglich warenvermittelnden Vereine sind zum Teil nur auf einen bestimmten Zweig, zum Beispiel auf den Verkauf von Wein, Kohlen etc. beschränkt. 16 genossenschaftliche Restaurants erzielten einen Umsatz von 1 060 500 Francs.

Die Großeinkaufsgesellschaft der neutralen Genossenschaften Frankreichs berichtet soeben über das am 31. Mai 1910 abgeschlossene Geschäftsjahr, in dem sie einen Umsatz von 7 488 280 Francs, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 2 084 235 Francs oder 38,5 % erzielte. Sie machte dabei einen Reinüberschuß von 303 157 Francs, von dem 240 000

Francs zu Abschreibungen verwandt und der Rest den verschiedenen Fonds zugeteilt wurde, die dadurch die Höhe von 576 000 Francs erreichten. Die Gesellschaft besitzt außer ihren Hauptlagern in Paris und Charenton noch 3 Provinzlagern und 2 kleinere Schuhfabriken. Sie beschäftigte am Jahres-schluß 142 Arbeiter und Angestellte.

× **Kurze Chronik** Der genaue Umsatz der *Großeinkaufsgesellschaft* für das Jahr 1910 ist nunmehr festgestellt. Er beträgt 88 669 649 Mark gegenüber 74 915 813 Mark im Jahr vorher, was einer Steigerung von 13 753 836 Mark oder 18,36 % entspricht. Im Dezember 1910 wurde zum erstenmal ein Monatsumsatz von über 10½ Millionen Mark erzielt. Die Bankabteilung der Gesellschaft hatte im 2. Jahr ihres Bestehens im Debet einen Umsatz von 62 410 598 und im Kredit einen solchen von 63 329 534 Mark, gegenüber 35 065 672 und 34 953 797 Mark im 1. Jahr. × Der 500 Mitglieder zählende Konsumverein Mundenheim hat sich mit dem großen Ludwigshafener Konsumverein verschmolzen. × Der Des-sauer Konsumverein feierte am 16. Januar das 10jährige Jubiläum seines Bestehens. Der Verein hat es in dieser Zeit auf 3486 Mitglieder und einen Gesamtumsatz von 1 419 782 Mark gebracht. Er betreibt eine gutgehende Bäckerei und eine Kaffeerösterei. × Auch der Lippesche Konsumverein mit der Zentralstelle in Lemgo ist ein solcher Jubilar. Der sich über das ganze kleine Fürstentum erstreckende Verein zählte am Schluß des letzten Geschäftsjahrs 1790 Mitglieder; sein Umsatz erreichte die Höhe von 324 796 Mark. Er hat im vorigen Jahr gleichfalls eine eigene Bäckerei eingerichtet. × Das belgische Genossenschaftswesen ist kürzlich Gegenstand einer amtlichen Erhebung geworden. Von 1728 seit dem Jahr 1873 gegründeten Genossenschaften bestehen gegenwärtig noch 945, und über 783 liegen nähere Angaben vor. Die Hauptgruppe bilden die 391 Konsumvereine, von denen 373 bei einer Mitgliederziffer von 260 000 einen Umsatz von 38,3 Millionen Francs hatten. 17 Genossenschaftsapotheken erzielten 1,3 Millionen Francs Umsatz, 70 privatkapitalistische Produktivgenossenschaften zählten 5305 Mitglieder, 26 Arbeiterproduktivgenossenschaften hatten 2400 Mitglieder und etwas über 2 Millionen Francs Umsatz.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Renaissance Im Ausgangspunkt der Renaissance steht die schöpferische Persönlichkeit Petrarca. Petrarca hat sich bei den römischen Klassikern zu Gast geladen und bei deren Symposien völlig mit dem Geist der Antike gesättigt. Jede seiner Prosa-zeilen strömt ciceronischen Esprit aus, und fast durch alle seine Werke erklingen die eleganten Rhythmen des Vergil, Terenz und Horaz. Und doch war er kein sklavischer Nachbeter der Antike, sondern ein selbständiger Verarbeiter der Schöpfungen der großen römischen Literatur. In ihm selbst erhebt sich noch die Kirche fest wie ein unzerstörbarer Fels. Und in seinen Prosaschriften stoßen wir auf die harten, felsigen Kanten seiner rein kirchlichen Weltanschauung. Gewiß, mit der Scholastik hat Petrarca gebrochen — er spricht in seinem *Büchlein von seiner und vieler Leute Unwissenheit* von dem »verrückten heulenden Pöbel von Scholastikern« —, aber er beugt sich tief zur Erde vor dem heiligen Augustin. Fast zornig spricht er von den lächerlichen religiösen Irrtümern Ciceros, an dessen Geist und Stil er sich von Jugend an entzückt hat, und heftig entrüstet er sich über »den ruchlosen Vers« des Persius, der da lautet: »Aus dem Nichts entsteht nur ein Nichts, und das Nichts kann nur werden wieder zum Nichts.« Und er legt vor den großen Philosophen des Altertums das glaubensinnige Bekenntnis ab: »Je mehr ich gegen den Glauben Christi reden höre, desto mehr liebe ich Christus, und desto unerschütterlicher wird mein christlicher Glaube. . . Und ich rufe Christum selbst zum Zeugen, daß mich oft ketzerische Lästereien aus einem Christen zum allerchristlichsten Menschen gemacht haben. Jene alten Heiden freilich, wenn sie auch viel Irriges schwatzten, lästerten deshalb noch nicht, weil sie ja den wahren Gott nicht kannten und Christi Namen nie gehört hatten.«

In die Welt- und Lebensanschauungen des ersten Renaissance-menschen Petrarca tun wir einen Tiefblick, wenn wir uns in die drei Prosaschriften Petrarca versenken: *Des Francesco Petrarca Brief an die Nachwelt*, *Des Francesco Petrarca Gespräche über die Weltverachtung* und *Des Petrarca Büchlein von seiner und vieler Leute Unwissen-*

heit, Schriften, die Marie Herzfeld in der Sammlung *Das Zeitalter der Renaissance* /Jena, Diederichs/ herausgegeben hat. Zu den drei Prosaschriften Petrarcas hat Marie Herzfeld eine feinsinnige Einleitung geschrieben.

Die Ruhmbegierde des Renaissance-menschen lebt in Petrarca, wenn sich dieser in seiner kurzen, reizvollen Lebensbeschreibung: in seinem *Brief an die Nachwelt* der »Liebe und Freundschaft der besten Könige« seiner Zeit rühmt, und seine starke leidenschaftliche Sehnsucht nach Ungezwungenheit, nach individueller Freiheit kennzeichnet ihn als Zeitgenossen der revolutionären Renaissance-epoche. Aber er empfindet rein mittelalterlich seinen starken, auf das Irdische gerichteten Sinn als eine Versündigung gegen den Jenseitsgedanken des augustinischen Christentums. In dem prächtigen *Gespräch über die Weltverachtung* straft der heilige Augustin schwer die heiße Weltlust, die Ruhmsucht, den Ehrgeiz, die sinnliche Liebe Petrarcas. Die Idee von der Vergänglichkeit alles Seins und alles Wissens, die erschütternden, grauenvollen Vorstellungen von den tausend Höllenqualen, sie sollen im Mittelpunkt des ganzen Denkens und Empfindens Petrarcas stehen. Über seine schwärmerische Liebe zu Laura erfolgt selbst ein vernichtender Urteilsspruch des Augustinus. In dem *Gespräch über die Weltverachtung* heißt es: »AUGUSTINUS: Von der himmlischen Liebe hat sie deine Seele abgelenkt, deine Sehnsucht von dem Schöpfer weg zu dem Geschöpf hingezogen: der schnellste Weg zum Verderben der Seele! FRANZISKUS: Ich bitte dich, urteile nicht so rasch! Gerade die Liebe zu ihr war es, die mich zur Gottesliebe führte. AUGUSTINUS: Doch hast du dabei die natürliche Ordnung umgekehrt. FRANZISKUS: Wie meinst du das? AUGUSTINUS: Alle Geschöpfe sollen wir lieben aus Liebe zum Schöpfer. Du aber, von den Reizen eines Geschöpfes bestrickt, hast Gott nicht so geliebt wie du solltest. Du hast in ihm nur den Künstler bewundert, der auf der ganzen Welt nichts Schöneres geschaffen. Und doch ist ja die Körperform die niedrigste Art von Schönheit.« Und dem unglücklichen Franziskus Petrarca wird von dem strengen Gewissensschärfer Augustin die irdische Liebe als »niedrige Sünde« vorgehalten. »Es gibts, so redet Augustinus hart auf

ihn ein, »kein Ding, das uns Gott sicher vergessen und verachten ließe als die Hinneigung zu irdischen Dingen, jene vor allem, die wir mit dem Wort *Liebe* bezeichnen, und die man mit einer fürchterlichen Gotteslästerung selbst einen *Gott* genannt hat, um so für die menschliche Leidenschaft eine Entschuldigung des Himmels zu haben und die niedrige Sünde erlaubter zu machen durch ihren göttlichen Ursprung. Und der Renaissance-mensch Petrarca opfert seine ideale Liebe zu Laura der Autorität des mittelalterlichen Kirchenvaters, und am Schluß des Dialogs fleht er inbrünstig um dessen Beistand, damit er an Gottes Hand den Weg aus irdischem Wirrsal finde. Ein entscheidendes kulturhistorisches Dokument von dem Sieg des Mittelalters über die Renaissance.

Das Mittelalter mit seiner Weltverachtung steht noch mahndend hinter dem Renaissance-menschen, wenn er weltfreudig und ruhmstüchtig nach der schönheitsvollen irdischen Welt greift. Das Zeitalter, das in seiner Blüte Gott eigentlich nur als *Künstler* bewundert, bricht eben erst mit Petrarca an. Die eigentliche Seele der Renaissance bringt aber dann plastisch *Matrazzos Chronik von Perugia* zum Ausdruck, die Marie Herzfeld ebenfalls in genannter Sammlung herausgegeben hat. Hier erleben wir den Triumph des Ästhetischen über die ethischen Werte, hier erschauen wir die Rebellion des Individuums gegen das Traditionelle. Eine prächtige Einföhrung in diese Chronik, über deren Verfasser sich noch tiefes Dunkel breitet, hat Marie Herzfeld geschrieben. In diese Chronik, die im wesentlichen das Heldenlied des edlen Geschlechts der Baglioni singt, brandet jene Hochflut von Verbrechen hinein, die an den Namen Cesare Borgias geknüpft sind. An trockene Chronikergeschichten reihen sich lebensvolle Novellen. Mit kräftigen Farben ist das Auftreten des *französischen Übels* gemalt. Der treue wahrheitsliebende Chronist vergißt nicht das Quecksilberrezept zur Heilung des Übels anzuführen. Mit vielem Humor erzählt der Chronist, wie der Papst Alexander feststellen ließ, daß seine Tochter noch nie berührt worden war, obgleich sie »die größte Dirne gewesen und noch immer war, die in Rom existierte«. Der Chronist ist hoch befriedigt »diese herzigte Geschichte gesagt zu haben«, die gut genug wäre in die *100 Novellen* hineinzukommen.

Absolutes Regime Ein intensiv erlebtes Stück des 18. Jahrhunderts sind die *Memoiren der Markgräfin von Bayreuth*, die Annette Kalb in einer prächtigen zebändigen Ausgabe im Inselverlag in Leipzig erscheinen ließ. Wir vermissen kaum eine Seite des deutschen Kulturlebens aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in diesem Buch. Etwa den deutschen Bürger und Bauer? Nun, die bürgerlichen und bäuerlichen Klassen kamen ja als geschichtsbildende Mächte damals gar nicht in Frage. Und in diesem Punkt sind die *Memoiren der Markgräfin Wilhelmine* völlig echt. Bürger und Bauern haben im Zeitalter des Absolutismus eigentlich nur ein Existenzrecht als schwer schanzende Versorger der Höfe mit materiellen Hilfsmitteln. Die beamteten Bürgerlichen, schon damals vielfach sehr geschäftsgewandt gegenüber dem verrodelteten Adel, sind dort nur eine Art Zubehör des Hofes.

Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob die tief verärgerte, etwas boshafte Markgräfin gar zu sauer in die Welt hineinschaute, sie hat bei ihrem Schauen doch so viele Seiten des Lebens gepackt, daß ein ziemlich abgerundetes Kulturbild der Geschichte der deutschen Höfe aus ihren *Memoiren* herauskommt. Einen lächerlichen Dünkel paaren die deutschen Liliputsouveräne mit einer bäuerischen Unwissenheit. Der französische Esprit des galanten Zeitalters blüht nur an einigen deutschen Höfen. Prächtig ist in den *Memoiren der Markgräfin der sächsische Hof* gezeichnet. Inmitten der raffinierten Liederlichkeit des sächsischen Hofes nimmt sich der barsche preußische Soldatenkönig sehr grotesk aus. Aus seinen Lebensgewohnheiten, ja aus seinen barbarischen Gewöhnlichkeiten geht uns der tiefe Kulturzustand des preußischen Hofes auf, der sich allerdings noch himmelhoch über dem asiatisch-tatarischen Hof Peters des Großen erhebt. Der Besuch Peters in Berlin, das vandalistische Wüten der Russen im Schloß Monbijou ist ein künstlerisches Meisterstück der *Memoiren der Markgräfin*.

Fransösisch-höfische Kultur ist in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nur von wenigen deutschen Fürsten feinsinnig nachgeschaffen worden, denn nur um ein Imitieren dieser Kultur handelt es sich hier durchweg. So ersteht in der rein ländlichen Umgebung Bayreuths die Eremitage, die in allen ihren Details mit so großer Liebe von Wilhelmine gemalt wor-

den ist. Von der galanten Zeit Frankreichs entnahmen die deutschen Zwergdespoten nur die Liederlichkeit, und auf diesem Gebiet leisteten sie etwas; das zeigen in dem *Memoirenwerk* die mit aller Treue gebuchten Fälle sexueller Ausschreitungen an den Fürstenhöfen. Und zu ihnen gesellt Wilhelmine noch die viehischen Trinkexzesse deutscher Potentaten.

Die *Memoiren der Markgräfin* gehen weit über den Rahmen einer Geschichte der Höfe hinaus. Man erhält aus ihnen manchen Einblick in das Leben des Adels, in das Quacksalbertum der Ärzte, in das BADELEBEN der Zeit, in die ganze Rückständigkeit deutscher Verkehrsverhältnisse. Wer im 18. Jahrhundert heimisch werden will, darf nicht an dem berühmten *Memoirenwerk der Markgräfin Wilhelmine* vorübergehen.

× ×
Kurze Chronik Ende Januar tagten in Köln und dem Rheinland große Versammlungen, die sich für den Pfarrer Jatho erklärten, der wegen seiner freiprotestantischen Anschauungen auf Grund des Irrelirengesetzes zur Verantwortung gezogen werden soll. Die dem Pfarrer Jatho angedrohte Maßregelung beantwortet die im 2. Berliner Religionsgespräch /Berlin, *Deutscher Monistenbund*/ erörterte Frage, ob schon heute in der »Kirche der Reformation« ein monistisch-linker Flügel möglich sei, mit einem *Nein*. In diesem Religionsgespräch flog überhaupt die verschwommene Phrase von der Kirche der Reformation hin- und herüber. Man behalte doch stets im Auge, daß die Reformation eigentlich die Staatskirche geschaffen hat. Erst die Trennung der Kirche vom Staat kann die Kirche der Reformation ins Leben rufen. Es ist erfreulich, daß sich die Vertreter des liberalen Protestantismus grundsätzlich für diese Trennung erklärten. × An der *Harvarduniversität* in Cambridge (Union) soll ein 2jähriger Kursus für das Studium und die Ausübung der Buchdruckerkunst eingeführt werden. Diese Einführung wurde durch die Anstrengungen veranlaßt, die seit Jahren die Bostoner Buchdruckergenossenschaft macht, um die Notwendigkeit einer regulären Erziehung ihrer Berufsgenossen in der Technik und in den dazu erforderlichen künstlerischen Vorbedingungen zu erweisen. × Leo Frobenius, der Leiter der deutschen in-nerafrikanischen Forschungs-expedition,

machte, wie von Lome (Togoland) berichtet wird, im benachbarten Hinterland Entdeckungen, die er mit der sagenhaften Atlantis in Zusammenhang bringt. Er grub nämlich dort einen antiken Bronzekopf mit Insignien des Poseidon aus.

Literatur Die vom Hellenismus zum Christentum hinüberleitende Brücke ist hell in der Schrift Professor Adolf Bauers *Vom Griechentum zum Christentum* beleuchtet / Leipzig, Quelle & Meyer/. Die Geburtslegende Jesu Christi im Matthäusevangelium ist nach Bauer ganz heidnisch-hellenistischem Boden entsprungen. Durch die Aufnahme dieser Legende in ihre Dogmen paßte die Kirche ihre Lehre dem Hellenismus an.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Chinesen Daß die Theaterkunst des japanischen Inselreichs in den letzten Jahrzehnten Fühlung und Anpassung an das europäische Theater gesucht hat, ist im Grunde kein Ruhm für die Künstler des Ostens. Die Bereitwilligkeit eine auf dem Gebiet der Industrie und der Technik gezeigte Anpassungsfähigkeit auch auf die Theaterkunst zu erstrecken wirft Licht auf eine Wandlungsfähigkeit des Empfindens, die von trotziger Verteidigung eigener Art und eigenen Fühlens recht fern ist. Man weiß, daß vor wenigen Jahrzehnten noch in Japan keine Frau die Bretter betrat. Die Sada Yacco ist eine europäische Berühmtheit, keine japanische; ihr Ruf in Japan ist nur ein Echo der Bewunderung, die jene kleine Japanerin — gleich der Hanako — im Westen gewann. Die junge Generation der japanischen Schauspielerinnen hat, so urteilen japanische Kenner, noch keine eigenen Früchte hervorgebracht. Die japanische Schauspielerin hat sich der Nachahmung ihrer männlichen Kollegen noch nicht entwunden; ihr Ruhm liegt einstweilen in der Zukunft. Wir, denen die Erscheinung der Sada Yacco Offenbarung einer fremdartigen Kunstform bleibt, können wirklich, von dem exotischen Reiz japanischer Naturalistik und japanischen Gebärdenspiels geblendet, nicht ermessen, was an einer solchen Erscheinung typisch, was wirklich individuell ist. Wir wissen, daß Japan, wie in allen bildenden Künsten, auch in der Kunst des Theaters seine mächtigsten Anregungen aus China entnahm.

Zum erstenmal hat Europa nun ein Gastspiel chinesischer Schauspielkunst erlebt. Frau Tschung hat in London in der intimen Räumlichkeit des neu erbauten *Kleinen Theaters*, der *Kammerspiele* Englands, tiefen Eindruck geschenkt. Hier, bei uns, führt man die zarte kleine Künstlerin in den Riesensaal eines Varietés und läßt sie dort, im Programm von Akrobaten und Jongleuren flankiert, das Evangelium chinesischer Theaterkunst predigen. Reklame wie Milieu stellten dies Gastspiel so in die Beleuchtung einer Kuriosität. Eine Variéténummer, nichts weiter; eine exotische Sehenswürdigkeit, die man unter zwölf anderen als sechste oder siebente mitnimmt. Doch was kam, machte diese vom Impresarioverstand ersonnene Art der Vorführung beinahe peinlich. Man begegnet einer Schauspielkunst, die auch jenseits ihres exotischen Reizes Werte und Erlebnisse vermittelt und Formen enthüllt, die unserm Theater fernstehen. Wie in Japan hat sich auch in China die Frau das Recht auf die Bühne erst im Lauf der Jahrhunderte errungen. Der kleinen Frau Tschung, die als niedliche und unsagbar vornehme Prinzessin über schmale Stufen zu einem hohen Thron emportritt, scheint noch etwas von jener entzückenden Scham des Neulings anzuhaften, der ein spät erworbenes Recht auf den Schultern trägt wie etwa das Gänsemädchen aus dem Märchen das Hochzeitskleid aus weißem Atlas. Frau Tschung spielte in einem kleinen chinesischen Dramalet schlichten Inhalts; spielt eine Prinzessin, um die zwei Freier kämpfen, erwählt den Sieger und wird, vom Thron herabsteigend, zur reizenden kleinen, glücklichen Mutter und Hausfrau. Hart an dies rührende Idyll stößt dann das Unglück: nach 10 Jahren kehrt haßerfüllt der Abgewiesene von ehedem wieder, sucht die kleine Prinzessin zu entführen, ringt ein zweites Mal mit dem herbeieilenden Gatten: bis die kleine trippelnde Heldin mit dem bleichen angstvollen Gesicht zwischen die Männer wirft und den Dolchstoß empfängt, der ihrem geliebten Mann gegolten. Im Grunde also nur eine Gelegenheit die weite Skala der Gefühle zu durchlaufen, die vom stillen hausmütterlichen Glück hinaufführt bis zum heroischen Opfertod der liebenden Frau. Was bei dieser interessanten Aufführung — die erkennen ließ, daß die Chinesen die Farbenkünste neudeutscher Regiekunst längst beherrschen — sich besonders einprägt, ist die Wesensfeindschaft männlicher und weiblicher Darstellungskunst.

Die beiden Freier, Gestalten, die schon rein äußerlich herbe Gegensätzlichkeit anstreben, sind ein langer dürrer Gesell mit treuherzigem Gesicht und ein kleiner feister Bosnickel mit tückisch rollenden Augen. Ihr Spiel erschöpft sich in Steigerungen des Mienenspiels, die weit über den Naturalismus hinausgreifen und jenseits blinder Naturnachahmung einen Stil schaffen, der monumental und zugleich für das europäische Auge grotesk ist. Die Gesichtsmuskeln sind in rastloser Bewegung; alle Gefühle spiegeln sich in machtvoller Vergrößerung; wir glauben in eine Welt zu tauchen, wo alle Instinkte den größten Spielraum fordern, um sich zu bekunden. Doch seltsam: Bei der Frau ist das anders. Eine süße Scheu liegt über dem ganzen Spiel dieser chinesischen Künstlerin; eine zaghafte Vornehmheit, die jeden großen Affekt zu dämpfen scheint, indem sie ihn in stiller Lieblichkeit verschleiert. Die kleine Prinzessin mit ihren seidenverschlungenen Krüppelfüßchen schwebt wie ein verängstigter Schmetterling über die Bühne. Auf den äußerlich unbewegten Zügen liegt ein Lächeln ruhiger Dankbarkeit; wenn sie den Thron besteigt, vermählt sich die Hoheit ihres Ranges mit der reizvollen Koketterie eines streng erzogenen Mädchens. Die weiß gepuderten Züge gehorchen treu dem Gebot ihres Standes: kein Zucken verschleiert die marmorähnliche Starrheit. Woher fühlen wir, daß Hoffnung, Leid, Erwartungen, Neugier, Angst und Freude in diesem Püppchen wohnen? Es bleibt ein Rätsel: Doch die Augen sind es, die fast allein dies alles vollbringen. Auch sie wenden die Glut einer großgedachten Liebe ins Zierliche, ins Liebliche; nur die Furcht reißt die katzenhaften Lider voneinander: dann starren wir in zwei angstgeweitete dunkle Augen, die sich plötzlich wie ein Abgrund vor uns auftun. Die jahrtausendalte Knechtung der Frau scheint ihre Schatten zu werfen. Mit Erschütterung spürt man, wie die Macht uralten Brauches das Gefühlsleben der Frauenseele von jeder ursprünglichen Äußerung abgrenzt und dem schwächern Wesen nur ein Recht einräumt: da zu sein. Diese zwangsweise Zurückhaltung, dieses stete Einschnüren der Gefühle in Tradition und Sitte, wächst gerade im Gegensatz zu der raffiniert gesteigerten Lebensäußerung der Männer zur erschütternden Tragödie empor, die weit über die Symbolik des aufgeführten kleinen Stückes hinausgreift. Wir aber erleben, wie gerade diese Verhaltenheit eine Seele zwingt neue Auswege für ihre

Gefühlsoffenbarungen zu suchen; und wie die Kunst, die ein Spiegel der Seele ist, bei solchem Geschehen um neue Ausdruckswerte bereichert wird. Und wir gehen mit der Erkenntnis heim, daß eine ganze Theaterkunst auf zwei Augen sich aufbauen kann, wenn aus ihnen ein Volk, eine Geschichte oder eine Persönlichkeit leuchtet.

X
Kurze Chronik Berlin soll wieder einmal
um ein neues Opern-
haus bereichert werden.

An der Kurfürstenstraße wird ein neues Theater erbaut, das den Namen *Kurfürstener Oper* erhält, und dessen Leitung Maximilian Moris, der langjährige Gehilfe Hans Gregors von der *Königlichen Oper*, übernommen hat. X Der neue Direktor des Hamburger Stadttheaters, Dr. Loewenfeld, hat mit Felix Weingartner einen Vertrag geschlossen, der den Kapellmeister als Dirigent des Hamburger Stadttheaters verpflichtet. X Am 17. März starb Friedrich Haase, 85 Jahre alt. Er war der letzte Vertreter einer Art, die früher mit dem Begriff der *Schauspielkunst* eng verbunden schien, und die auch später noch als individuelle Virtuosität ihre Geltung haben durfte.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Paris. Im November 1910 wurde
Nordsüdbahn von der Pariser Nordsüdun-
tergrundbahn die 8 Kilome-
ter lange Strecke zwischen der Porte de
Versailles und der Kirche Notre Dame
de Lorette nach rund 4jähriger Bau-
zeit eröffnet. Von ihr liegen 13 Bahn-
höfe auf dem linken und 5 auf dem rech-
ten Seineufer. Die Verlängerung der
Strecke bis zur Place Pigalle und die
vom Bahnhof Saint-Lazare abzweigenden
Nebenstrecken nach der Porte de Clichy
und der Porte Saint-Ouen werden bin-
nen kurzem dem Verkehr übergeben wer-
den. Dann fehlt für die Hauptstrecke nur
noch die Strecke von der Place Pigalle
hinaus bis zur Place Jules Joffrin. Die
Bahn ist mit großen Schwierigkeiten er-
baut worden; namentlich die Unterfüh-
rung der Seine und die Durchquerung der
Gebiete der alten Steinbrüche erschwerten
den Bau. Die gesamte Bahnanlage wurde
von der *Nordsüdgesellschaft* ausgeführt,
auch alle Betriebsmittel beschaffte sie.
Die Nordsüdbahn hat eine weit günstigere
Streckenführung als die bereits bestehende
Parallellinie Porte d'Orléans-Porte de Cli-

gnancourt des *Métropolitain*; denn sie berührt verkehrsreichere Gebiete. Beide Linien stehen übrigens auf den Bahnhöfen Boulevard Pasteur, Montparnasse, Concordienplatz und Saint-Lazare mit einander in Verbindung.

× **Berlin:** Während überall die Ver-
× **Nordsüdbahn** kehrspflege eifrigste Förderung erfährt, scheint sich in Berlin die Frage der städtischen Verkehrsmittel zu grotesker Komik auszuwachsen. Die Annahme der Nordsüduntergrundbahn durch die städtischen Körperschaften brachte einige Abänderungen mit sich, namentlich solche, die durch die fortgeschrittene Technik bedingt wurden. Vor allen Dingen die Unterfahrung der Weidendammer Brücke. Dann aber auch die Frage der südlichen Endigung der Bahn. Sie war bis Tempelhof projektiert und bereits genehmigt. Da verkürzte in letzter Stunde der Berliner Magistrat die Strecke bis zum Halleschen Tor. Daß die Bahn da nicht endigen kann und eine Fortführung dringend erheischt, ist aber klar. Der Berliner Polizeipräsident verlangt nun vor der Genehmigung der endgültigen Planfestsetzung für die Nordsüdbahn eine Verständigung mit Tempelhof. Das bedeutet, da Berlin sich an Tempelhof wegen der Affäre des Tempelhofer Feldes rächen will, eine Verschiebung des Baubeginns, die auf Jahre zu veranschlagen ist. Man sollte aber wirklich von der Kommune Berlin eine großzügige Berücksichtigung der Lebensinteressen Groß-Berlins verlangen dürfen. Eine Politik der Nadelstiche schädigt nicht nur diese sondern diskreditiert im letzten Grund auch die Selbstverwaltung und stärkt die staatliche Oberaufsicht, die in solchem Fall das Recht der Einsicht und Logik auf ihrer Seite hat. Nur wenn die Stadt einen großzügigen Bahnbau wirklich ausführt, wäre ihr Befähigungsnachweis zur eigenen Leitung ihrer Verkehrsangelegenheiten erbracht. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Berliner Magistrat sich endlich selber so weit reorganisiert, daß er überhaupt aktionsfähig und in stand gesetzt wird im kommenden, so überaus notwendigen Zweckverband vermöge seiner Kompetenz die Rolle zu spielen, die er vermöge der Größe des Gemeinwesens übernehmen müßte.

× **Postalisches** Seit einer Reihe von Jahren
× **Ortschnell-** bestehen in vielen großen
dienst Städten die bekannten Messen-
sengerboyinstitute, die die Aufgabe haben

Sendungen, Pakete und andere Dinge zu befördern. Selbstverständlich bediente sich das Publikum dieses Verkehrsmittels auch, um persönliche Briefe, die eventuell sofort Antwort verlangen, und dergleichen zu versenden. Die Reichspost, die bis dahin nichts getan hatte, um solche persönlichen Bestellungen auszuführen und zu ermöglichen, entdeckte plötzlich, daß mit der Briefbeförderung die Messengerboyinstitute in ihr Postregal eingriffen, und führte eine Reihe von Prozessen gegen die Institute bis zum Reichsgericht durch, in denen festgestellt wurde, daß diese nicht zur Briefbeförderung berechtigt waren. Daraufhin wurde ihnen die Beförderung von Briefen untersagt. Das Publikum kann sich seitdem seine Briefe allein befördern; wenigstens muß es warten, bis die Reichspost den beabsichtigten Ortsschnelldienst eingerichtet hat. Das soll vom 1. April dieses Jahres ab geschehen. Dieser Dienst soll nur in größeren Städten eingerichtet werden. Er erstreckt sich auf Sendungen in Brief und Kartenform im Gewicht bis zu 250 Gramm. Sie wird durch mittels Telephon oder sonstwie bestellte Eilboten der Post ausgeführt. Für Berlin kommt an Gebühren eine Zonenstaffelung in Anwendung, die für die Beförderung einzelner Sendungen Gebühren von 50 Pfennig (2 Kilometer) bis 1,25 Mark (Groß Berlin) festsetzt. Bei mehreren Sendungen gibt es einen gewissen Rabatt. Auch Antwortsendungen sind zulässig. An sich ist natürlich gegen eine solche Einrichtung nichts einzuwenden. Was aber die Post veranlaßte plötzlich eine Aufgabe aufzugreifen, die sie so lange vernachlässigte, bis Private sich ihrer annahmen, ist nicht zu ersehen. Will die Post die Sache übernehmen, so muß sie es in gleichem Umfang tun wie die privaten Anstalten. Die Bestellungen erstrecken sich aber nur auf Sendungen bis zu 250 Gramm Gewicht. Will jemand etwas Größeres zur Versendung bringen, auch Pakete und dergleichen, so ist er nach wie vor auf die Messengerboyanstalt angewiesen. Nur darf von jetzt ab den Messengerboys nicht mehr schriftlich sondern nur mündlich ein Auftrag erteilt werden. Die Folge wird sein, daß vieles falsch oder auch gar nicht ausgeführt werden wird. Man wird dann zwei Boten brauchen; einmal die Post zur Übermittlung der Nachricht und dann den Messengerboy zum Überbringen des 251 Gramm schweren Pakets oder Gegenstands. Zugleich will die Postverwaltung

Eilbotenabholung gewöhnlicher Briefsendungen sowie von Rohrpostbriefsendungen einführen.

Statt der geplanten Einrichtungen, für die überall die Messengerboyinstitute gut funktionieren, sollte die Postverwaltung sich lieber angelegen sein lassen die Verkehrsmittel des Telephons besser auszugestalten. Es müßte dahin kommen, daß jedes Haus für die Mieter einen Fernsprechapparat zur Verfügung hat. Man sollte ferner darauf bedacht sein nicht durch unzureichend durchgearbeitete Gebührenentwürfe das Publikum zu belästigen sondern lieber mit Hilfe billiger Telephongebühren die Ausbreitung dieses wichtigen Verkehrsmittels immer mehr zu fördern. Die Post gibt an, daß durch die wachsende Teilnehmerzahl der Telefonanschluß immer wertvoller würde. Ist das aber ein Verdienst der Postverwaltung? Oder aber vielmehr das des Publikums? Dieses kann mithin auch verlangen, daß ihm die Früchte dessen nicht vorenthalten werden.

× **Sabnitz-Trelleborger Fähre** Der Betrieb auf der Eisenbahnfähre Sabnitz-Trelleborg wurde am 7. Juli 1909 mit 3 Fähren aufgenommen: *Deutschland*, *Preußen* und *Drottning Victoria*. Da die Fähren 2 regelmäßige tägliche Fahrten und bis März 1910 noch je 90 Güterfahrten zwischen beiden Häfen auszuführen hatten, konnte der Verkehr kaum bewältigt werden. Im März 1910 wurde noch der *König Gustaf V.* als 4. Fährschiff in Dienst gestellt. Während 1897 nur 16 836 Personen zwischen Sabnitz und Trelleborg verkehrten, wuchs für das Jahr 1908-1909 diese Zahl auf 29 661 und für das folgende Jahr auf 42 792 Personen an. Wäre in Schweden nicht der Generalstreik ausgebrochen, so würde die Zahl noch erheblich größer geworden sein. Der Güterverkehr betrug 1897 nur 1,2 Millionen Kilo. Für 1908-1909 schwoll er auf 4,4 und für das letzte Jahr auf 53,3 Millionen Kilo an: im Zeitraum eines Jahres also auf mehr als das 12fache. Das ist wiederum ein schlagender Beweis für die alte Tatsache, daß Verkehrserleichterungen den Verkehr erheblich zu fördern vermögen.

× **Kurze Chronik** Von der englischen Regierung wurde vor kurzem ein Fernsprechkabel London-Paris verlegt. Dieses hat nun eine derart vorzügliche Verständigung ermöglicht, daß die

französische Regierung beschloß ein zweites Kabel auf ihre Kosten zu legen und gleichzeitig die Sprechgebühren herabzusetzen. × Der Bau des neuen Helgoländer Hafens, der besonders als Stützpunkt für Torpedoboote und ferner auch als Schutz- und Nothafen für Handelsschiffe dienen soll, ist so stark beschleunigt worden, daß der Hafen voraussichtlich bereits 1914 im Betrieb sein wird. × Der Bau des Lötchbergtunnel, über den hier mehrfach berichtet wurde, ist ebenfalls sehr stark gefördert worden, so daß der Durchschlag für April 1911 zu erwarten steht. × Zwischen Rom und Neapel ist eine neue egeleisige Hauptbahn in Bau genommen worden; sie soll in 5 Jahren vollendet sein. Die ganze Bahnlänge beträgt 200 Kilometer. Die im ersten Bauabschnitt bei Orso und Vivola liegenden 2 größeren Tunnel müssen bis 1911 und 1913 fertig sein. × In den Kolonien finden die funkentelegraphischen Anlagen als verhältnismäßig einfaches Verkehrsmittel immer weitere Ausdehnung. Vor kurzem sind Funkenspruchstationen in Muansa am Süd- und in Bukobo am Nordufer des Victoria Nyansasees in Ostafrika eingerichtet worden. Sibirien hat seine erste funkentelegraphische Verbindung der russischen Telegraphenverwaltung erhalten. Sie arbeitet zwischen Nikolajewsk und Petropawlowsk auf 1500 Kilometer Luftstrecke. Die Anlagen arbeiten mit Hörer und Telefunkeresonanzschreiber. × Nach 2½jähriger Bauzeit ist die Kaiserbrücke in Breslau, eine neue Straßenbrücke über die Oder, dem Verkehr übergeben worden. Sie stellt eine neue Verbindung zwischen dem Innern der Stadt und dem mächtig emporblühenden Scheitniger Viertel her. Der als versteifte Hängebrücke ausgeführte Bau ist mit seiner Spannweite von 126,6 Metern eine der weitestgespannten Brücken dieser Art in Deutschland. Die Kosten der 11 Meter breiten Brücke betragen insgesamt 2,81 Millionen Mark. × Die Eisenbahnen Ceylons, von denen Ende 1909 928 Kilometer im Besitz der Regierung waren, erfahren durch den Bau insbesondere der 112 Kilometer langen Strecke von Madawachi nach der *Adamsbrücke* genannten Inselkette, die nach dem ostindischen Festland hinüberführt, eine bemerkenswerte Erweiterung. × In der Zeit vom 1. April bis zum 20. Juni wird in Berlin eine internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr stattfinden.